

## **Französische Revolution**

### **Assemblée constituante**

eigentl. A. nationale constituante, s. ⇨ Verfassunggebende Nationalversammlung.

### **Assemblée législative**

eigentl. A. nationale législative, s. ⇨ Gesetzgebende Nationalversammlung.

### **Assignaten**

Anweisungen auf Staatsvermögen, sollen den Geldbedarf der Revolution decken und den regulären Geldumlauf ergänzen. Zur Deckung der Assignaten ist u.a. das eingezogene Vermögen der Kirche, der königl. Güter und der Emigranten gedacht. Rapider Wertverfall. Am 19.2.1796 endgültig abgeschafft.

### **Ballhaus**

Nach dem Ballspiel (Jeu du Paume) benannter Raum im Schloß in Versailles. Dient der Versammlung des Dritten Standes als Tagungsort, nachdem Ludwig XVI. versucht hatte, die Sitzung des Dritten Standes durch Schließung des regulären Sitzungssaales zu verhindern.

### **Ballhauschwur**

Im Ballhaus am 20.6.1789 getroffene Vereinbarung der Mitglieder des Dritten Standes, nicht eher auseinanderzugehen, bis Frankreich eine Verfassung habe.

### **Bourgeoisie**

frz. für Bürgertum. Der Begriff ist Fachausdruck für das besitzende Bürgertum (Unternehmer, Kaufleute), im Marxismus für die herrschende Klasse, die im Besitz der Produktionsmittel ist und das Proletariat ausbeutet.

### **Brissotins**

benannt nach dem Pariser Journalisten Brissot, zeitgenössische Bezeichnung für ⇨ Girondisten.

### **Cahiers de Doléance**

Beschwerdehefte zur Vorbereitung der Wahlen zu den Generalständen. Die Cahiers des Dritten Standes mußten in den Urwählerversammlungen diskutiert und angenommen werden.

### **Club des Cordeliers**

Politischer Club zur Diskussion der aktuellen Politik in Paris, benannt nach dem Franziskanerkloster ("Cordeliers", Strickträger). Vertritt eine radikale Richtung. Vgl. ⇨ Jakobiner.

### **Club des Jacobins**

Politischer Club zur Diskussion der aktuellen Politik in Paris, benannt nach dem Tagungsort, dem Jakobiner-Kloster. S. ⇒Jakobiner.

### **Commune**

Revolutionäre Stadtverwaltung von Paris, am 12.7.1789 durch das ⇒Wahlmännerkollegium gebildet. Übt später revolutionären Druck auf die Nationalversammlung aus.

### **Direktorialverfassung**

Verfassung der frz. Republik nach dem Sturz Robespierres 1795. Legislative aus zwei Kammern, Kollektive Leitung der Republik durch 5 Direktoren, stützt sich auf das Großbürgertum. Die D. wird 1799 von Napoleon aufgehoben.

### **Exekutive**

Ausübende Gewalt: Regierung und nachgeordnete Behörden. S. ⇒Gewaltenteilung.

### **Feuillants**

Politischer Club zur Diskussion der aktuellen Politik in Paris, benannt nach dem Tagungsort, dem Kloster der Feuillantiner (reformierte Zisterzienser). Entsteht nach dem Auseinanderbrechen der ⇒Patriotischen Partei als konservativer Flügel der ⇒Jakobiner. Vertritt in der Assemblée legislative das Prinzip der liberalen, konstitutionellen Monarchie.

### **Generalstände**

Seit dem 14. Jahrhundert Organ der ständischen Mitregierung in Frankreich, hat das Recht zur Steuerbewilligung. Zwischen 1614 und 1789 nicht mehr einberufen. Mitglieder sind gewählte Vertreter von Klerus, Adel und Bürgertum. Den G. entspricht (als Organ, nicht von ihrer Zusammensetzung) in Deutschland (vor 1806) der Reichstag.

### **Gesetzgebende Nationalversammlung**

(Assemblée nationale legislative) Nach der September-Verfassung von 1791 gewählt. Zusammentritt 1.10.1791, steht unter dem Druck der radikalen Massen (Sturm auf die Tuilerien 10.8.1792), abgelöst durch ⇒Nationalkonvent im September 1792.

### **Gewaltenteilung**

Prinzip, nach dem die Staatsgewalt in ⇒Legislative, ⇒Exekutive und ⇒Justiz getrennt ist und jede der drei Gewalten von den anderen beiden unbeeinflusst bleibt. Der G. entspricht die klare Abgrenzung der Zuständigkeiten von Regierung, Parlament und Gerichten. Maßgeblicher Grundsatz moderner Verfassungen. Erstmals von J. Locke 1690 formuliert und von Montesquieu 1748 ("Vom Geist der Gesetze") entwickelt.

## **Gironde**

frz. Departement mit Hauptstadt Bordeaux. Namengebend für ⇒ Girondisten.

## **Girondisten**

der Bourgeoisie angehörende Deputierte der ⇒ Assemblée législative, mit demokratischer und republikanischer Richtung. Befürworter des Revolutionskrieges zur Befreiung der europäischen Völker. Radikaler als ⇒ Feuillants, aber gemäßiger als ⇒ Montagne. Unterliegen am 2. Juni 1793 Jakobinern und Sansculotten.

## **Großbürgertum**

Kaufleute und Unternehmer mit besitzorientierten Interessen, stehen in natürlichem Gegensatz zu Kleinbürgern (Handwerker) und dem städtischen Proletariat (Sansculotten).

## **Jakobiner**

Vertreter einer radikalen Richtung. Die ⇒ Patriotische Partei (Jakobiner) brach in der Diskussion um den Fortbestand der Monarchie in einen gemäßigten (⇒ Feuillants) und einen radikalen Flügel (Jakobiner) auseinander. Radikalisierung während des Prozesses gegen Ludwig XVI. Vgl. ⇒ Montagne.

## **Justiz**

Rechtsprechende Gewalt. Nach dem Prinzip der \*Gewaltenteilung grundsätzliche Unabhängigkeit von \*Legislative und \*Exekutive.

## **Kleinbürgertum**

"Mittlere" Schicht der städtischen Bevölkerung, besteht aus Handwerkern und Kleingewerbetreibenden. Steht unter wirtschaftlichen Druck des Großbürgertums (wirtschaftl. Abhängigkeit von Aufträgen, Konkurrenzdruck).

## **Klerus**

Geistlichkeit, der erste der drei Stände des Königreiches. Umfaßt sowohl die reichen Erzbischöfe als auch die ärmsten der Landpfarrer.

## **Koalitionskrieg**

Zusammenfassung für eine Reihe von Kriegen der frz. Republik gegen ein Bündnis von Mächten der alten Ordnung (hauptsächlich Österreich, England, Rußland), teils, um von inneren Schwierigkeiten abzulenken, teils, um die Revolution zu exportieren.

## **Kommune**

s. \*Commune.

### **Konstitutionalisten**

V. Konstitution = Verfassung. Vertreter einer polit. Richtung, die die Einbindung des Königs in die Verfassung der konstitutionellen Monarchie fordert. Scheitern sowohl an der Haltung des Königs als auch an der Radikalisierung der Jakobiner.

### **Kontinentalsperre**

Von Napoleon 1806 gegen England verhängte Blockade des Europahandels, um England wirtschaftlich in die Knie zu zwingen. Bewirkt eine Orientierung des englischen Handels nach Übersee (Kolonien), aber in Europa auch eine Krise der Landwirtschaft und des Agrarhandels, weil der englische Markt ausfällt.

### **Kult des höchsten Wesens**

Republikanische Ersatzreligion, um das an der Amtskirche und damit an der Geistlichkeit als politischem Faktor orientierte Christentum auszuschalten. Umfunktionierung von Kirchen zu "Tempeln der Wahrheit".

### **La Grande Peur**

(Die große Furcht) Panikstimmung Anfang August 1789, hauptsächlich in der bäuerlichen Bevölkerung, hervorgerufen durch allgemeine Unruhe, Verschärfung der Versorgungskrise und Gerüchte über eine drohende Konterrevolution des Adels.

### **La Grande Terreur**

(Der große Schrecken) Notwendigkeit des revolutionären Terrors, um die Revolution gegen ihre Feinde zu sichern. Im September 1793 zum offiziellen Grundsatz der revolutionären Politik erhoben.

### **Legislative**

Gesetzgebende Gewalt im Staat (Parlament), nach dem Prinzip der \*Gewaltenteilung unbeeinflusst von \*Exekutive und \*Justiz.

### **Manifest des Herzogs von Braunschweig (1.8.1792)**

An die Revolution gerichtete Warnung des Befehlshabers der österreichischen Truppen im Ersten Koalitionskrieg, blutige Vergeltung üben zu wollen, wenn der königlichen Familie in Paris Schaden zugefügt würde. Heizt die Stimmung der Pariser Massen sowohl gegen die Interventionstruppen als auch gegen das Königtum auf.

### **Marais**

"Sumpf"; verächtliche Bezeichnung für die Gruppe der unentschlossenen, weder zur \*Montagne noch zu den \*Girondisten gehörenden Abgeordneten des Nationalkonvents. Schließt sich unter dem Eindruck des Verhaltens der Gironde im Prozeß gegen Ludwig XVI. der \*Montagne an.

### **Maximum**

staatlich festgesetzter Höchstpreis einer Ware. Hauptforderung der Pariser Sansculotten. Allgemeine Einführung von Maxima am 29.9.1793.

### **Menschen- und Bürgerrechte**

Auf der Tradition von Naturrecht und Aufklärung beruhendes Prinzip, daß jeder Mensch von Geburt an frei und mit gleichen, unveräußerlichen Rechten ausgestattet ist. Pflicht des Staates ist, sie zu wahren und zu schützen. An diese Menschenrechte schließt sich die politische Forderung an, daß die Rechtsgleichheit durch die Geburt auch im politischen Bereich zu verwirklichen sei. In England Verfassungsprinzip seit 1215 (Magna Charta Libertatum) und 1679 (Habeas-Corpus-Akte), in einer geschriebenen Verfassung erstmals verwirklicht in der Virginia Bill of Rights von 1776. Erstes Verfassungsgesetz der frz. Revolution (4./5.8. 1789).

### **Merkantilismus**

Wirtschaftspolitik des Absolutismus, nach der die Einnahmeseite des Staatshaushalts oberste Richtschnur ist. Unmittelbare Einflußnahme des Monarchen. Export von Rohstoffen und Import von Fertigprodukten sind eingeschränkt. In Frankreich bes. als gezielte Förderung des Gewerbes ausgebildet.

### **Montagne**

"Berg", Partei der radikalen Demokraten im \*Nationalkonvent, nach ihren Sitzen auf den oberen Rängen benannt. Ihre Mitglieder heißen Montagnards. Gegnerschaft zur Gironde. Nach 1795 unterdrückt.

### **Nationalkonvent**

zusammengetreten 21.9.1792, erklärt sofort Frankreich zur Republik. Auflösung nach Annahme der \*Direktorialverfassung am 23.9.1795.

### **Nationalversammlung**

Bezeichnung für die Volksvertretung, deren Mitglieder den Anspruch erheben, die ganze Nation zu repräsentieren. Alternative zum Begriff der \*Generalstände. S. \*Gesetzgebende Nationalversammlung, \*Verfassunggebende Nationalversammlung

### **Parlement**

Vom Adel besetzte königliche Gerichte, die königliche Erlasse "registrieren" (in Register eintragen) müssen, damit sie gültig werden. Das wichtigste P. hat seinen Sitz in Paris, weitere P. in den Hauptstädten der Provinzen (Grenoble, Aix, Bordeaux etc.). Hauptträger feudaler Restauration gegen das absolutistische Königtum, geht nur unter diesem Merkmal mit dem dritten Stand zusammen.

### **Patriotische Partei**

Politische Gruppierung der ersten Zeit der Revolution, erhebt die Forderung nach umfassenden Reformen. Zu ihr gehören außer dem Dritten Stand 200 von 291 Mitgliedern des Klerus und 90 der 270 Adligen.

### **Plebiszit**

Von Napoleon eingeführte unmittelbare Abstimmung des Volkes über eine bestimmte Frage. Eigentlich Instrument der unmittelbaren Demokratie, ersetzt aber oft die bei Wahlen vorgesehene politische Willensbildung, die zu parlamentarischen Kompromissen zwingt, durch die plebiszitäre Zustimmung einer einzelnen, diktatorisch regierenden Person gegenüber.

### **Politische Clubs**

Diskussionszirkel, hauptsächlich in Paris. S. \*Club des Cordeliers, \*Feuillants, \*Jakobiner.

### **Privileg**

"Vorrecht", Rechtsstatus, der persönlich oder kollektiv verliehen sein muß, auch Ausnahme von einem allgemein geltenden Rechtsgrundsatz. Die Ständegesellschaft beruht auf einem System von solchen persönlich oder kollektiv verliehenen Rechten. Wer nicht privilegiert ist, genießt nur das Mindestmaß an allgemeinen Rechten. Im Gegensatz dazu die \*Rechtsgleichheit, nach der grundsätzlich alle Bürger dasselbe (Höchstmaß an) Recht genießen.

### **Präfekt**

Leiter der Verwaltung eines Departements. In der Revolution als Träger der Selbstverwaltung gewählt, seit Napoleon von der Zentralregierung eingesetzt.

### **Rechtsgleichheit**

Grundsatz, nach dem alle Bürger eines Staates dasselbe Recht genießen und Ausnahmen vom geltenden Recht nicht statthaft sind. Beruht auf naturrechtlichen und aufklärerischen Prinzipien, wonach die Ungleichheit (durch \*Privilegien) nicht der natürlichen Freiheit und Gleichheit des Menschen entspricht.

### **Revolutionskalender**

Rückwirkend zum 22.9.1792 im Oktober/November 1793 eingeführten Zeitrechnung, als Ersatz für den christlichen Kalender gedacht. Anfangspunkt ist die Abschaffung des Königtums. Aufteilung von Stunde, Tag, Woche (Dekade), Monat und Jahr streng rationalistisch. 1805 wieder durch den gregorianischen Kalender ersetzt.

### **Revolutionstribunal**

Außerordentlicher Gerichtshof, vom Konvent errichtet und von der radikalen Montagne beherrscht.

### **Sansculotten**

"ohne Hosen", d.h. ohne die seidenen Hosen von Großbürgertum und Adel, Bezeichnung für die Pariser Massen (kleine Geschäftsleute, Handwerker, Proletariat), die durch radikale Forderungen und Aktionen sowohl die Nationalversammlung als auch die Partei der Montagne unter Druck setzen.

### **Siebenjähriger Krieg**

Krieg einer Koalition Österreichs, Frankreichs und Rußlands gegen Preußen 1756-63. Gleichzeitig kämpft England in Nordamerika gegen Frankreich und entlastet somit Preußen. Verlust der französischen Kolonien in Nordamerika an England.

### **Tirailleurtaktik**

Auf Einzelkampf und plötzliche Überfälle ausgerichtete Kampftaktik der französischen Revolutionsarmeen, der starren Schlachtordnung Preußens und Österreichs überlegen.

### **Urwähler**

Inhaber des aktiven Stimmrechts, in der indirekten Wahl wählen sie die \*Wahlmänner (Inhaber des passiven Wahlrechts), die ihrerseits dann die Abgeordneten in die Nationalversammlung wählen. S.a. \*Zensuswahlrecht.

### **Valmy, Kanonade von**

An sich unbedeutendes Artillerieduell am 20.9.1792 bei Valmy (heute Moulin de Valmy an der Autobahn Metz-Paris), vor dem sich aber die preußischen Truppen zurückzogen. Erster "Sieg" der Revolutionsarmee und bedeutender Stimmungsaufschwung.

### **Verfassungsgebende Nationalversammlung**

(Assemblée nationale constituante) Am 9.7.1789 konstituiert, beschließt am 3.9.1791 die Verfassung der Konstitutionellen Monarchie und löst sich anschließend auf. Fortsetzung in der \*Gesetzgebenden Versammlung.

### **Volkssouveränität**

Verfassungsgrundsatz, nach dem alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht. Formuliert bei J.J.Rousseau im "Contrat social" 1762, allerdings im Unterschied zum einfachen Mehrheitswillen unter einem höheren Aspekt des übergeordneten Allgemeinwohls gesehen.

### **Wahlmänner**

Inhaber des passiven Stimmrechts, in der indirekten Wahl von den \*Urwählern (Inhaber des aktiven Wahlrechts) gewählt. Sie wählen ihrerseits dann die Abgeordneten in die Nationalversammlung. S.a. \*Zensuswahlrecht.

### **Wohlfahrtsausschuß**

Vom Konvent am 6.4.1793 eingesetzt, um die Ministerien zu kontrollieren. Entwickelt sich unter der Führung Robespierres (27.7.1793-27.7.1794) zum Instrument des revolutionären Terrors.

### **Zensuswahlrecht**

Nach Vermögen oder Einkommen gestaffeltes (aktives und passives) Wahlrecht, führt entweder zum Ausschluß vom Wahlrecht (frz. Revolution, Baden im 19. Jh.) oder zur unterschiedlichen Gewichtung der Stimmen (Preußen 1848-1917). Begünstigt das besitzende Bürgertum.

## **Deutschland zwischen Napoleon und der Märzrevolution**

### **Badisches Landrecht**

Übernahme des frz. Code Napoleon (mit Zusätzen) als badisches Zivilgesetzbuch 1810. 1900 durch deutsches Bürgerliches Gesetzbuch abgelöst.

### **Bauernbefreiung**

Lösung der Bauern aus der persönl. Unfreiheit und der Gutsuntertänigkeit, wobei grundherrliche Lasten (Zinse, Abgaben) teils erlassen werden, teils abgegolten werden müssen. In Vorderösterreich bereits 1781 (Josephinische Reformen), in Baden 1783 Aufhebung der Leibeigenschaft, aber erst seit 1820 Ablösung der Herrenfronen und 1833 Zehntablösung. Aufhebung der Leibeigenschaft in Württemberg durch die Verfassungsgesetze 1817, Gesetze über die Ablösung der Lasten im Oktober 1836. In Hohenzollern-Hechingen Ablösung der Feudallasten durch freiwillige Vereinbarungen seit 1833. In Hohenzollern-Sigmaringen Aufhebung der Leibeigenschaft durch Gesetz 1833, Ablösung der Leibeigenschaftsabgaben aber erst seit 1840, der übrigen Feudallasten im August 1848. Vollständige Beseitigung der Feudallasten in Baden, Württemberg und Hohenzollern-Hechingen während der Revolution im März/April 1848. Im Gefolge der Bauernbefreiung werden der Flurzwang aufgehoben und die Allmenden aufgeteilt.

### **Befreiungskriege**

Kriege gegen die napoleonische Herrschaft in Deutschland, besonders unter Führung Preußens und Rußlands 1813-1815 geführt. Höhepunkt war die "Völkerschlacht" bei Leipzig (Völkerschlachtdenkmal) im Oktober 1813. Die B. enden mit dem Zusammenbruch des napoleonischen Staatensystems (Kgr. Westfalen etc.) und der Einnahme von Paris am 31.1.1814.

### **Burschenschaft**

Studentische Organisation, zuerst 1815 an der Universität Jena, die die landmannschaftliche Gliederung zugunsten einer gesamtdeutschen Organisation auflöste. Die nationale Einheit der B. sollte Vorbild für die polit. Einheit der Nation und die Überwindung der Kleinstaaterie werden. In den B. waren vor allem ehemalige Teilnehmer an den Freiheitskriegen. Die B. waren die Träger des \*Wartburgfestes im Oktober 1817. 1818 Gründung der "Allgemeinen Dt. B.", Formulierung eines liberal-nationalen Programms.

### **Charte Constitutionelle**

"Verfassungsbrief", liberale Verfassung Frankreichs, 1814 durch Ludwig XVIII. erlassen.

### **Code Napoleon**

frz. Zivilgesetzbuch, 1804 unter Napoleon erlassen, um die verschiedenen Rechtszustände innerhalb Frankreichs zu vereinheitlichen. In Baden als \*Badisches Landrecht übernommen. Mit zahlreichen Änderungen heute noch in Frankreich, Belgien und Luxemburg gültig.

### **Demagogenverfolgung**

Verfolgung liberaler und nationaler Ideen auf der Grundlage der \*Karlsbader Beschlüsse durch die Behörden des reaktionären Staates, der sie vom Gesichtspunkt der Staatsautorität aus als "Volksverhetzung" ansah. Besonders scharf in Preußen durchgeführt.

### **Demokratisches Prinzip**

Grundsatz, daß die Gesetzgebung von einer frei, gleich und allgemein gewählten Volksvertretung (Parlament) ausgeübt werden und daß die Regierung diesem Parlament verantwortlich sein sollte. Vgl. \*monarchisches Prinzip und \*Volkssouveränität.

### **Deutsche Frage**

Problem der Wiederherstellung der 1806 verlorenen staatlichen Einheit Deutschlands. Sieht "Deutschland" als einen der staatlichen Organisation übergeordneten Begriff der historischen und kulturellen Zusammengehörigkeit. Wieder aktuell nach 1945. Vgl. \*Nationale Einheit, \* großdeutsch, \*kleindeutsch

### **Deutscher Bund**

Organisation der 39 (bei der Gründung 1815 38) souveränen deutschen Einzelstaaten, letzter Ausdruck der nationalen Einheit. Organ ist der Bundestag in Frankfurt, an dessen Mehrheitsbeschlüsse die Mitgliedsstaaten gebunden sind. Der D.B. hat jedoch keine Souveränitätsrechte übertragen bekommen. 1848 aufgelöst, 1850 wieder gebildet, 1866 von Preußen aufgekündigt und erloschen. ⇨ Föderalistisches Prinzip

### **Dreiklassenwahlrecht**

1848 in Preußen eingeführtes Wahlrecht, nachdem die Wahlberechtigten in drei Steuerklassen eingeteilt sind und jede Klasse dieselbe Anzahl der Wahlmänner bzw. der Abgeordneten wählt. Anteil 1849 in Preußen: 4,7 der Bev. in der 1. Klasse, 12,6 % in der 2. und 82,6 % in der 3. Klasse. Dadurch erheblich größeres Gewicht der Stimmen aus den ersten beiden Klassen.

### **Erbuntertänigkeit**

Vererbte Abhängigkeit der Bauern von der Grundherrschaft, die sich in bestimmten persönlich oder sachlich zu leistenden Diensten (Frondienste bzw. Abgaben) äußert. Vgl. \*Bauernbefreiung.

## **Föderalistisches Prinzip**

Grundsatz, nach dem im Staatenbund bzw. im Bundesstaat die Souveränitätsrechte der Einzelstaaten möglichst weitgehend gewahrt bleiben. Extremfall ist der lose Staatenbund ohne wirksame eigene Exekutive (Deutscher Bund 1815-1866, Europ. Gemeinschaft, GUS nach 1990). In der Praxis werden jedoch bestimmte Souveränitätsrechte (bes. außenpolitisch oder militärisch) an den Gesamtstaat abgetreten (Bundesstaat). Vgl. \*Zentralistisches Prinzip.

## **Gewerbefreiheit**

Abschaffung der Zunftverfassung, nach der die (reglementierte) Zugehörigkeit zu einer Zunft Voraussetzung zur Ausübung eines bestimmten Gewerbes war. Wegfall aller Beschränkungen wegen Herkunft, Vorbildung, Genehmigung durch Ämter oder Zünfte, Produktionsstättenzahl und -größe. In Preußen 1807 verkündet, in Baden und Württemberg 1862, in Bayern 1868. Die G. trägt wesentlich zur Freisetzung von Arbeitskräften für die Industrie bei, da unrentable, bislang durch die Zunftverfassung geschützte Handwerksbetriebe nicht mehr konkurrenzfähig sind.

## **Göttinger Sieben**

Sieben Göttinger Professoren, die 1832 gegen einen Willkürakt des Königs von Hannover und England protestierten und daraufhin aus dem Dienst entlassen wurden.

## **Griechenbegeisterung**

1824 in den intellektuellen Kreisen ausbrechende Sympathie für den Freiheitskampf des griechischen Volkes gegen die türkische Fremdherrschaft. Auch politisch genutzt zum Kampf gegen die reaktionäre Politik Österreichs. Vgl. \*Polenbegeisterung.

## **großdeutsch**

Ausdruck für diejenige Lösung der nationalen Frage, die Österreich in das künftige Reich einbeziehen wollte. Scheiterte nicht zuletzt am Problem der nichtdeutschen Bestandteile (v.a. Ungarn, aber auch Böhmen). Vgl. \*kleindeutsch.

## **Grundrechte**

Sammelbegriff für einen Katalog von politischen und persönlichen Rechten, die als unveräußerlicher Besitz jedes Staatsbürgers angesehen werden, z.B. Versammlungs- und Pressefreiheit, Vereinigungsrecht, Schutz der Person und des Eigentums. Erste Festlegung in der Neuzeit in der Virginia Bill of Rights 1776, dann in der frz. Revolution bereits im August 1789 verkündet. 1849 Bestandteil der Paulskirchen-Verfassung.

## **Hambacher Fest**

1832 aus Anlaß des bayerischen Verfassungstages organisierte Demonstration der liberalen und fortschrittlichen Kräfte auf dem Hambacher Schloß bei Neustadt/Pfalz.

### **Heilige Allianz**

Bündnis der reaktionären Mächte Österreich, Rußland und Preußen zur Stabilisierung der restaurativen Bestrebungen in Europa, indem die Prinzipien der christl. Religion die Innen- und Außenpolitik bestimmen sollten. Auch "Bündnis von Thron und Altar" genannt.

### **Hohenzollern**

Als Grafen von Zollern bereits 1061 im Raum zwischen oberem Neckar, Schwäbischer Alb und oberer Donau nachweisbar. 1191/92 Erwerbung der Burggrafschaft Nürnberg und Teilung in fränkische und schwäbische Linie. Die fränkische Linie teilt sich nach der Erwerbung der Markgrafschaft Brandenburg 1417 weiter in die brandenburgische und die fränkische Linie, die in den Markgrafschaften Ansbach und Bayreuth bis 1791 regiert. 1618 kann die brandenburgische Linie das Herzogtum Preußen als polnisches Lehen erhalten, es wird 1701 Basis für das Königtum Brandenburg-Preußen. Die schwäbische Linie teilt sich 1575 in die Linien H.-Hechingen und H.-Sigmaringen, die ihren Besitz vor der \*Mediatisierung retten können. Nach der Revolution von 1848/49 verzichten beide Fürsten auf die Souveränität und treten die Fürstentümer an Preußen ab (Dez. 1849/März 1850). Einführung der preußischen Verfassung in dem dann preußischen Regierungsbezirk Sigmaringen. Ab 1945 Bestandteil des Landes (Süd-) Württemberg-Hohenzollern und mit diesem 1952 zum Bundesland Baden-Württemberg.

### **Karlsbader Beschlüsse**

Aus Anlaß der Ermordung Kotzebues (in Mannheim) im September 1819 im böhmischen Karlsbad getroffene Vereinbarung Metternichs mit 9 Landesregierungen zur Erhaltung der "inneren Sicherheit": Säuberung der Universitäten von Liberalen, Einführung der Zensur. Beginn der \*Demagogenverfolgung.

### **kleindeutsch**

Ausdruck für diejenige Lösung der \*deutschen Frage, die Österreich mit all seinen nichtdeutschen Bestandteilen (v.a. Ungarn, aber auch Böhmen) außerhalb des künftigen Verbandes des Reiches lassen wollte. Die nichtdeutschen Teile Preußens dagegen waren eingeschlossen. Die kleindeutsche Lösung kommt vor allem der Vorherrschaft Preußens entgegen und will das preußische Industripotential für den künftigen Nationalstaat nutzen. Vgl. \*großdeutsch.

### **Konstitutionelle Monarchie**

Staatsform, die die Monarchie an eine Verfassung bindet. Die Rechte des Königs sind dadurch eingeschränkt. Gegensatz: absolute Monarchie bzw. Republik.

### **Konstitutionsedikte**

Reihe von sieben Staatsgrundgesetzen des Großherzogtums Baden, in denen 1806-1808 die Rechtsverhältnisse im Staat geregelt wurden. Vorläufer der 1818 eingeführten \*Verfassung.

### **Kurwürde**

Im alten Deutschen Reich das an einen bestimmten Fürstentitel geknüpfte Recht, den deutschen König und damit den Kaiser zu wählen. Zunächst 7 Kurfürsten: Erzbischöfe von Mainz, Trier und Köln, König von Böhmen, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Sachsen, Markgraf von Brandenburg. Seit 1622 die pfälzische Kur bei Bayern, 1648 neue pfälzische Kur. 1692/1708 neue Kurwürde für Hannover. 1803 wegen der Aufhebung der weltlichen Fürstentümer Trier und Köln und der Kurpfalz Errichtung neuer Kurstimmen: Baden, Württemberg, Hessen-Kassel und Salzburg.

### **Landständische Verfassung**

Verfassung, die das Recht der Landstände auf Mitsprache an der Regierung gewährleistet. Grundlage ist die Gliederung der Gesellschaft in Stände, die noch nicht durchbrochen wird. Gegensatz: Liberale Verfassung mit gewählter Volksvertretung (Repräsentativverfassung).

### **Legitimität**

Allgem. Rechtfertigung staatlicher Gewalt: Gottesgnadentum bzw. \*Volkssouveränität. Auf dem \*Wiener Kongreß zugrundegelegtes Prinzip, daß nur diejenigen Fürsten wieder in ihre Rechte eingesetzt werden sollten, deren Familie bereits vor der französischen Revolution an der Regierung war. Die Tradition der Herrschaft gibt also das Anrecht. Das Legitimitätsprinzip wird verlassen im Freiheitskampf der Griechen und bei der Unabhängigkeit Belgiens.

### **Liberalismus**

Ursprünglich Bestrebung, den Einfluß des Staates bzw. des Herrschers zugunsten von individueller Freiheit, Eigenverantwortlichkeit und Selbstverwaltung zurückzudrängen. Dann Sammelbezeichnung für alle weder konservativen noch radikal demokratisch bis sozialistischen Kräfte.

### **Mediatisierung**

(Herstellung der Mittelbarkeit) Unterstellung ehemals reichsunmittelbarer Herrschaften unter eine andere Landesherrschaft und damit Verlust der Reichsunmittelbarkeit. Ziel ist bei der im \*Reichsdeputationshauptschluß und bei der Gründung des \*Rheinbundes vorgenommenen M. die Schaffung abgerundeter ("arrondierter") Mittelstaaten. Hauptgewinner sind die drei süddeutschen Staaten Baden, Württemberg und Bayern.

## **Monarchisches Prinzip**

Grundsatz, nach dem die Position und die Rechte des Monarchen möglichst uneingeschränkt beibehalten werden sollen. In der Verfassung der Paulskirche Ausgleich mit dem \*demokratischen Prinzip, den Rechten des Parlamentes.

## **Märzforderungen**

Libérale Forderungen, die am Anfang der Märzrevolution 1848 gegenüber den Regierungen der Staaten erhoben wurden: Presse- und Versammlungsfreiheit, Volksbewaffnung, Schwurgerichte, Verantwortlichkeit der Minister gegenüber dem Parlament. Die Regierungen gaben zunächst nach und beriefen liberale \*Märzminister.

## **Märzminister**

Auf Grund der \*Märzforderungen von den Regierungen der Klein- und Mittelstaaten berufene liberale Minister, in Württemberg Friedrich Römer, Gustav Duvernoy, Paul Pfizer und Adolf Goppelt. In Baden amtierte bereits vor der Revolution die liberale Regierung Bekk.

## **Nationale Einheit**

Ziel der Vereinigung aller Deutschen in einem gemeinsamen Nationalstaat. Grundidee der \*Befreiungskriege gegen Napoleon, durch den \*Wiener Kongreß enttäuscht, von der \*Reaktion bekämpft, auf dem \*Hambacher Fest gefordert und in der Revolution 1848/49 der Verwirklichung nahe. Nach 1866 unter Führung Preußens als "Einigung von oben" verwirklicht.

## **Organisationsmanifest**

Verwaltungsneugliederung des Königreiches Württemberg (1806): Auflösung des Geheimen Rats und Einführung der Ministerialverfassung mit Staatsministerium an der Spitze, Einteilung in 12 Kreise und 65 Oberämter. 1817 weitere 11 Organisationsedikte zur Bauernbefreiung und zur Verwaltungsreform. Ersetzung der 12 alten durch 4 neue Kreise.

## **Paulskirche**

Evangel. Kirchengebäude in Frankfurt, 1848 als Sitzungssaal für die Nationalversammlung benutzt. Frankfurt als Tagungsort war durch den Status der Stadt als Freie Stadt (ehem. Reichsstadt) und Wahlort des dt. Kaisers bestimmt, die Paulskirche war als Zentralkirche am besten als Versammlungsraum herzurichten. Standort von Präsidium und Rednertribüne war vor der Orgel.

## **Personalunion**

Vereinigung zweier Staaten unter einem gemeinsamen Staatsoberhaupt (Monarchen); Beibehaltung der jeweiligen Souveränität. Die P. kann durch unterschiedliche Erbfolgeregelungen wieder gelöst werden. Z.B. Hannover-

England 1714-1837, Polen-Sachsen 1697-1763, Schleswig/Holstein-Dänemark 1448-1864. Gegensatz: \*Realunion.

### **Polenbegeisterung**

Nach dem Polenaufstand 1830 in Deutschland verbreitete Sympathie für die durchreisenden Emigranten. Zeigt sich vor allem in den rot-weißen Fahnen beim \*Hambacher Fest.

### **Pressefreiheit**

Grundlegende Forderung der Liberalen im \*Vormärz (1819-1848). Richtet sich gegen die reaktionäre \*Zensur, die nach den \*Karlsbader Beschlüssen die Meinungs- und Informationsfreiheit einschränkte.

### **Rationalismus**

Grundsatz, der nur anerkennt, was der Vernunft gemäß ist. Im 18. Jahrhundert Ablehnung von Aberglaube, religiöser Mystik und einengender Tradition, im Aufgeklärten Absolutismus Betonung der Staatsraison. Im 19. Jahrhundert Grundlage für die Neuorganisation der süddeutschen Staaten, dort auch Spät-Absolutismus genannt.

### **Reaktion**

Auf die Konservierung bestehender und die Verhinderung neuer Zustände gerichtetes politisches Handeln. Grundprinzip des \*Vormärz, Kampf gegen \*Liberalismus, Demokratie und \*Nationale Einheit. Verwandt mit der \*Restauration.

### **Realunion**

Staats- und verfassungsrechtliche Vereinigung zweier Länder, z.B. Schleswig und Holstein (seit dem 14. Jh.). Geht über die bloße \*Personalunion hinaus, schafft gemeinsame staatliche Institutionen, betont aber noch die Eigenständigkeit beider Landesteile, im Unterschied zur viel weitergehenden Annexion (z.B. Polens durch Rußland 1832).

### **Reichsdeputationshauptschluß**

Haupt-(be-)schluß der Reichsdeputation 1803 über die Entschädigung der deutschen Fürsten für deren Verluste in den linksrheinischen Territorien (seit 1795 bei Frankreich). \*Säkularisation und \*Mediatisierung schaffen eine Ausgleichsmasse, die über die Verluste hinausgeht. Der R. beseitigt die territoriale Zersplitterung des Reiches und schafft Staaten, die ein Gegengewicht gegen Österreich bilden können. Bedeutende Vergrößerung Badens, Württembergs, Bayerns und Preußens.

### **Reichsverweser**

(Reichsverwalter) Von der Nationalversammlung 1848 eingesetztes vorläufiges Staatsoberhaupt des neuen deutschen Nationalstaats. Gewählt wurde Erzherzog

Johann von Österreich. Das Amt des Reichsverwesers wäre mit der Einsetzung eines Kaisers erloschen.

## **Restauration**

Politische Bestrebung, die die Wiederherstellung früherer (vorrevolutionärer) Zustände in Politik und Gesellschaft anstrebt. Der Begriff kennzeichnet die Politik der Jahre zwischen dem \*Wiener Kongreß und der Märzrevolution 1848. Die R. kann aber keine vollständige Umkehr der inzwischen eingetretenen Verhältnisse (territorial, sozial und rechtlich) bewirken; die inneren Widersprüche zwischen der restaurativen Politik und dem gesellschaftlich-wirtschaftlichen Fortschritt (Industrialisierung) und die Unmöglichkeit, die liberalen Bewegungen unterdrücken zu können, führen zur Julirevolution 1830 und zur Februar-/Märzrevolution 1848.

## **Rheinbund**

Von Napoleon im Juli 1806 unter Beteiligung von 16 deutschen Fürsten geschaffener Staatenbund als Gegengewicht gegen Österreich und Preußen ("Drittes Deutschland"). Vergrößerung der Rheinbundstaaten (bes. Baden, Württemberg und Bayern) durch \*Mediatisierung ehemals reichsunmittelbarer Territorien. Der R. lehnt sich politisch an Frankreich an, öffnet damit Deutschland dem französischen Einfluß und leistet vor allem militärische Hilfe für Frankreich.

## **Ritterschaft**

Staatsrechtliche Körperschaft des reichsunmittelbaren Niederadels im Alten Reich. Der Status ist nicht ganz klar: Zwar liegen wesentliche Souveränitätsrechte bei den einzelnen Landesherren, das Steuerrecht jedoch bei der Körperschaft (Korporation), z.B. der Kraichgauer Ritterschaft. Auf dem Reichstag sind die R. nicht vertreten, die landständischen (nicht reichsunmittelbaren) R. können ihren Einfluß jedoch bei den Landständen geltend machen.

## **Rumpfparlament**

Bezeichnung für den radikal-demokratischen Rest der Nationalversammlung, der nach dem Abzug der preußischen und österreichischen Abgeordneten noch weiter tagte. Zieht sich im Mai 1849 vor den preuß. Truppen aus Frankfurt nach Stuttgart zurück. Aufgelöst im Juni durch württembergisches Militär.

## **Sekundogenitur**

Fürstentum, das als Ausstattungsgut für zweit- oder nachgeborene Söhne aus Fürstenhäusern eingerichtet, dann aber nach Erbrecht weitervererbt wird. Diese haben nach dem Erbrecht der Primogenitur (Erstgeburt) keinen Anspruch auf das unteilbare väterliche Erbe. Habsburgische S. waren Modena in Oberitalien, dann - als Ersatz dafür - der Breisgau (ehem. Vorderösterreich), als wittelsbachische (bayerische) S. werden auch die Erzbistümer Trier und Köln bezeichnet, da sie über Jahrzehnte von nachgeborenen Söhnen der Wittelsbacher besetzt werden.

## **System Metternich**

Bez. für die reaktionäre Politik der Unterdrückung liberaler und nationaler Bestrebungen, benannt nach dem Hauptvertreter, dem österreichischen Staatskanzler Fürst Metternich. Identisch mit dem Begriff der \*Restauration, sofern er sich auf die Epoche zwischen dem \*Wiener Kongreß und der Märzrevolution 1848 bezieht.

### **Säkularisation**

Verstaatlichung von Kirchengut bzw. Unterstellung des Kirchenbesitzes unter einen weltlichen Herren. Dieser kann sowohl der in den weltlichen Stand übergetretene geistliche Herr (Säkularisation des Ordensstaates als Herzogtum Preußen 1525) als auch der Herr eines Nachbarstaates sein, der von diesem Gebiet Besitz ergreift (Säkularisationen 1803-06 mit der Aufhebung von 25 Fürstbistümern und 44 Reichsabteien). Die Forderung nach S. entzündet sich an der Unvereinbarkeit von weltlicher Herrschaft und geistlichen Pflichten und wird bereits im 18. Jahrhundert erhoben. Der Begriff der Säkularisierung bezeichnet dagegen allgemein die Lösung von Ordnungsvorstellungen von religiösen Grundlagen.

### **Teplitzer Punktation**

Grundsätzliche Einigung des österr. Staatskanzlers Metternich mit der preußischen Regierung (1.8.1819) über ein strengeres Vorgehen gegen liberale und nationale Bestrebungen im Deutschen Bund. Führt im September 1819 zu den \*Karlsbader Beschlüssen.

### **Unitarisches Prinzip**

s. \*Zentralistisches Prinzip

### **Verfassungsoktroj**

Von Kg. Friedrich Wilhelm IV. von Preußen dem Land im Dezember 1848 ohne Mitwirkung einer Volksvertretung aufgezwungene (=oktrojierte) Verfassung.

### **Volkssouveränität**

Verfassungsgrundsatz, nach dem alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht. Formuliert bei J.J.Rousseau im "Contrat social" 1762, allerdings im Unterschied zum einfachen Mehrheitswillen unter einem höheren Aspekt des übergeordneten Allgemeinwohls gesehen.

### **Vorderösterreich**

Sammelbezeichnung für den habsburgischen Besitz zwischen dem Lech und den Vogesen: Reichslandvogtei Ortenau, Breisgau, Südschwarzwald, am Hochrhein, zwischen Bodensee und Neckar, Reichslandvogtei in Ober- und Niederschwaben (zwischen Ulm und dem Bodensee). Umfangreicher Besitz im Elsaß ging 1648 an Frankreich verloren. Verwaltungsmittelpunkt für den westlichen Teil war zunächst Ensisheim im Elsaß, dann (ab 1648) Freiburg. 1806 an Baden und Württemberg.

## **Vormärz**

Bez. für die reaktionäre und restaurative Epoche vor der Märzrevolution 1848. Kennzeichen ist sowohl die Forderung liberaler Freiheiten als auch deren staatliche Unterdrückung (\*Karlsbader Beschlüsse, Zensur). Im wirtschaftl. Bereich nur langsam fortschreitende Industrialisierung, aber bereits große soziale Probleme. Auch als Bez. für die literarische Epoche, in der die Literatur im Dienst des politischen Kampfes steht.

## **Wartburgfest**

Von den \*Burschenschaften am 18./19. Oktober 1817 organisiertes Fest zum 300. Jahrestag des Luther'schen Thesenanschlages als auch des 4. Jahrestages der Völkerschlacht. Wird zur studentischen Demonstration für die Freiheit des deutschen Geistes und des deutschen Vaterlandes.

## **Wiener Kongreß**

Kongreß der deutschen und europäischen Fürsten von Oktober 1814 bis Juni 1815 in Wien zur Regelung der politischen Verhältnisse in Europa nach dem Sturz Napoleons. Grundsätze der staatlichen Neuordnung sollten die \*Legitimität und die \*Restauration sein. Die Zahl der 200 Vertreter machte Verhandlungen im großen Kreis unmöglich ("Der Kongreß tanzt, aber er marschiert nicht"), die wesentlichen Dinge wurden im Kreis der Großmächte England, Rußland, Preußen, Österreich und Frankreich ausgehandelt. Wichtigstes Verhandlungsergebnis ist neben der territorialen Neuordnung (vor allem linkes Rheinufer und Polen) die Gründung des \*Deutschen Bundes. Abschluß durch Wiener Kongreßakte v. 9.6. 1815.

## **Wiener Schlußakte**

1820 beschlossenes Grundgesetz des \*Deutschen Bundes, Grundlage für die Durchführung der reaktionären Politik. Die W.S. schränkte die Bindung des Souveräns an eine Verfassung sehr stark ein.

## **Wittelsbacher**

Bayerisch-pfälzisches Herzogshaus, seit 1180 Herzöge von Bayern, seit 1214 Pfalzgrafen bei Rhein (Heidelberg/Mannheim). Hausverträge und Erbfolgeregelungen führen 1777 zur Vereinigung der Pfalz mit Bayern unter Karl Theodor, der seine Residenz von Mannheim nach München verlegt, und 1799 unter dem Zweibrücker Pfalzgrafen Max Joseph, der als König von Bayern nach 1806 eine Epoche der liberalen Neuorganisation des Staates einleitet. Am 7.11.1918 abgesetzt, die Familie lebt heute "privat" im Schloß Nymphenburg in München, das Familienoberhaupt trägt noch den Titel "Herzog in Bayern und Pfalzgraf bei Rhein".

## **Zentralistisches Prinzip**

Grundprinzip des Staatsaufbaus, nach dem die Zentralgewalt gegenüber regionalen Gewalten möglichst gestärkt wird. Bsp.: Frankreich. Gegengengriff: \*Föderalistisches Prinzip.

### **Zunftverfassung**

Wirtschaftsordnung, nach der die Ausübung eines Gewerbes an die Mitgliedschaft in einer Zunft gebunden ist. Die Zugangsbeschränkungen zur Zunft entlasten die Zunftmitglieder vom Konkurrenzdruck, ebenso die Bestimmungen über maximale Betriebsgröße und Zahl der Betriebe eines Mitglieds. Die Zunft regelt auch An- und Verkaufspreise von Waren und wirkt so streng dirigistisch auf den Markt ein.

## **Industriualisierung und Soziale Frage**

### **Akkumulation des Kapitals**

Prozeß, nach dem sich durch das Profitstreben der Unternehmer (Kapitalisten) in einem Konzentrationsvorgang in immer weniger Händen immer mehr Kapital anhäuft. Die Unternehmer erhalten dadurch eine Monopolstellung.

### **Arbeitsschutzgesetze**

Staatliche Gesetze, um den Arbeiter vor körperlicher Ausbeutung zu schützen: Verbot der Kinderarbeit, Regelung der Arbeitszeit, Sicherheitsbestimmungen am Arbeitsplatz etc.

### **Arbeitsteilung**

Produktionsform, in der der einzelne nur noch den Produktionsschritt ausführt, der seinen Fähigkeiten oder seiner Ausbildung am weitestgehenden entspricht. Im industriellen Bereich Reduzierung der A. auf einzelne Handgriffe an Maschinen. Verlust des Überblicks über das ganze Produkt, Folge ist die \*Entfremdung.

### **Ausbeutung**

Inanspruchnahme einer Arbeitskraft, ohne daß dem Arbeiter auch der damit erwirtschaftete Gewinn zugute kommt. Vorenthaltung des \*Mehrwerts und Reduzierung des Lohns auf den \*Existenzlohn. Grundlage für die \*Verelendung.

### **Basis**

Ökonomisches Fundament einer Gesellschaft aus \*Produktionsverhältnissen und \*Produktivkräften, auf dem sich Staat, Recht, Kultur als Ausdruck des Bewußtseins aufbauen.

### **Bauernbefreiung**

s. Artikel B. im Kap. "Neuordnung Deutschlands ..." Darüber hinaus ist die B. in Preußen insofern gescheitert, als die Bauern durch die Höhe der Ablösesummen nicht die Möglichkeit hatten, sich eine eigene Existenz aufzubauen, und deshalb ihr Land verlassen und in die Städte ziehen mußten. Dort bildeten sie ein Reservoir an Arbeitskräften für die wachsende Industrie.

### **Betriebskrankenkasse**

Form der betrieblichen Sozialversicherung. Unterstützungszahlung an Arbeiter im Fall der Krankheit, dazu meist Pflichtmitgliedschaft. Der Betrieb zahlt die eine Hälfte des Gesamtbeitrages in die Kasse ein, der Arbeiter die andere Hälfte.

### **Calvinismus**

Nach §Jean Calvin§ (1509-1564) benannte Reformationslehre, die insofern für Industrialisierung und Unternehmertum wichtig ist, als sie die Vorherbestimmtheit des Menschen (Prädestination) lehrt, nach der sich Gottes Gnade im Erfolg der Handlungen zeigt. Der Mensch erwirbt sich die Gnade nicht, er macht sie sich durch sein Handeln offenbar. Müßiggang kann daher nicht Gottes Gnade zeigen. Der Calvinismus begünstigt daher unternehmerisches Handeln und wird zur sog. "calvinistischen Erwerbsethik". Bes. in der Westschweiz, in Frankreich (Hugenotten), den Niederlanden, in England und der Pfalz verbreitet.

### **Chartisten**

Arbeiterbewegung in England (seit 1836), fordert politische Rechte für die Arbeiter, Schutz vor Ausbeutung etc. Forderungen 1839 in der "People's Charter" niedergelegt. Nach 1848 bedeutungslos.

### **Dialektik**

Philosophisches Prinzip, nach dem sich ein Zustand aus dem Widerstreit zweier vorangegangener Zustände (These und Antithese) ergibt. Der neue Zustand (Synthese) trägt aber in sich bereits wieder den Keim einer neuen Auseinandersetzung mit einer Antithese. In dieser Form seit Fichte und Schelling angewandt und von Hegel als das innere Gesetz des Handelns und Seins erkannt.

### **Diktatur des Proletariats**

Herrschaft des Proletariats nach der \*Proletarischen Weltrevolution; als Diktatur notwendig, um die letzten Reste des Kapitalismus zu beseitigen.

### **Ehernes Lohngesetz**

Von Lassalle 1863 formulierte Theorie, nach der sich der Arbeitslohn nie wesentlich über das Existenzminimum erheben bzw. darunter sinken könne. Das eine würde die Lebensbedingungen der Arbeiter soweit verbessern, daß durch Zunahme der Zahl die Nachfrage nach Arbeit steigt und damit der Preis (Lohn) wieder fällt. Das andere würde die Lebensbedingungen verschlechtern und die Nachfrage verringern, so daß der Lohn wieder steigt. Übernahme der Lohntheorie von David Ricardo.

### **Entfremdung**

Beziehungslosigkeit des Menschen zu dem von ihm hergestellten oder verarbeiteten Produkt, Folge der übermäßigen \*Arbeitsteilung.

### **Enzyklika**

Lehrschreiben des Papstes zu aktuellen und grundsätzlichen Fragen, an die gesamte kathol. Kirche gerichtet. Formuliert die Lehrmeinung der Kurie, ohne den Rang der Unfehlbarkeit (Dogma) zu beanspruchen. In lat. Sprache, meist nach den beiden Anfangsworten zitiert. Vgl. \*Rerum Novarum.

### **Erwerbsethik**

S. \*Calvinismus

### **Existenzlohn**

Diejenige Lohnhöhe, die die materielle Existenz des Arbeiters sichert. Da sie zum Leben und zur Fortpflanzung notwendig ist, auch Reproduktionslohn genannt. Vgl. \*Existenzminimum.

### **Existenzminimum**

Aufwendungen zur Sicherung des unbedingt Notwendigen im Leben. Das E. ist im Lauf der Zeit abhängig vom allgemein anerkannten Lebensstandard; es beinhaltet zur Zeit der Industriellen Revolution nur das zum bloßen Überleben Wichtige, heute sind im Pfändungswesen bereits Kühlschrank und Fernsehgerät als notwendig anerkannt.

### **Flurbereinigung**

Maßnahme zur Steigerung der Rentabilität landwirtschaftlicher Flächen, indem verstreut liegende Flächen eines Besitzers zusammengelegt werden und damit rationeller bewirtschaftet werden können. In großem Stil erst in unserem Jahrhundert durchgeführt.

### **Fruchtwechsel**

Maßnahme zur Steigerung der Rentabilität landwirtschaftlicher Flächen, indem durch gezielte Abfolge im Anbau der Produkte dem Boden wieder Nährstoffe zugeführt werden, die im F. folgende Pflanzen benötigen. So reichern z.B. Luzernen und Klee den Boden mit Stickstoffen an. Der F. ersetzt die früher übliche Dreifelderwirtschaft mit der Abfolge Sommer-, Winter- und Brachfeld.

### **Genossenschaft, Genossenschaftswesen**

Auf der Basis genossenschaftlicher Selbsthilfe organisiertes Wirtschaftsleben, im industriell produktiven Bereich weitgehend Forderung geblieben. Verwirklicht in der Landwirtschaft (Winzergenossenschaft, Raiffeisen-Genossenschaft), im privaten Konsum (Konsum-Läden, heute coop) und im Bankwesen (Volksbanken, Raiffeisenbanken, Spar- und Darlehenskassen, Handels- und Gewerbebanken). Die landwirtschaftliche G. läßt die wirtschaftliche Selbständigkeit ihrer Mitglieder bestehen und regelt nur Anbau und Vermarktung der Produkte und die Versorgung mit Saatgut und Düngemitteln. Konsum- und Bankgenossenschaften arbeiteten ursprünglich mit den als Anteilen am Geschäftsvermögen angelegten Geldern der Mitglieder und bieten ihre Dienstleistungen an. Sonderform ist die sozialistische G. in Form der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) der DDR oder der Kolchose der UdSSR. Hier bringen die Mitglieder ihren gesamten Besitz an Acker, Vieh und Geräten in die G. ein und unterstellen sich der gemeinsamen Planung.

### **Gewerbeaufsicht**

Staatliche Überwachung des Wirtschaftslebens, setzt die Regeln der \*Gewerbeordnung durch.

## **Gewerbefreiheit**

s. Artikel G. im Kap. "Neuordnung Deutschlands ..." Darüber hinaus bringt die G. kleinere Handwerksbetriebe in Existenzschwierigkeiten, weil sie nicht mehr konkurrenzfähig sind. Handwerker und Gesellen bilden deshalb in den Städten ein Reservoir an Arbeitskräften für die wachsende Industrie.

## **Gewerbeordnung**

Staatliche Maßnahmen (Gesetze, Verordnungen) zur Regelung des Wirtschaftslebens, ersetzt im Lauf des 19. Jh. die Zunftverfassung (s. Artikel Z. im Kap. "Neuordnung Deutschlands ..."). Je nach Staatsordnung liberal bis dirigistisch orientiert.

## **Gewerkschaften**

Wichtigste Organisationsform zur Selbsthilfe durch die Arbeiter, hat die Koalitionsfreiheit, d.h. das Recht zum Zusammenschluß in Verbänden, zur Voraussetzung. G. sind mehr auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen hin orientiert, die in Vereinbarungen mit den Unternehmern durchzusetzen sind; als Waffe der G. dient dabei der Streik. der Streik wiederum setzt die gewerkschaftliche Solidarität der Arbeiter voraus. Im Unterschied dazu strebt die Arbeiterpartei eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen auf gesetzlichem Wege an, dazu muß sie allgemeines Wahlrecht fordern, um ihre Kandidaten ins Parlament zu bringen. Erste G. in Deutschland 1865. Verschiedene Organisationsformen: Berufsverbandsprinzip (USA, Großbritannien), d.h. innerhalb eines Betriebes gehören Angehörige verschiedener Berufe verschiedenen G. an; Industrieverbandsprinzip (Bundesrepublik Deutschland), d.h. die Haupttrichtung des Betriebs bestimmt die Zugehörigkeit zur G.; Richtungsgewerkschaft (Deutschland vor 1933, Frankreich, sozialist. Staaten), als sozialistische oder kommunistische G. mit reformerischen oder revolutionären Zielsetzungen.

## **Heilsplan**

Der Weltordnung zugrundeliegendes Prinzip, wonach die Geschichte auf die Erfüllung eines Zieles hinstrebt, das nicht von den Menschen beeinflussbar ist. Vor allem christliche Heilslehre (Erlösung, Wiederkommen Christi, Jüngstes Gericht) und marxistische Theorie (Weltrevolution, Diktatur des Proletariats, Kommunismus). Zum H. gehört das Gesetz des Handelns, dem die Geschichte in ihrem Verlauf unterliegt: im Christentum der Kampf zwischen Gut und Böse, im Marxismus der Klassenkampf.

## **Historischer Materialismus**

Philosoph. Prinzip, wonach das materielle Sein des Menschen (soziale Verhältnisse, Produktionsweise) das gesellschaftliche Bewußtsein bestimmt und damit verantwortlich ist für die Ausprägung von Kultur, Recht, Religion etc. "Nicht das Bewußtsein bestimmt das Leben, das Leben bestimmt das Bewußtsein."

Der Materialismus L. Feuerbachs wird von Marx erstmals auf die Produktion von Gütern und die soziale Wirklichkeit bezogen. Vgl. \*Basis und \*Überbau.

### **Industrialisierung**

Übergang der Güterproduktion vom Handwerksbetrieb oder der \*Manufaktur auf Fabriken, in denen der Arbeiter (ohne besondere Vorbildung) nur noch Maschinen bedient und diese Maschinen Güter in großen Stückzahlen herstellen.

### **Industriegesellschaft**

Gesellschaftsordnung, die von einem hohen Maß an \*Arbeitsteilung, \*Verstädterung und \*sozialer Mobilität gekennzeichnet ist. Gegensatz: Agrargesellschaft.

### **Kindersterblichkeit**

Hauptursache für den nur langsamen Anstieg der Weltbevölkerung bis zum Beginn des 19. Jh. K. beruht auf der hohen Anfälligkeit von Neugeborenen und Säuglingen gegenüber Infektionen und Infektionskrankheiten und auf der gleichzeitigen fehlenden Hygiene und mangelnden medizinischen Versorgung.

### **Koalitionsrecht**

Hauptforderung der Arbeiterbewegung, in England bereits 1824, in Frankreich 1864, in Preußen 1869 gewährt. Enthält das Recht, sich zu Berufsverbänden und Interessenvertretungen, bes. \*Gewerkschaften, zusammenzuschließen.

### **Lebenserwartung**

Im Durchschnitt aller Lebendgeborenen erreichtes Lebensalter. Die L. ist eine rein statistische Größe und insbesondere abhängig vom bereits erreichten Lebensalter. So beträgt die L. in der vorindustriellen Zeit insgesamt nur ca. 30-40 Jahre, sobald aber die gefährliche Zeit der Kinderkrankheiten vorüber ist, steigt die L. des Jugendlichen auf über 50 Jahre. Heute im Gesamtdurchschnitt bei 68-73 Jahren.

### **Manufaktur**

Produktionsbetrieb mit einer Zusammenfassung von hochspezialisierten Handwerkern, die manuelle Arbeit bleibt bis auf einfache technische Geräte vorherrschend. Besonders im absolutistischen Frankreich die vorherrschende Betriebsform.

### **Maschinensturm**

Form des Protestes gegen die zunehmende Mechanisierung der Industrie, die sich in der Zerstörung der Maschinen äußerte, oft im Glauben, dadurch die Entwicklung aufhalten zu können. Richtet sich vor allem gegen die Textilindustrie, deren Ausbau Arbeitsplätze in der Heimindustrie vernichtete. Vor

allem in England im ersten Drittel des 19. Jh., in Deutschland nur vereinzelt (Weberaufstand in Schlesien 1844).

### **Mehrwert**

Von Karl Marx geprägter Begriff zur Kennzeichnung derjenigen Spanne, die zwischen dem Lohn des Arbeiters und dem Wert seiner Produktivität liegt. Diese Spanne behält der Unternehmer ein (= \*Ausbeutung). Die Höhe der Spanne bestimmt die Ausbeutungsrate.

### **Produktionsgenossenschaften**

s. \*Genossenschaftswesen

### **Produktionsverhältnisse**

In der marxistischen Theorie die soziale Organisationsform (Rechts-, Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse), unter denen produziert wird. Ergibt zusammen mit den \*Produktivkräften die Produktionsweise.

### **Produktivkräfte**

In der marxistischen Theorie die Gesamtheit der Produktionsmittel (Geräte, Grund und Boden, Gebäude) und der dazu gehörenden naturwissenschaftlichen Erkenntnisse. Ergibt zusammen mit den \*Produktionsverhältnissen die Produktionsweise.

### **Proletarische Weltrevolution**

In der marxistischen Theorie der gewaltsame Sturz der ausbeuterischen Kapitalistenklasse und die Errichtung der \*Diktatur des Proletariats. Kommt dann, wenn das Proletariat auf dem Tiefpunkt seiner sozialen Lage ist und nichts mehr zu verlieren hat als seine Ketten.

### **Raiffeisen-Genossenschaften**

s. \*Genossenschaftswesen

### **Rerum Novarum**

Päpstliche \*Enzyklika von 1891 mit Stellungnahme zur Sozialen Frage.

### **Risikokapital**

Nicht fest angelegte Geldmittel, die auf gewinnversprechende Anlage in neuen Unternehmenszweigen warten; mit der Bereitschaft des Eigentümers verbunden, um des Gewinns willen auch Risiken einzugehen, daher besonders in Zeiten technischen Umbruchs wichtig.

### **Schrittmacherindustrie**

Industriezweig, der in einer Zeit des technischen Umbruchs die führende Rolle übernimmt und weitere Anstöße an andere Industriezweige gibt. Bsp.: Textilindustrie in England, Stahlindustrie (Eisenbahnbau) in Deutschland.

### **Soziale Frage**

Gesamtheit des Problems der Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterschaft, einschließlich der Fragen der Rechtsstellung gegenüber den privilegierten Schichten. Lebensverhältnisse sind in diesem Zusammenhang die Wohnsituation und die Fragen der Existenzsicherung (Lebenshaltungskosten), Arbeitsverhältnisse sind die Probleme von Frauen- und Kinderarbeit, Arbeitsschutz, Arbeitszeit. Vgl. \*Ehernes Lohngesetz, \*Existenzlohn, \*Mehrwert; zu den Lösungen der S.F. siehe \*Arbeitsschutzgesetz, \*Betriebskrankenkasse, \*Genossenschaftswesen, \*Gewerkschaften, \*Koalitionsrecht und \*Sozialgesetzgebung.

### **Soziale Mobilität**

Möglichkeit des gesellschaftlichen Auf- (oder Ab-)stiegs durch eigene oder fremde Leistung. S.M. setzt den Wegfall von Standesschranken (s. \*Stände) voraus, setzt aber auch voraus, daß die Lebensbedingungen der unteren Schicht das Erreichen höherer Bildung ermöglichen.

### **Sozialgesetzgebung**

Gesamtheit der staatlichen Maßnahmen zur Lösung der sozialen Frage, die die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter durch existenzsichernde Gesetze zum Ziel haben: in Deutschland staatliche Krankenversicherung (1883), Unfallversicherung (1884), Invaliden- und Altersversicherung (1889), Arbeitslosenversicherung (1927). Die S. sollte unter Bismarck der sozialistischen Bewegung den Wind aus den Segeln nehmen und lief parallel mit den \*Sozialistengesetzen.

### **Sozialistengesetz**

Verbot der Parteiarbeit der Sozialdemokratie (Versammlung, Organisation und Veröffentlichungen) zwischen 1878 und 1890, um "die gemeingefährlichen Bestrebungen des Sozialdemokratie" einzudämmen. Kein Verbot der Partei selbst. Ebenso betroffen die Gewerkschaftspresse. Parallel dazu staatliche \*Sozialgesetzgebung.

### **Stände**

Gesellschaftsgruppen, die durch Geburt (Abstammung) ihre Stellung erhalten und innerhalb dieser Stellung besondere Rechte (Privilegien) und Pflichten einnehmen. Die soziale Position beruht vor allem auf Tradition. In S. gegliederte Gesellschaften sind meist durch besondere Standesethik und religiös begründete Ordnungsvorstellungen gekennzeichnet (mittelalterl. Stände durch die Lehre der Kirche und die Unterscheidung von Freien und Unfreien). In Frankreich (18.Jh.) bes. Gliederung der Gesellschaft in 1., 2. und 3. Stand (Klerus, Adel und Volk).

Aufhebung der Ständegesellschaft durch Rechtsgleichheit. Vgl. \*Privilegien im Abschn. "Franz. Revolution".

### **Ständegesellschaft**

Bez. für eine in \*Stände gegliederte Gesellschaftsordnung: Feudalgesellschaft des Mittelalters und Gesellschaft des Absolutismus. In den dt. Städten, in denen sich ein Patriziat (städt. Oberschicht) ausbilden konnte, kam es trotz des Begriffs der "Bürgergemeinde" zur Ausbildung ständischer Formen der städt. Gesellschaft.

### **Streikrecht**

Wichtigstes Recht der Arbeiter zur Durchsetzung ihrer Forderungen. S. setzt einerseits die Solidarität aller Arbeiter voraus, andererseits das gesetzl. Verbot der Kündigung wegen Streiks. Wird von Unternehmern mit Aussperrung (zeitweilige Schließung des Betriebs) beantwortet. Streik hat die Unterstützungszahlung durch eine Streikkasse zur Voraussetzung (\*Gewerkschaften).

### **Überbau**

In der marxist. Theorie Bez. für die Gesamtheit der nicht-ökonomischen Zustände, die durch die materielle Lage des Menschen bedingt sind: Kultur, Staat, Recht, Religion, Ideologie. Sie sind Spiegelbild der materiellen Lage, der \*Basis.

### **Verstädterung**

Prozeß der Konzentration der Bevölkerung in Städten, hervorgerufen durch die Verschlechterung der Lebensbedingungen auf dem Land (s. \*Bauernbefreiung) und die Ansiedlung von Industriebetrieben mit Arbeitsmöglichkeiten in bzw. bei den Städten.

### **Zollschranken**

Wesentlichstes Hindernis des Handels, da von den Staaten als Haupteinnahmequelle angesehen. Außerdem (heute noch) Maßnahme zum Schutz der einheimischen Wirtschaft vor ausländischer Konkurrenz. Einer der hauptsächlichen Gründe für die wirtschaftliche Rückständigkeit des deutschen Raumes in der 1. Hälfte des 19. Jh., da jeder der 39 Einzelstaaten Zölle an den Grenzen erhob. Wurden durch die Gründung von \*Zollvereinen abgebaut. 1931 Zollanschluß Österreichs an Deutschland geplant, heute im Allgäu zwei Gebiete, die österreichischer Souveränität unterstehen, aber zollrechtlich und wirtschaftlich an die Bundesrepublik Deutschland angeschlossen sind.

### **Zollverein**

Erster Schritt zur nationalen Einheit Deutschlands auf wirtschaftlichem Gebiet. Vorstufen: preußisches Zollgesetz 1818; Zollvereine Bayern - Württemberg, Preußen - Hessen-Darmstadt, Sachsen - Hannover - Kurhessen - thüring. Staaten 1828. 1834 Zusammenschluß dieser Staaten (außer Hannover) mit Sachsen zum Deutschen Zollverein. 1836 Beitritt der Länder Baden und Nassau, 1842 Luxemburg, Braunschweig und Lippe, 1854 Hannover und Oldenburg, 1867 (mit dem Beitritt zum Norddeutschen Bund) Mecklenburg, Lauenburg, Holstein und

Schleswig, 1888 (18 Jahre nach der Gründung des Deutschen Reiches!) Hamburg  
und Bremen.

## **Deutschland in der Zeit des Imperialismus**

### **Alldeutscher Verband**

1894 gegründete Organisation der Alldeutschen. Ihre allgemeinen Forderungen waren eine Stärkung des dt. Nationalbewußtseins unter \*völkischen und imperialistischen Zielsetzungen, die mit einer aggressiven Politik durchgesetzt werden sollten. Ihre konkreten Forderungen waren daher eine aktive Flotten- und Kolonialpolitik, die Durchsetzung einer hegemonialen Stellung in Mitteleuropa und (im 1. Weltkrieg) weitgehende Annexionen zur Sicherung des dt. "\_\_\_Lebensraumes\_\_\_". Nach 1918 extreme Agitation gegen die Republik, 1939 aufgelöst.

### **Annexion**

Gewaltsame Angliederung eines Territoriums, meist durch militärische Gewalt. Bsp.: Elsaß-Lothringen durch Deutschland 1871, Bosnien-Herzegowina durch Österreich 1908.

### **Ausgleichsfriede**

Beendigung eines Krieges durch einen Ausgleich der widerstreitenden Interessen, ohne daß einer der Gegner militärisch besiegt wäre. Auch Verständigungsfriede genannt. Gegenteil: \*Siegfriede, \*Verstümmelungsfriede.

### **Balkankrisen**

Kennzeichen des im Gefolge des Zerfalls der osmanischen Macht auf dem Balkan (haupts. zw. 1876 und 1914) entstandenen labilen Systems, in dem widerstreitende Interessen immer wieder zu Kleinkriegen oder all gemeiner Kriegsgefahr führen. Hauptbeteiligte sind: Österreich-Ungarn mit der angestrebten Hegemonialstellung und dem Wunsch, an der bislang türkischen Grenze keinen starken Nationalstaat entstehen zu lassen (1908 Annexion Bosniens und der Herzegowina); Serbien, Rumänien und Bulgarien mit dem jew. Wunsch der Nationalstaatsbildung und der staatlichen Einheit ihrer Nation, wobei Serbien die Idee verfolgt, das \*Großserbische Reich wieder aufzurichten und die österreichisch-ungarischen Kroaten und Slowenen dabei einzubeziehen; Rußland mit dem Bestreben, Einfluß auf dem Balkan zu gewinnen (\*Panslawismus) und diesen Einfluß als Hebel in der \*Meerengenfrage zu benützen.

### **Bündnissystem Bismarcks**

System von zwei- oder dreiseitigen Verträgen, die erstens Frankreich diplomatisch isolieren sollen, um einen Revanchekrieg zu verhindern, zweitens den Frieden in Europa sichern und damit die Stellung des Dt. Reiches in Europa stabilisieren sollen. Grundprinzipien: Saturiertheit (Dld. erhebt keine territorialen Forderungen mehr - im Gegensatz zur italienischen "Irredenta") und Funktion eines "ehrlichen Maklers".

### **Blut und Eisen-Erklärung**

Bismarcks Erklärung bei seinem Amtsantritt als preußischer Ministerpräsident 1862, nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse würden die großen Fragen der Zeit entschieden, sondern durch Blut und Eisen. Sie zeigt die geringe Wertschätzung demokratischer Grundregeln und die Betonung machstaatlicher Politik.

### **Boxeraufstand**

Fremdenfeindliche Erhebung in Peking und anderen Städten Chinas, die 1900 zur Ermordung des dt. Gesandten K.v. Ketteler und einer Strafexpedition der europäischen Mächte unter dt. Leitung führte.

### **Bündnisautomatik**

Bez. für die Einlösung der jeweils geltenden Bündnisverpflichtungen, die 1914 vom österreichisch-serbischen Konflikt zur Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich führte. Ihre Einzelpunkte sind der deutsch-österreichische Zweibund, das serbisch-russische Bündnis und schließlich der russisch-französische Vertrag (1894), der der dt. Generalität die feste Vorgabe eines französischen Angriffs im Westen gab.

### **Dolchstoß**

Behauptung führender Reichswehr- und anderer nationalistischer Kreise nach 1918, die Niederlage Deutschlands sei nicht durch die Schwäche des Heeres im Feld, sondern durch die Revolution in der Heimat, d.h. durch einen "Dolchstoß in den Rücken der Armee" herbeigeführt worden. Ermöglicht durch den schnellen Rückzug der dt. Generalität aus der politischen Verantwortung für die Niederlage seit August 1918.

### **Dualismus Österreich-Preußen**

Politik der beiden Großmächte innerhalb des Deutschen Bundes, jeweils für sich die Vormachtstellung in Deutschland zu erringen bzw. zu behaupten. Auch als Kampf der wirtschaftlichen Vormachtstellung Preußens gegen die politische Vormachtstellung Österreichs zu sehen. Bereits im Zollverein von 1834, dann durch die Entscheidung der Nationalversammlung 1848/49 für eine kleindeutsche Lösung angelegt, schließlich durch die von Preußen initiierten Blitzkriege von 1864, 1866 und 1870/71 endgültig zugunsten Preußens entschieden.

### **Entente**

Frz. Begriff für eine Übereinstimmung von politischen Interessen, kann zum regelrechten Bündnis ausgebaut werden. Im 1. Weltkrieg Bez. für die Gegner der Mittelmächte (Deutschland und Verbündete).

### **Entente Cordiale**

"Herzliches Einverständnis", Absichtserklärung zwischen Frankreich und England zum Ausgleich der gegenseitigen Differenzen auf friedlichem Weg (1904), hat in

der praktischen Politik den Wert eines Bündnisses; später Absprachen zur Kriegführung gegen das Dt. Reich.

### **Ersatzstoffe**

Im Zug der Kriegswirtschaft aus Rohstoffmangel eingeführte Stoffe minderer Qualität, auch um die Versorgung der Rüstungsindustrie zu sichern. So z.B. Papierverbände statt Baumwollmull, Aluminiumleitungen statt Kupferkabel. Flottenverein Gegr. 1898 mit dem Ziel, die Öffentlichkeit für den Aufbau einer deutschen Flotte zu mobilisieren und den Reichstag zur Bewilligung der nötigen Gelder zu bewegen. 1914 rund 1,1 Millionen Mitglieder.

### **Großserbisches Reich**

Blütezeit des Königreiches Serbien im 14. Jh., als das G.R. der bedeutendste Staat auf dem Balkan war. Sein Herrscher trug den aus dem byzantinischen Bereich kommenden Titel Zar, der die Ebenbürtigkeit mit dem oströmischen Kaiser dokumentieren sollte. Es umfaßte den Süden des heutigen Jugoslawien, Albanien und Griechenland außer Athen und der Peloponnes. 1389 türkisch. Anknüpfungspunkt für den serbischen Nationalismus des 19. und 20. Jahrhunderts.

### **Haager Friedenskonferenzen**

Zwei internationale Friedenskonferenzen in der niederländischen Hauptstadt Den Haag 1899 und 1907. Hauptergebnisse sind international anerkannte Konventionen über die Kriegführung, darunter (1907) die Haager Landkriegsordnung über die Gesetze und Modalitäten der Landkriegführung. Abrüstungsverhandlungen bleiben auf beiden Konferenzen u.a. wegen der deutschen Haltung ergebnislos.

### **Imperialismus**

Politik, die auf Unterdrückung und wirtschaftliche Ausbeutung fremder Länder ausgerichtet ist und die insbesondere auf die Errichtung von Kolonialreichen oder Interessensphären abzielt. Epochenbezeichnung für die Zeit von ca. 1870 bis 1914. Hochphase der Kolonialisierung: Brit. Empire (Afrika auf der Linie Kap-Kairo, Indien), frz. Kolonialreich (Afrika von West nach Ost, hauptsächlich Mittelmeerregion, Indochina), USA (Mittelamerika, Pazifik); die kleineren und jüngeren Staaten versuchen, sich mit Gewalt einen "Platz an der Sonne" (Ks. Wilhelm II.) zu verschaffen: Deutschland, Japan, Italien. Rußland treibt die Erschließung Sibiriens voran. Zusammen mit \*Nationalismus hauptverantwortlich für den 1. Weltkrieg. Lenin beschreibt den I. als ökonomisches Phänomen zur Schaffung neuer Absatzmärkte für die kapitalistischen Staaten und bezeichnet ihn als höchstes Stadium des Kapitalismus. Er führe notwendig zum Konkurrenzkampf und zu Kriegen zwischen den kapitalistisch/imperialistischen Staaten.

### **Krüger-Depesche**

Glückwunschtelegramm Ks. Wilhelms an den Präsidenten der Burenrepublik Südafrika Krüger (3.1.1896) nach dessen Sieg über den britischen Einfall nach

Transvaal. Die K. beeinträchtigte das ohnehin gespannte Verhältnis zwischen Großbritannien und Deutschland weiter.

### **Linientruppen**

Einheiten der regulären Armee (des stehenden Heeres) im Unterschied zu Reservetruppen. Die Truppen, die in "vorderster Linie" stehen.

### **Lückentheorie**

Von konservativen Kreisen anlässlich des preußischen Verfassungskonflikts (1862-66) aufgestellte und von Bismarck nach seiner Berufung zum preußischen Ministerpräsidenten vertretene Auslegung der preußischen Verfassung: Nach ihr sei der Fall, daß die beiden Kammern des preußischen Landtags verschieden votieren und der neu zu beschließende Haushalt nicht zustandekomme, in der Verfassung nicht vorgesehen. Deshalb gelte bis zur einhelligen Entscheidung der alte Haushalt weiter.

### **Meerengenfrage**

Grundsatz der russischen Politik seit dem frühen 18. Jh., nach dem die freie Durchfahrt durch Bosporus und Dardanellen für russische Schiffe zu erreichen ist. Beruht darauf, daß Rußland bis heute über keinen ganzjährig eisfreien Hafen mit freiem Zugang zu den Weltmeeren verfügt. Die M. ist Motor der russischen Orientpolitik (Türkenkriege) im 18. und 19. Jh. und der Balkanpolitik seit der Mitte des 19. Jh. Von Deutschland sowohl im Rückversicherungsvertrag mit Rußland in die eine Richtung als auch im Mittelmeerabkommen indirekt in die andere Richtung benützt. Von der UdSSR bis heute nicht gelöstes Grundproblem, weshalb die Türkei heute am Bosporus eine für die NATO unverzichtbare Aufgabe hat.

### **Mobilmachung**

Kriegsvorbereitung mit Einberufung der Reservisten. Die öffentliche M. soll in zweiter Linie auch als Drohgebärde verstanden werden.

### **Panslawismus**

Zunächst eine slawische Einheitsbewegung, bereits 1848 in Prag auf dem Panslawistischen Kongreß formuliert, mit der Forderung nach nationaler Selbständigkeit der Slawen. Dann von Rußland ausgehende Politik, die Rußland als die führende Macht aller Slawen in Europa, vor allem der auf dem Balkan darstellt. Soll in der 2. Hälfte des 19. Jh. den russischen Einfluß auf dem Balkan stärken.

### **Schlieffenplan**

Plan zur Kriegführung gegen eine Koalition Frankreich/Rußland, nach der Frankreich mit versammelten Kräften zuerst, innerhalb von zwei Wochen, niedergeworfen werden soll, da Rußland mindestens diese zwei Wochen für die

Mobilmachung benötige. Dazu seien die französischen Befestigungen auf der Linie Belfort - Epinal - \*Verdun im Norden über belgisches Gebiet zu umgehen. Nach dieser Zeit könne dann Rußland angegriffen werden. Der S. geht auf Alfred Graf von Schlieffen zurück, 1891-1905 Chef des Generalstabs der Armee, seit 1911 preuß. Generalfeldmarschall. Verletzt bewußt die belgische und luxemburgische Neutralität und ordnet politische Gesichtspunkte den militärischen unter.

## **Siegfriede**

Von Hindenburg, Ludendorff, Tirpitz etc. geforderte Beendigung des 1. Weltkrieges durch einen deutschen Sieg, der die deutsche Vormachtstellung in Mitteleuropa sichert. Spätestens seit dem Kriegseintritt der USA im April 1917 illusorisch.

## **Slawen**

Neben Germanen und Romanen die dritte große indogermanische Volksgruppe, bestehend aus Polen, Russen, Ukrainern, Tschechen, Slowaken, Slowenen, Kroaten, Serben, Makedonen (diese vier heute in Jugoslawien), Bulgaren. Abstammungsmäßig gehören auch Rumänen und Griechen zu den S., zählen sich jedoch selbst zum romanischen bzw. griechischen Kulturkreis. Ungarn und Albanier zählen nicht zu den S.

## **Tannenberg**

Ort in Masuren (Ostprien, heute Polen), wo vom 23.-31.8.1914 die 8. dt. Armee unter Leitung P. v. Hindenburgs die nach Ostpreußen eingedrungene 2. russische Armee vernichtend schlug. Die Schlacht bei T. begründete den Ruhm und die Popularität Hindenburgs. Außerdem Stätte der Schlacht von T. (in Polen nach Grunwald benannt) am 15.7.1410, in der König Wladislaw Jagiello von Polen das Heer des Dt. Ordens schlug. Daher Identifikationspunkt der polnischen Geschichte.

## **U-Boot-Krieg**

Form des Seekriegs, bei der nicht das Aufbringen und die Beschlagnahme feindlichen Handelsguts, sondern die Versenkung des Schiffes im Vordergrund steht. Daher kann auch keine Rücksicht auf die eventuelle Rettung von Seeleuten genommen werden. Der militärische Vorteil liegt darin, daß U-Boote schwer geortet werden können. Gegenmaßnahme war in beiden Weltkriegen das Geleitzugsystem, nach dem ein Konvoi von Handelsschiffen von Kriegsschiffen begleitet wurde; zum einen waren die Handelsschiffe dadurch nicht mehr so auf den Schifffahrtslinien verstreut, zum anderen hatten die Kriegsschiffe die Möglichkeit, das U-Boot bei einem Angriff schnell zu orten und ihrerseits anzugreifen. Der U-Boot-Krieg war die Hoffnung der dt. Generalität in beiden Kriegen und zeigte erste Erfolge, bis die Alliierten zum Geleitzugssystem übergingen bzw. in so hohem Maße neue Schiffe bauten, daß die Neubaurate die Versenkungsrate überstieg. Der "uneingeschränkte U-Boot-Krieg", dem auch Passagier- und Handelsschiffe neutraler Staaten zum Opfer fielen, führte zum Kriegseintritt der USA 1917.

## **Verdun**

Hauptwerk des frz. Festungsbaus zw. 1871 und 1914. Angelpunkt der frz. Verteidigungslinie auf den Maashöhen, dem ersten Höhenrücken (in ost-westlicher Richtung) nach dem Pfälzer Wald. Während der Kämpfe Versorgung der Festung auf der "Voie Sacrée" von Bar-le-Duc nach Verdun. Die "Hölle von Verdun" kostete jeweils über 330000 französischen und deutschen Soldaten das Leben, über 600000 wurden auf beiden Seiten verwundet.

## **Verständigungsfriede**

s. \*Ausgleichsfriede

## **Verstümmelungsfriede**

Bez. für einen Friedensvertrag, der den unterlegenen Gegner durch Gebietsabtretungen, Reparationszahlungen etc. militärisch und wirtschaftlich klein halten will, um eine künftige Bedrohung auszuschliessen. Beisp.: Friede von Brest-Litowsk 1917 (Dld.-Rußland) mit der Loslösung der Ukraine von Rußland, Versailler Vertrag (1919) mit hohen Reparationsforderungen.

## **völkisch**

Übersetzt für "national", die speziell deutsche Spielart des aggressiven Nationalismus, meist mit antisemitischen Strömungen verbunden.

## **Weimarer Republik**

### **A-B**

#### **Arbeiter- und Soldatenräte**

Proletarisch orientierte Organe der direkten Demokratie, auf der Basis von einzelnen Betrieben und Truppenteilen organisiert. 1905 und im Februar 1917 in Rußland, im November 1918 in Deutschland als Organ der Revolution gebildet. Die gewählten Räte bildeten dabei den Rätekongreß, der seinerseits im Vollzugsrat seine Spitze wählte. Der deutsche Rätekongreß erkannte im Dezember 1918 offiziell den \*Rat der Volksbeauftragten als Regierung an und übertrug im Februar 1919 seine Kompetenzen auf die Nationalversammlung.

#### **Autonome Pfalz**

Ziel der separatistischen, von Frankreich unterstützten Bewegung in der Pfalz (Speyer) im November 1923. Die Bestrebungen scheitern u.a. am Widerstand der Bevölkerung.

#### **Baltikum**

Geographische Bezeichnung für die Länder an der Ostseeküste zwischen Ostpreußen und Finnland: Estland, Livland, Kurland (diese beiden im Staat Lettland) und Litauen. Auch Baltische Staaten genannt, 1917 selbständig, 1940 von der UdSSR annektiert, 1990 selbständig.

#### **Baltische Landeswehr**

Von deutschen Freikorps z.T. gebildete und gestützte kämpfende Truppe, die auf der Seite der meist deutschen Großgrundbesitzer in Lettland 1919 in den Krieg gegen die Rote Armee eingriffen. Die B.L. stürzte im April 1919 die Regierung in Lettland, mußte sich aber vor der alliierten Intervention zurückziehen. Ende 1919 nach Deutschland zurückgerufen.

#### **Brest-Litowsk**

Stadt an der Grenze zwischen Kongreßpolen und Rußland, am Bug gel. Unterzeichnungsort des Friedens von B.-L. zwischen dem Deutschen Reich und Rußland vom 3.3.1918: Selbständigkeit Finnlands, der Baltischen Staaten und Polens, sollte die deutsche Herrschaft in der Ukraine und in Georgien begründen. Zahlungsverpflichtung über 6 Milliarden Goldmark. Im Waffenstillstand vom 11.11.1918 und von der Sowjetregierung am 13.11.1918 für ungültig erklärt.

#### **Briand-Kellog-Pakt**

Nach den Außenministern Frankreichs und der USA, A.Briand und F. Kellog, benannter Vertrag zur Ächtung des Krieges als Mittel der zwischenstaatlichen Auseinandersetzung (27.8.1928). Von der UN-Charta abgelöst.

## **D-E**

### **Dawes-Plan**

Nach dem amerikan. Finanzpolitiker Charles G. Dawes benannter Plan zur Regelung der deutschen Reparationsverpflichtungen: jährliche Zahlung von 5,4 bis 2,5 Mrd. Goldmark ohne Laufzeitbeschränkung; Darlehen von 800 Mill. Goldmark zur Stabilisierung der Währung (16.8.1924).

### **Deflationspolitik**

Radikaler Sparkurs der Regierung Brüning zur Sanierung des Staatshaushalts (1930/32) mit Kürzung der Ausgaben (Sozialleistungen, Gehälter etc.). Trug erheblich zur Verschärfung der Wirtschaftskrise in Deutschland bei.

### **Deutscher Oktober**

Bez. für den Oktober 1923, in dem nach dem Willen der Kommunistischen Internationale mit der in Deutschland ausbrechenden proletarischen Revolution die Weltrevolution eingeleitet, die Diktatur des Proletariats errichtet und das Zentrum der Weltrevolution von Moskau nach Berlin verlegt werden sollte. Beginnt mit dem Eintritt der Kommunisten in die Landesregierungen von Sachsen und Thüringen, der die Reichsregierung zu scharfer Intervention veranlaßt. Scheitert trotz kommunistischer Aufstände an der fehlenden Massenbasis. Unter anderem auf dieses Scheitern ist der Kurswechsel in Moskau zurückzuführen, in dem Stalin nach Lenins Tod nicht mehr die Weltrevolution (die notwendigerweise von Deutschland ausgehen mußte) zur Verwirklichung des Kommunismus voraussetzt, sondern den "Sozialismus in einem Land" aufbaut.

### **Deutsch-Österreich**

Der deutschsprechende Teil der alten österreichischen Monarchie, entstanden am 21.10.1918 durch die Konstituierung der deutschsprachigen Mitglieder des "cisleithanischen" (= österreichischen) Abgeordnetenhauses zur "Provisorischen Nationalversammlung" und die Ausrufung der Republik am Nachmittag des 12.11.1918. Vom 27.2.-2.3.1919 Geheimverhandlungen in Berlin zum Anschluß an das Deutsche Reich, durch Vertragsbestimmungen von Versailles und St. Germain gegenstandslos. Zollunion mit Deutschland 1931 auf alliierter Protest unterblieben. Starke Bewegung im alemannischen Vorarlberg für einen Anschluß an die Schweiz (Volksabstimmung 1919: 81 %), beruht auf dem alemannischen Volkstum gegenüber dem bairisch-österreichischen Volkstum im restlichen Österreich. Name durch Gesetz vom 21.10.1919 "Republik Österreich", die politische Forderung nach dem Anschluß an Deutschland im Oktober 1933 aus dem Parteiprogramm der österr. Sozialdemokraten gestrichen. Seit 1945 starke und ausschließliche Betonung der Eigenstaatlichkeit, aber weiterhin starke wirtschaftliche Verflechtung.

## **Dolchstoß, D.-these, D.-legende**

Behauptung, wonach nicht die militärische Schwäche des Heeres, sondern die Revolution in Deutschland selbst die Niederlage 1918 herbeigeführt habe. Sie wurde von dem kaiserlichen Generalfeldmarschall Hindenburg, dem späteren Reichskanzler, in die politische Diskussion gebracht im Verlauf einer Untersuchung des Reichstags, vor dessen Ausschuß er am 18.11.1919 sagte: "Ein englischer General sagte mit Recht: **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** Den guten Kern des Heeres trifft keine Schuld." Der englische General wurde selbstverständlich nie namhaft gemacht. Die D.-legende diente nationalistischen Kreisen als Propaganda gegen die Republik, die Sozialdemokratie und das demokratische System überhaupt. Die übliche Bezeichnung "Dolchstoßlegende" kennzeichnet dabei, auch wenn es sich natürlich nicht um eine Legende im strengen Sinn handelt, den quasi-religiösen Rang der Dolchstoßthese, die einem Glaubensbekenntnis gleichkam.

## **Dreiklassenwahlrecht**

s. den Art. \*Zensuswahlrecht im Abschnitt "Französ. Revolution"

## **E**

### **Erfüllungspolitik**

Bezeichnung für die auf Erfüllung der Bestimmungen des Versailler Vertrags gerichtete Politik. Die E. strebte eine Revision der Bestimmungen an, indem ihre Unerfüllbarkeit demonstriert werden sollte, und wollte gleichzeitig die Vertragstreue Deutschlands unter Beweis stellen. Sie wurde dennoch von der nationalen Rechten, die eine sofortige Revision verlangte, scharf angegriffen.

### **Ersatzkaiser**

Stellung des Reichspräsidenten in der Weimarer Republik mit starker Machtfülle und besonderen Befugnissen im Notstandsfall. Als Begriff geprägt, um auch die emotionalen Sehnsüchte des Volkes nach einer nationalen Identifikationsfigur zu beschreiben.

## **F-K**

### **Faschismus**

Von den altröm. Rutenbündeln (lat. fascies, ital. fasci) abgeleitete Bezeichnung für das Herrschaftssystem Mussolonis in Italien 1922-1943, von da als Begriff übertragen zunächst auf die nationalsozialistische Herrschaft Hitlers in Deutschland und Francos in Spanien, dann auf andere rechtsradikale Bestrebungen in Europa der 20er und 30er Jahre. Kennzeichen des F. im allgemeinen sind 1. eine autoritäre, auf das Führerprinzip ausgerichtete persönliche Herrschaft, 2. antiliberale und antimarxistische Orientierung und ihr Ersatz durch Einparteienherrschaft und Egalisierung in einer "Volksgemeinschaft", 3. die totale Durchdringung aller Lebensbereiche durch Partei- u.ä. Organisationen, 4. terroristische Verfolgung von Oppositionellen, 5. eine die Gewalt verherrlichende

Ideologie, die geeignet ist, das in der Bevölkerung vorhandene Aggressionspotential zu unterstützen, 6. in der politischen Wirklichkeit Italiens und Deutschlands das Bestreben nach Revision der Geschichte und expansiver Durchdringung eines Raumes (Imperio romano, Lebensraum). Der F. stößt im Europa der 20er Jahre auf die latente Bereitschaft, schwierige politische Situationen durch eine autoritäre Führung "lösen" zu lassen, doch dürfen nicht alle autoritären Führungen als faschistisch bezeichnet werden. Nach marxistischer Theorie ist der F. eine Form der bürgerlichen Herrschaft, um in der kapitalistischen Gesellschaft die bestehende Ordnung in sozialen, wirtschaftlichen und politischen Krisen zu sichern. Heute wird der Begriff vielfach undifferenziert auf nicht dem sozialistischen Fortschrittsgedanken entsprechende Haltungen angewandt.

### **Freikorps**

Seit dem Dezember 1918 von der Reichsregierung angeworbene Freiwilligenverbände, die sowohl an der Ostgrenze als auch im Innern bei der Niederschlagung kommunistisch orientierter Aufstände mitwirkten. Sollten 1920 aufgelöst werden, der Beschluß zur Auflösung führte unmittelbar zum Kapp-Lüttwitz-Putsch. Es gab insgesamt über 100 F., die fast alle in der 1921 gebildeten Reichswehr, teils aber auch in der SA aufgingen.

### **Friedensinitiative**

Resolution der Reichstagsmehrheit am 19.7.1917 für einen Verständigungsfrieden ohne "erzwungene Gebietsabtretungen und ohne politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen". Die F. kam zustande unter der Führung des Zentrumsabgeordneten Matthias Erzberger.

### **Goldmark**

Ursprünglich am Goldstandard orientierter Wert der Deutschen Reichsmark, nach Verlassen der Golddeckung rechnerischer Wert, der sich aus dem Verhältnis zum Goldpreis und zum Dollarkurs ergab. Die G. war definiert als 1/1395 eines Pfundes Feingold. Vgl. \*Kaufkraftmark, \*Papiermark.

### **Harzburger Front**

Gemeinsame Kundgebung von DNVP, \*Stahlhelm, NSDAP u.a. rechtsradikaler Gruppen in Bad Harzburg am 11.10.1931 zum Kampf der nationalen Opposition gegen die Regierung Brüning.

### **Hoover-Moratorium**

Angesichts der Weltwirtschaftskrise auf Vorschlag des amerikan. Präsidenten Hoover 1931 gewährter Zahlungsaufschub für alle internationalen Schulden, bestätigt zum ersten Mal öffentlich einen Zusammenhang zwischen den alliierten Kriegsschulden gegenüber den USA und den deutschen Reparationsschulden gegenüber den Alliierten.

### **Inflation**

Durch eine unkontrollierte Aufblähung der Geldmenge (lat. inflatio = Aufblähung) bewirkter Anstieg der Inlandspreise und des Devisenkurses, verursacht durch ein erhöhtes Angebot auf der Geldseite. Die dt. Inflation - mit ihrem Höhepunkt im November 1923 - war bedingt durch die Erhöhung der Staatsausgaben im Gefolge der Niederlage im 1. Weltkrieg bei gleichzeitig zurückgehenden Staatseinnahmen. Die Inflationsrate in der Bundesrepublik Deutschland lag 1986 bei -0.5 %. Extremwerte weisen z.B. Israel (zeitweise 400%) und Bolivien (1986 20000 %) auf.

### **Januaraufstand**

Als Reaktion auf die gemäßigte Politik des Ausgleichs, den die Mehrheitssozialisten im Dezember 1918 auf dem Rätekongreß in Berlin durchsetzen konnten, ausgebrochener Aufstand der Linksradiكالen, hauptsächlich in Berlin. In seinem Gefolge wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von Freikorpsoldaten ermordet, der Aufstand selbst wurde von den Freikorps im Auftrag der mehrheitssozialistischen Regierung unterdrückt.

### **Kaufkraft-Mark**

Rechnerischer Gegenwert der \*Papiermark, gemessen an der realen Kaufkraft, dient als interne Bezugsgröße zur Berechnung der Geldentwertung.

### **Kongreßpolen**

1815 auf dem Wiener Kongreß errichteter polnischer Staat, mit Rußland in Personalunion verbunden. Noch heute in Polen als Begriff verwendet. K. wird im Nordwesten ergänzt durch den bis 1918 preußisch/deutschen Teil von Großpolen (um Posen/Poznan). Östlich des Bug liegt Ostpolen, vor 1920 und nach 1939 russisch (sowjetisch).

### **M-P**

#### **Mehrheitssozialisten (MSPD)**

Gemäßigter Teil der Sozialdemokratie, nach Abspaltung der USPD 1916/17 weiterhin dem parlamentarischen Gedanken verpflichtet. Name nur bis 1922, dann wieder SPD.

### **Notverordnung**

Außerhalb des regulären Gesetzgebungsverfahrens nach Art. 48 der Weimarer Verfassung vom Reichspräsidenten erlassenes Gesetz, ursprünglich zur Behebung des Staatsnotstandes gedacht, wenn das Parlament aus inneren oder äußeren Gründen nicht arbeitsfähig wäre. Nach 1930 benutzt, um die Gesetzgebungsbefugnis des Parlamentes zu umgehen (s. \*Präsidialdiktatur).

### **Oktoberverfassung**

Am 28. Oktober 1918 vom Reichstag angenommenes verfassungsänderndes Gesetz, nach dem Reichskanzler und Minister der Verantwortlichkeit des Reichstags unterliegen. Als Prinzip allerdings schon bei der Regierungsneubildung

vom 3. Oktober angewandt. Die O. macht aus dem Reich eine Parlamentarische Monarchie; an dem Prinzip will die Führung der MSPD noch im November 1918 festhalten.

### **Papiermark**

Real im Umlauf befindliches Zahlungsmittel, bis 1922 langsam, dann bis November 1923 rapide im Wert sinkend. Seit dem Krieg bereits nicht mehr am Goldstandard orientiert, deshalb Aufspaltung des Geldmarktes in \*Goldmark (für außenwirtschaftliche Zwecke) und P. (für den Inlandsmarkt). Das galoppierende Preisanstieg beruht z.T. an der Orientierung der Inlandspreise am Dollarkurs und damit am internationalen Wert der P. Die Verbindung stellt die Umrechnung der P. auf die Kaufkraft in der \*Kaufkraft-Mark her.

### **Passiver Widerstand**

Von der Reichsregierung anlässlich der französisch-belgischen Besetzung des Ruhrgebiets am 10.1.1923 von der dt. Reichsregierung verkündete Aktion, um die wirtschaftliche Ausbeutung des Ruhrgebiets durch die Besatzungstruppen zu erschweren. Von diesen mit der Anwendung der Militärgerichtsbarkeit und mit Ausweisungen beantwortet. Zieht hohe Unterstützungszahlungen der Reichsregierung nach sich, um Verdienst- und Produktionsausfälle auszugleichen; Beschleunigung der Inflation.

### **Präsidialdiktatur**

Hauptsächlich vom Reichspräsidenten getragene Regierungsform, nach der Gesetze im wesentlichen durch \*Notverordnungen zustande kommen und der Reichstag unter Mißbrauch des Rechts zur Auflösung (Art. 25) ausgeschaltet wird. Starke Mitwirkung des \*Präsidialkabinetts, das aber unter dem Druck steht, vom Reichspräsidenten nach Art. 53 der Verfassung entlassen zu werden.

### **Präsidialkabinett**

Vom Reichspräsidenten zwischen 1930 und 1933 ohne parlamentarische Basis (Regierungskoalition) gebildete Regierung, die nicht mehr von der Reichstagsmehrheit, sondern nur noch von seinem Vertrauen getragen war. Beruht auf der Auslegung des Art. 53 der Verfassung (Recht des Präsidentena zur Ernennung und Entlassung des Kanzlers).

## **R**

### **Rat der Volksbeauftragten**

Bezeichnung für die durch den Kompromiß zwischen MSPD und USPD am 10. 11.1918 gebildete provisorische Regierung aus je drei Mitgliedern der Parteien. Steht unter der Führung von F. Ebert (MSPD) und H. Haase (USPD). Nach dem Ausscheiden der USPD-Mitglieder am 29.12. rücken drei MSPD-Leute nach. Übergabe der Ämter an die neugewählte Nationalversammlung am 10.2.1919.

### **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**

1924 gegründeter Kampfverband der Sozialdemokratie mit max. 3 Mill. Mitgliedern. 1933 verboten.

### **Rentenmark**

Durch Gesetz vom 13.10.1923 beschlossene und am 15.11. eingeführte Ersatzwährung für die inflationär entwertete Reichsmark. Beruht auf der Konstruktion einer Hypothek auf industriellem und landwirtschaftlichem Grundbesitz, der an eine Bank verzinst werden mußte (Rente, Rentenbank). Die dadurch verfügbaren Mittel sollten vor allem den Staatshaushalt ausgleichen und die Grenze des Kreditvolumens markieren.

### **Revisionismus**

Politisches Ziel der Revision des Systems der Pariser Vorortverträge am Ende des 1. Weltkrieges 1919/20. Betraf vor allem die deutschen Reparationszahlungen, dann auch die Frage der deutschen Ostgrenze gegen Polen, aber auch den erstrebten Anschluß Österreichs an Deutschland. Von Italien, aber auch von Ungarn in Richtung auf eine Neuordnung des Balkans, vor allem zum Gewinn der jugoslawischen Adriaküste (Italien) und des Banats und Siebenbürgens (Ungarn), verfolgt.

Grundprinzip der Rechtsparteien der Weimarer Republik, dann der Außenpolitik Mussolinis und Hitlers.

### **Rheinische Republik**

Ziel der separatistischen, von Frankreich unterstützten Bewegung im Rheinland (Aachen, Köln, Mainz) im November 1923. Die Bestrebungen scheitern u.a. am Widerstand der Bevölkerung.

### **Ruhrkampf**

Französisch-belgische Besetzung des Ruhrgebiets am 10.1.1923, um die Lieferung von (angeblich ausstehenden) Reparationsleistungen zu erzwingen. Dahinter steht das Streben nach der Verfügungsgewalt über das Ruhrgebiet. Von der dt. Reichsregierung mit der Ausrufung des Passiven Widerstandes beantwortet, der die wirtschaftliche Ausbeutung des Ruhrgebiets durch die Besatzungstruppen erschweren sollte. Anwendung der Militärgerichtsbarkeit durch Frankreich und Belgien, Ausweisung von Beamten und Angestellten. Der R. zieht hohe Unterstützungszahlungen der Reichsregierung nach sich, um Verdienst- und Produktionsausfälle auszugleichen; Beschleunigung der Inflation. Am 26.9. von deutscher Seite eingestellt (Kabinett Stresemann). Die Besetzung des Ruhrgebietes dauerte bis August 1925. Im Gefolge des Ruhrkampfes separatistische Bestrebungen der \*Rheinischen Republik und der \*Autonomen Pfalz, nach seinem Abbruch die kommunistischen Unruhen in Sachsen und Thüringen und der Ausnahmezustand in Bayern mit dem Hitler-Putsch.

### **Rätekongreß**

Eigentl. Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, vom 16. bis 21. Dezember in Berlin zusammengetreten. Der R. stand unter starkem Einfluß der MSPD und faßte den entscheidenden Beschluß, Wahlen zu einer Nationalversammlung auszuschreiben. Daraufhin beteiligte sich die USPD nicht mehr an der weiteren Arbeit des Kongresses, und die USPD-Mitglieder traten aus dem \*Rat der Volksbeauftragten aus.

### **Räterepublik**

Proletarisch orientierte Form der unmittelbaren Demokratie mit direkter Einflußmöglichkeit der Arbeiter. S. \*Arbeiter- und Soldatenräte.

## **S**

### **Schwarze Reichswehr**

Illegale Einheiten aus Zeitfreiwilligen, unmittelbar von der Reichswehr oder mit ihrer Duldung eingerichtet. Hatte die Aufgabe, illegale Waffenlager zu bewachen und die Grenzen, vor allem gegenüber Polen zu schützen. Verstieß gegen die Demilitarisierungsbestimmungen des Versailler Vertrags. Ähnlich rechtsradikal wie \*Freikorps, nach 1924 bedeutungslos.

### **Soldatenräte**

Von Truppenteilen gewählte Vertreter mit unmittelbar demokratischem Auftrag. S. \*Arbeiter- und Soldatenräte.

### **Sozialfaschismus**

Einstufung der Sozialdemokratie als Interessenvertretung des Bürgertums, die sich von den wahren - proletarischen - Interessen der Arbeiterschaft abgewandt habe und in einer Linie mit dem faschistischen Spätkapitalismus gesehen wird. Als Begriff von §G.J. Sinowjew§ 1924 entwickelt und von Stalin 1928 zur offiziellen Parteilinie erhoben. Diese Einstufung verhinderte u.a. eine Interessengemeinschaft der Sozialdemokratie mit der kommunistisch orientierten Arbeiterbewegung zur Bekämpfung des Faschismus (Nationalsozialismus)

### **Spartakusbund**

Aus dem linken Flügel der SPD seit 1916 hervorgegangene Gruppe von Linksradikalen um Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und §Franz Mehring§. Von April 1917 bis Dezember 1918 der USPD angeschlossen, bezeichnet sich selbst seit 11.11.1918 als "Spartakusgruppe". Vertritt eine dem Bolschewismus Lenins gegensätzliche Position, was die Rolle des demokratischen Prinzips in der Revolution angeht. Mit dem Gründungsparteitag der KPD am 1.1.1919 in dieser Partei aufgegangen.

### **Stahlhelm**

Eigentl. Stahlhelm - Bund der Frontsoldaten. Zusammenschluß von Soldaten (Frontkämpfern) des 1. Weltkriegs, 1918 gegründet. Mit der Aufnahme von Nicht-Kriegsteilnehmern 1924 zunehmend national-konservative Ausrichtung auf die

Tradition der vorrevolutionären Wertvorstellungen und des Wehrgedankens. Zunehmende Hinwendung zur DNVP, ab 1929 offener Kampf gegen die Republik (s. \*Harzburger Front). Ab 1933 Eingliederung in die SA, im Nov. 1935 aufgelöst. Neugründung 1951. In der politischen Diskussion der Bundesrepublik publizist. Bez. für national-konservative Strömungen innerhalb von CDU und CSU.

## **U-Z**

### **USPD**

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands; im April 1917 gegründete Partei, die im März 1916 aus einer linken Abspaltung von der SPD (ab da MSPD, \*Mehrheitssozialisten) hervorgegangen war. Vom 10.11. bis Ende Dezember 1918 Koalitionspartner der MSPD im \*Rat der Volksbeauftragten, über die Frage der Priorität von sozialistischen Reformen oder parlamentarischer Verfassung (Wahlen zur Nationalversammlung) kommt es zum Bruch und zum Auszug der USPD aus dem Rat der Volksbeauftragten. Im Oktober 1920 Spaltung: Die linke Mehrheit schließt sich der KPD an, der Rest beschließt im Sept. 1922 den Anschluß an die MSPD (ab da wieder SPD).

### **Vaterlandspartei**

Von Flottenadmiral Tirpitz und Generallandschaftsdirektor Kapp 1917 gegründete, die Reichstagsparteien übergreifende Vereinigung derjenigen Kräfte, die die \*Friedensinitiative des Reichstags mit verstärkter Propaganda für einen Siegfrieden beantworten. Steht den Alldeutschen nahe. Zunächst nur für die Dauer des Krieges geplant, bildet den Nährboden für die Arbeit der DNVP.

### **Vierzehn Punkte**

Vom amerikan. Präsidenten Wilson im Januar 1918 proklamierter Forderungskatalog für eine künftige Friedensordnung, darunter vor allem Abschaffung der Geheimdiplomatie (1.), Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren (2.), Abrüstung (4.), Autonomie für einzelne nationale Gruppen (9., 10., 12., 13.), Schaffung eines Völkerbundes (14.). Von der deutschen Regierung als Grundlage des Waffenstillstandes angesehen, konnte aber wegen der amerikanischen isolationistischen Politik nicht gegenüber Frankreich durchgesetzt werden.

### **Volksbegehren, Volksentscheid**

In der Weimarer Verfassung vorgesehenes Element der unmittelbaren Demokratie, wonach Gesetze auch durch Volksentscheid beschlossen werden können. Die Vorlage dazu kann entweder von der Mehrheit des Reichstags gestellt werden oder von einer festgelegten Anzahl von Wahlberechtigten kommen (Volksbegehren zur Durchführung eines Volksentscheids). Spielte in der prakt. Politik kaum eine Rolle, gab aber Hitler 1929 bei der Diskussion um den Young-Plan Auftrieb. Mit einem Volksbegehren, das mehr als 10 % der Stimmberechtigten unterstützten, konnte ein Gesetzesantrag dem Reichstag vorgelegt werden. Erhielt er dort keine Mehrheit, mußte ein Volksentscheid herbeigeführt werden. Verfassungsändernde Gesetze benötigten die absolute, andere die einfache Mehrheit. Der

Volksentscheid über den Young-Plan 1929 brachte nur eine Beteiligung von 13,81 %.

### **Vollzugsrat**

Vom Berliner Arbeiter- und Soldatenrat im November 1918 gebildete linke "Gegenregierung" zum \*Rat der Volksbeauftragten, die diesen kontrollieren sollte. Keine klare Abgrenzung der Kompetenzen, daher ständige Reibereien zwischen beiden Institutionen. Auch die der MSPD nahestehenden Mitglieder verfolgten eine rätendemokratisch bestimmte Politik. Während die Politik der MSPD und des \*Rätekongresses zur Wahl der Nationalversammlung führte, geht die Linie vom Vollzugsrat eher weiter zum \*Januaraufstand und zum Bürgerkrieg.

### **Weimarer Koalition**

In der Nationalversammlung 1919 geschlossene Koalition zwischen SPD, Zentrum und DDP, Grundlage der Regierungsarbeit 1920-22, als Große Koalition 1928/30 wiederbelebt. In Preußen 1919-21 und 1925-32, in Baden 1919-31.

### **Young-Plan**

Ablösung des \*Dawes-Plans zur Regelung der Reparationen, angenommen am 21.8.1929, mit jährlichen Zahlungen von durchschnittlich 2 Milliarden Reichsmark, begrenzt auf 59 Jahre (bis 1988), und Fortfall der internationalen Kontrolle der dt. Finanzen. Der Plan rief die radikale Ablehnung der nationalen Rechten hervor. Ablösung 1932 durch die Konferenz von Lausanne.

### **Zentralarbeitsgemeinschaft**

Am 15.11.1918 zwischen Arbeitgebern (führend der Industrielle Hugo Stinnes) und Gewerkschaften (Gewerkschaftsführer Carl Legien) geschlossenes Abkommen, das die Sozialpartnerschaft der Weimarer Republik begründete. Das Abkommen brachte die Anerkennung der Gewerkschaften und einiger ihrer sozialpolitischen Grundforderungen (8-Stunden-Tag). Auch Stinnes-Legien-Abkommen genannt. Im Januar 1924 durch das Ausscheiden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes aufgelöst.

## **Nationalsozialismus und Faschismus**

### **Abessinienkrieg**

Von Italien 1936 begonnener Eroberungskrieg gegen Abessinien (Äthiopien) mit dem Ziel der Eingliederung in das italienische Imperium. Hat (unwirksame) Sanktionen des Völkerbundes und eine deutsch-italienische Annäherung zur Folge ("Achse Berlin-Rom"). Der erste Abessinienkrieg 1896 endete mit der Niederlage der italienischen gegen die äthiopischen Truppen.

### **Antikomintern**

Instrument des Reichspropagandaministeriums zur antikommunistischen Propaganda 1933-1939.

### **Antikominternpakt**

Am 25.11.1936 geschlossenes Abkommen zwischen Deutschland und Japan zur Bekämpfung der \*Komintern und zur Absicherung gegen die Sowjetunion. Beitritt Italiens 1937, Ungarns und Spaniens 1939.

### **Appeasement**

"Beschwichtigung", Politik des Nachgebens gegenüber Hitler; vor allem von englischer Seite verfolgt, um Hitler in ein gesamt-europäisches Bündnissystem einbinden zu können und dadurch die aggressive Kraft Deutschlands zu neutralisieren.

### **Ariernachweis**

Nachweis über die "arische", d.h. nichtjüdische Abstammung, der von Beamten und Empfängern öffentlicher Leistungen gefordert wurde.

### **Arisierung**

Allgemein der Prozeß der Verdrängung der Juden aus dem öffentlichen und wirtschaftlichen Leben durch Berufsverbote u.ä. Maßnahmen. Dann speziell der Übergang von Unternehmen aus jüdischen in "arische", d.h. nichtjüdische und deutsche Hände, besonders nach der \*Reichskristallnacht vom November 1938. Häufig als "Notverkauf" oder mit erpresserischen Mitteln.

### **Bekennende Kirche**

Gruppe der Evangelischen Kirche, die ihre Opposition gegen das nationalsozialistische Regime und dessen Kirchenpolitik (s. \*Deutsche Christen) auf der Barmer Bekenntnis-Synode im Mai 1934 formulierte. Die B.K. ging aus dem 1933 von Pastor Martin Niemöller als Reaktion auf die Wahl des \*Reichsbischofs der Deutschen Christen, Ludwig Müller, gegründeten "Pfarrernotbund" hervor.

### **Deutsch-Österreich**

Bez. für den deutschsprachigen Teil der alten Habsburgermonarchie, der mit dieser Benennung seine Zugehörigkeit zu Deutschland betonen will. S. das Stichwort im Kap. Weimarer Republik. Unter Hitler als Erklärung für die öffentliche Begeisterung nach dem "Anschluß" Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938.

### **Deutsche Arbeiter-Partei**

Von Johann Drexler 1918 gegründete rechtsradikale Splitterpartei, in die Hitler im September 1919 eintrat und sofort in den Vorstand aufgenommen wurde. 1920 Änderung des Namens in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.

### **Deutsche Arbeitsfront (DAF)**

1933 an Stelle der aufgelösten Gewerkschaften getretene NS-Organisation zur Gleichschaltung der Arbeitnehmervertretungen und der Unternehmerverbände. Umfaßte 1936 ca. 20 Mill. Mitglieder; die Mitgliedschaft war oft Voraussetzung für Stellenvergabe und Laufbahnentscheidungen. Die DAF übernahm das Vermögen der Gewerkschaften und war Trägerin der Organisation "Kraft durch Freude" (KdF), die Arbeitsfront-Mitgliedern Urlaubsaufenthalte auf KdF-Schiffen und in Ferienzentren ermöglichte.

### **Deutsche Christen**

Organisation des nationalsozialistischen evangelischen Kirchenvolks, als "Reichskirche" dem \*Reichsbischof unterstellt. Im Gegensatz dazu bildete sich aus dem ev. Pfarrernotbund die \*Bekennende Kirche.

### **Flottenabkommen**

1936 geschlossenes Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien, das die Größe der deutschen Flotte auf 35 % der britischen Flotte, als Teilbereich die Größe der U-Boot-Flotte auf 100 % der britischen Stärke, festschreiben sollte. Anerkennung der deutschen Aufrüstung durch Großbritannien, Festigung der britischen Überlegenheit in der Größe der Kriegsmarine. Legte Hitler allerdings nur solange fest, wie die Stärke der deutschen Flotte ohnehin unter der der britischen Flotte blieb. 1939 von Hitler aufgekündigt.

### **Getto**

Ital. Gießerei (Ghetto), ehem. Stadtviertel in Venedig, in dem die Juden konzentriert angesiedelt wurden (1571), von da Bez. für alle abgeschlossenen Wohngebiete von Juden, später auch für die von nicht in die Gesellschaft integrierten Gruppen. Erste Gettos als geschlossene jüdische Wohnbezirke schon 1939 in Polen. Das größte G. wurde im Herbst 1940 in Warschau errichtet, bis zu 450000 Menschen. Ab Juli 1942 Abtransport der Juden nach Treblinka, daraufhin am 19.4.1943 Ausbruch des Gettoaufstandes. Nach dem 16.5.1943 planmäßig zerstört. Heute großes Mahnmal an der Stätte des Gettos.

### **Heimatarmee**

Illegale Armee des polnischen Untergrundstaates, bereits 1939 gebildet, unterstand der polnischen Exilregierung in London. Verantwortlich für den 2. Warschauer Aufstand vom 1.8. bis zum 2.10.1944, der die Eigenständigkeit des polnischen Widerstands gegen Deutschland gegenüber der Roten Armee betonen sollte.

### **Komintern**

Abkürzung für Kommunistische Internationale, eigentlich Dritte Internationale. 1919 als kommunistische Weltpartei mit dem Ziel der Weltrevolution und der Durchsetzung der Diktatur des Proletariats gegründet. Unter Stalin Instrument der Sowjetunion zur Durchsetzung ihrer führenden Rolle. 1935 Propagierung der Volksfrontpolitik, der Bündnisse mit sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien. Gegen sie richtete Hitler mit Japan und Italien den \*Antikominternpakt.

### **Kommissarbefehl**

"Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare", zum Rußlandfeldzug am 6.6.1941 erlassen, sah die sofortige Erschießung gefangener politischer Kommissare der Roten Armee vor; völkerrechtswidrig.

### **KZ-Außenstellen**

Arbeitslager für in der Industrie beschäftigte KZ-Häftlinge; meist in der Nähe von Rüstungsbetrieben angelegt.

### **Lubliner Komitee**

"Polnisches Komitee für die nationale Befreiung", seit 1941 von der Sowjetunion allein anerkannte Vertretung des besetzten Polen, sowjetisch orientiert.

### **Nationalsozialistische Freiheitsbewegung**

Nach dem Verbot der NSDAP 1924 gegründete rechtsradikale Partei, die aber nicht nur Mitglieder der NSDAP hatte. Bei den Reichstagswahlen 1924 32 bzw. 14 Mandate. Nach der Neugründung der NSDAP 1925 in dieser aufgegangen.

### **Pfarrernotbund**

s. \*Bekennende Kirche

### **Pogrom**

(russisch) Überfallartige Judenverfolgung, mit Plünderung, Zerstörung von Gebäuden und Gewalt gegen Menschen.

### **Reichsbischof**

Von der NSDAP eingesetzte Spitze der nationalsozialistisch ausgerichteten (gleichgeschalteten) evangelischen Kirche (\*Deutsche Christen), im Volk verächtlich "Reibi" genannt. Als R. eingesetzt Ludwig Müller (27.9.33), gegen ihn richteten sich der Pfarrernotbund und die \*Bekennende Kirche.

## **Reichsbürger**

Im "Reichsbürgergesetz" von 1935 (Nürnberger Parteitag) festgelegter Begriff, der die staatliche Zugehörigkeit zur Volksgemeinschaft regelt und den "alleinigen Träger der vollen politischen Rechte" bezeichnet. R. war danach nur der "Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt oder geeignet ist, in Treue dem deutschen Volk und Reich zu dienen." Im Unterschied dazu wurden die Juden nach 1941 nur als "Schutzangehörige" des Reiches betrachtet.

## **Reichskirche**

Nationalsozialistisch ausgerichtete Organisation der evangelischen Kirche in Deutschland, unter der Leitung eines \*Reichsbischofs.

## **Reichskristallnacht**

Von SA und SS am 9.11.1938 inszenierte Ausschreitungen gegen die Juden im ganzen Reich, von der Propaganda als "Rache des Volkes" für den Mord am Legationssekretär Ernst vom Rath in Paris dargestellt. Zerstörung von 7500 jüdischen Geschäften und 250 Synagogen. Anschließend "Sühneleistungen" der Juden.

## **Röhm-Putsch**

Nationalsozialistische Propagandabezeichnung für die Abrechnung Hitlers mit Konkurrenten und alten Gegnern, in deren Verlauf am 30.6.1934 der Stabschef der SA, Ernst Röhm, ermordet wurde. Er wurde anschließend beschuldigt, Putschpläne verfolgt und homosexuelle Beziehungen unterhalten zu haben. Ein "Gesetz" legalisierte Anfang Juli das Morden nachträglich. Mit Röhm wurden auch andere Konkurrenten und Gegner Hitlers, so z.B. General Schleicher und der ehem. bayerische Generalstaatskommissar v. Kahr, beseitigt.

## **Schutzhaft**

Von SA und SS verfügte Terrormaßnahme; Einweisung in Gefängnis, Zuchthaus oder Konzentrationslager ohne richterliche Verfügung oder Kontrolle und ohne festgesetzte Dauer. Vom Begriff her als "Schutz" der Volksgemeinschaft vor Volksschädlingen verstanden. Entspricht im Wesen der Vorbeugehaft, mit der politische Häftlinge im Anschluß an ihre richterlich verordnete Strafe noch in Haft bleiben.

## **Sozialdarwinismus**

Von der Evolutionslehre Charles Darwins entlehnter Begriff zur Übertragung des evolutionären Kampfes ums Dasein auf die Sphäre der gesellschaftlichen und nationalen Entwicklung. Nach ihm wird sich eine überlegene Gesellschaft (Rasse) immer gegen die unterlegene so durchsetzen, daß sie dieser ihren Willen aufzwingt. Bestandteil der nationalsozialistischen Weltanschauung; enthält die Ablehnung von Aufklärung und Toleranz als dekadenter Erscheinungen.

## **SA (Sturm-Abteilung)**

Kampf- und Propagandaorganisation der NSDAP, 1920 als Saalschutz gegründet, dann von ehem. Freikorpsoffizieren zur paramilitärischen Kampftruppe ausgebaut. 1924 verboten, 1925 wiedergegründet, im April 1932 wieder verboten, aber schon im Juni 1932 wieder zugelassen. Wichtigstes Terrorinstrument der NSDAP in der Spätphase der Weimarer Republik, im Februar 1933 als Hilfpolizei bei der Verfolgung politischer Gegner eingesetzt. In diesem Zusammenhang erste "wilde" Konzentrationslager der SA. Stabschef Ernst Röhm wollte mit der SA die nationalsozialistische Revolution weiter treiben und die Truppe zur Milizarmee weiterentwickeln, geriet aber dadurch in Gegensatz zur Reichswehr. Seine Politik scheiterte im sog. \*Röhm-Putsch im Juni 1934, indem Hitler ihn und seine Parteigänger ermorden ließ und die SA entmachtete.

### **Sondergerichte**

Durch Verordnung vom 21.3.1933 bei den Oberlandesgerichten geschaffene Gerichte zur Aburteilung politischer Straftaten nach dem gleichzeitig erlassenen "Heimtücke-gesetz" und der Reichstagsbrandverordnung. Entspricht auf unterer Ebene dem \*Volksgerichtshof (zum Verfahren siehe dort).

### **SS (Schutz-Staffel)**

1925 gegründete Organisation zum Schutz Hitlers und anderer Parteigrößen, seit 1929 unter "Reichsführer SS" Heinrich Himmler. Polizeidienst innerhalb der Partei und seit 1933 im Staat. Die SS verstand sich als elitärer Männerorden zur Durchsetzung der nationalsozialistischen Weltanschauung. Nach dem "Röhm-Putsch" (Juni 1934) von der SA gelöst und Hitler unmittelbar unterstellt. Träger der Besatzungspolitik im 2. Weltkrieg (Einsatzgruppen). Bildung von verschiedenen Ämtern und Dienststellen: Reichssicherheitshauptamt, Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt, Rasse- und Siedlungshauptamt. Bildung von Sondereinheiten, z.B. Totenkopf-Wachsturmbanne zur Bewachung der KZ, dann (nach Kriegsbeginn) der Waffen-SS. In den Nürnberger Prozessen 1946 zur verbrecherischen Organisation erklärt.

### **Vernichtungslager**

Sondertyp der Konzentrationslager, der vor allem zur Vernichtung der eingelieferten Gefangenen durch Arbeit oder durch die Gaskammer diente. Die größten V. lagen im besetzten Polen: Auschwitz (Oswiecim, mind. 3, nach anderen Schätzungen 4,5 Mill. Opfer), Treblinka (700000), Belzec (600000), Majdanek (360000) und Sobibor (250000).

### **Vierte Polnische Teilung**

Nach dem Hitler-Stalin-Pakt vom 23.8.1939 vollzogene Teilung Polens in etwa entlang der 1918/19 vorgeschlagenen polnisch/russischen Grenze. Grundlage für die Entfesselung des 2. Weltkriegs. Voraussetzung für die Westverschiebung Polens 1945.

### **Völkischer Beobachter**

Von der NSDAP 1920 als Parteiorgan erworbene Zeitung, seit 1923 täglich erschienen. Hauptorgan der nationalsozialistischen Propaganda und Hetze. Am 27.4.1945 eingestellt.

### **Volksabstimmung**

Propagandawirksames Instrument zur Herstellung einer "öffentlichen Meinung". In der Weimarer Verfassung als Element der unmittelbaren Demokratie vorgesehen, in der nationalsozialistischen Zeit zur plebiszitären Zustimmung für die Führerdiktatur gebraucht. Dabei Koppelung von nationalen Fragen mit der Zustimmung zur Herrschaft der NSDAP: 12.11.33 Zustimmung zum Austritt aus dem Völkerbund, 19.8.34 zur Zusammenlegung der Ämter von Reichskanzler und Reichspräsident, 10.4.38 zum Anschluß Österreichs. Im Versailler Vertrag vorgesehen die Abstimmung im Saargebiet am 13.1.35 mit 91 % für die Rückkehr zu Deutschland.

### **Volksdeutsche**

Deutsche, die außerhalb Deutschlands (Grenzen von 1937) leben, hauptsächlich in den Staaten Ost- und Südosteuropas (Gegensatz: Reichsdeutsche). Die Zugehörigkeit ist i.w. eine Sache der subjektiven und individuellen Identität und hängt besonders vom subjektiv empfundenen Kulturgefälle ab (vgl. deutsche Auswanderer in Amerika). Im heutigen Sprachgebrauch v.a. als "deutschstämmig" bezeichnet.

### **Volksgenosse**

Aus dem Wortschatz der Arbeiterbewegung übernommene Bez. für das Mitglied der Volksgemeinschaft. Bereits im Parteiprogramm von 1920 wurde ausgeschlossen, daß ein Jude Volksgenosse sein könne. S. auch \*Reichsbürger.

### **Volkgerichtshof**

1934 als vorläufiges Sondergericht geschaffenes und 1936 endgültig eingerichtetes oberstes Justizorgan, das Hoch- und Landesverrat sowie andere politische Fälle der Zuständigkeit des Reichsgerichtes entzog und selbst aburteilte. Schnellverfahren durch Einschränkung der Voruntersuchung und der Einspruchsmöglichkeiten. Mitglieder von Hitler ernannt. Instrument zur Unterdrückung und Verfolgung politischer Gegner des Regimes, besonders im Krieg zur Verfolgung von "Wehrkraftzersetzung" und "Feindbegünstigung". Vor dem V. Verfahren gegen die Widerstandskämpfer des 20. Juli und des Kreisauer Kreises. Insgesamt etwa 5000 Todesurteile. Berühmtester Präsident Roland Freisler 1942 - Febr. 1945.

### **Vorbeugehaft**

s. \*Schutzhaft

### **Waffen-SS**

Bewaffnete Einheiten der \*SS, zunächst 1938 aus SS-Verbänden gebildet, in und nach dem Polen-Feldzug als SS-Verfügungsddivision und SS-Totenkopfverbände eingesetzt und im Lauf des Krieges zur Waffen-SS mit (1944) ca. 900000 Mann ausgebaut. Vor allem aus \*volksdeutschen Freiwilligen zusammengesetzt, die nicht der Wehrpflicht unterlagen. Der SS und ihren bewaffneten Einheiten unterstanden die besetzten Gebiete ab ca. 10 km hinter der Front. Verantwortlich für die Massaker von Lidice 10.6.1942 und Oradour-sur-Glane 10.6.1944 und die Niederschlagung der Warschauer Aufstände 1943 und 1944.

### **Weißerose**

studentischer Freundeskreis in München, in den Kriegsjahren 1942/43 Studenten und übrige Bevölkerung durch Flugblätter und Wandparolen zum Protest und zum Widerstand gegen das NS-Regime aufrief. Hauptträger der Aktionen waren die Geschwister Hans und Sophie Scholl und der Philosophieprofessor Kurt Huber.

### **Winterkrieg**

Russisch-finnischer Krieg, am 30.11.1939 zur Rückeroberung des 1917 verlorenen Vorfeldes von Leningrad begonnen. Zeigte große Schwächen der Roten Armee und war damit verantwortlich für die Fehleinschätzung Hitlers über die Aussichten eines künftigen Krieges gegen die Sowjetunion. Um einen Zusammenstoß mit den Westmächten zu vermeiden, Beendigung des Feldzuges im Friede von Moskau am 12.3.1940: Abtretung Kareliens an die UdSSR.

### **Zyklon B**

Kristallisierte Blausäure, zunächst als Schädlingsbekämpfungsmittel verwendet, dann in großem Stil in den Gaskammern der Vernichtungslager eingesetzt. Ersetzte die Vergasung durch Auspuffabgase.

## **Innere Entwicklung der USA**

### **Amendment**

Zusatz zur 1787 verabschiedeten Verfassung, bleibt als solcher, ab 1 durchnummeriert (heute 26), als Anhang zum Verfassungstext bestehen. Ein 27. Amendment wurde 1789 vom Kongreß zusammen mit den ersten zehn eingebracht, hatte aber bis April 1988 erst in 21 Staaten das Ratifizierungsverfahren durchlaufen. Inzwischen ratifiziert.

### **American Federation of Labor**

(AFL, 1881/86 gegründet), verstand sich ausschließlich als gewerkschaftliche Bewegung, ohne politische Ambitionen, zur Wahrung wirtschaftlicher Interessen seiner Mitglieder. 1904 über 1,5 Millionen, 1941 4,5 Millionen Mitglieder.

### **Anglikanische Kirche**

durch die Trennung der englischen Kirche unter Heinrich VIII., 1534 vom Parlament bestätigt, begründete Kirchenordnung der Church of England, die ihren Grund nicht in reformatorischen Bestrebungen, sondern in den Heiratsplänen des Königs hatte. Die Anglikanische Kirche behielt daher zunächst noch katholische Züge (Bischofsamt, Liturgie) bei; erst im Lauf des 16. Jahrhunderts wirkten sich calvinistische Reformen aus.

### **Boston Port Bill**

am 31. März 1774 erlassenes erstes Gesetz der Coercive Acts, das die Schließung des Bostoner Hafens bis zum Ersatz des bei der Bostoner Tea-Party angerichteten Schadens verfügte; ausgenommen waren nur Lebensmittelzufuhren und militärische Güter für die englischen Truppen.

### **Boston Tea Party**

gewaltsamer Übergriff auf eine Schiffsladung Tee im Hafen von Boston am 16. Dezember 1773, um die Vorschriften der Tea-Act von 1773 zu boykottieren.

### **Charter-Kolonie**

Form der Kolonie, in der das Rechtsverhältnis zwischen König und Kolonie durch eine Charter, eine Urkunde von verfassungsmäßigem Rang, geregelt war und damit keinen neuen Bestimmungen seitens

der Krone (durch Gouverneurswechsel wie in den Kronkolonien z.B.) unterlag. Beispiel: Connecticut und Rhode-Island.

### **Coercive Acts**

s. \*Intolerable Acts

### **Common Sense**

Titel einer Schrift von Thomas Paine, erschienen am 10. Januar 1776 in Philadelphia, in der der König scharf angegriffen wurde ("britische Mörder"). Paine formuliert den Gegensatz zwischen der unterjochten Alten Welt und der Neuen Welt, die die gehetzte und vertriebene Freiheit ("England hat sie zur Abreise aufgefordert") empfangen und der Menschheit einen Zufluchtsort geben müsse. Erster Ausdruck der Unabhängigkeitsbewegung.

### **Eigentümerkolonie**

Die Eigentümerkolonien - nach 1730 nur noch Pennsylvania und Maryland - setzten den Eigentümer an die Stelle des Königs. In dessen Auftrag regierte der Gouverneur, er ernannte die Mitglieder des Council.

### **Expansionismus**

Politische Richtung der amerikanischen Innenpolitik, die die Vergrößerung des Territoriums und Einflusses der USA zum Programm erhebt. Zunächst in der Erschließung des Kontinents verwirklicht, später der Vergrößerung des Einflusses in Mittelamerika und im Pazifik zugrundegelegt.

### **frontier**

Grenze, eigentlich Grenzraum, am weitesten gegen die Indianergebiete vorgeschobener Siedlungsraum; in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts statistisch durch die Bevölkerungszahl (weniger als 2 je squaremile) bestimmt, 1890 als nicht mehr bestehend erklärt.

### **Homestead-Act**

(Heimstättengesetz) 1862 erlassenes Gesetz, das jedem männlichen Familienoberhaupt über 21 Jahren ein Gebiet von fast 65 ha (160 acres) kostenlos zusprach, wenn er es mindestens 5 Jahre lang bewirtschaftete.

### **Intolerable Acts**

Bezeichnung für die britischen Gesetze, die als Coercive Acts, als Strafmaßnahme für die Boston Tea Party, erlassen und von den Kolonien als untragbar (intolerable) angesehen wurden; s. \*Massachusetts Government Act, \*Quebec Act

### **Kartell**

Preis- oder andere Absprache zwischen an sich selbständigen Unternehmen zum Ziel der Vermeidung unerwünschter Konkurrenz, oft mit einer vorherigen Aufteilung des Marktes verbunden (Quoten).

### **Kongregationalismus**

reformatorische Bewegung innerhalb des Calvinismus, die die religiös bestimmte Gemeindeverfassung dem Souveränitätsanspruch des Staates entgegenstellt: Die Einzelgemeinde ist vom Staat unabhängig und wählt und ordiniert ihren Priester selbst. Weiterführung des \*Presbyterianismus.

### **Kontinentalkongreß**

1774 erstmals einberufene Versammlung der nordamerikanischen Kolonien (tagt vom 5. September - 26. Oktober), um gemeinsame Maßnahmen gegen die Verschärfung der politischen Macht der britischen Krone zu beraten. Der zweite Kontinentalkongreß tritt bereits im Mai 1775 zusammen und beschließt angesichts der am 19. April ausgebrochenen Kämpfe mit britischen Truppen in Lexington, die Kolonien in den Verteidigungszustand zu setzen.

### **Kontraktknechte**

(indentured servants), Auswanderer, die zur Bezahlung ihrer Überfahrt sich in die Abhängigkeit der Schiffseigner begeben und nach Ankunft in Amerika von diesen verkauft werden. Die Dienstzeit war gesetzlich vorgeschrieben und lag zwischen 3 und 9, manchmal bis zu 12 Jahren. Nach Ablauf dieser Zeit war der Knecht persönlich frei und erhielt Geld, Kleidung, Land, Saatgut und Gerät als Erstaustattung.

### **Kronkolonie**

Form der Kolonie, die unmittelbar der Krone untersteht und ihre politische Struktur von ihr erhält. Gegensatz: \*Eigentümerkolonie und \*Charter-Kolonie. Die Kronkolonien standen unter der Leitung des Gouverneurs als des Stellvertreters des Königs. In seiner Ernennungsurkunde umschrieb der König die Rechtsverhältnisse der Kolonie, die damit ihr verfassungsmäßiges Grundgesetz wurde.

## **Lexington**

Ortschaft im US-Bundesstaat Massachusetts, 37 km von Boston, in dem sich ein Waffenlager der kolonialen Miliz befand; dieses Waffenlager soll Mitte April 1775 von der britischen Armee ausgehoben werden. Aus dem Gefecht von Lexington und dem anschließenden von Concord (19. April) entwickelt sich der Unabhängigkeitskrieg.

## **Manifest Destiny**

(Offenkundige Bestimmung), dem Gründer und Herausgeber der expansionistisch eingestellten Zeitschrift "The United States Magazine and Democratic Review", John L. O'Sullivan zugeschriebener Begriff zur Kennzeichnung des Auftrags, "den uns von der Vorsehung überlassenen Kontinent ... in Besitz zu nehmen". Erstmals im Juli 1845 verwendet, im Januar 1846 bereits in den politischen Wortschatz eingegangen.

## **Massachusetts Government Act**

Aufhebung der Charta der Kolonie Massachusetts durch Gesetz des britischen Parlaments am 20. Mai 1774; Zuweisung verstärkter Machtbefugnisse an den königlichen Gouverneur (Ernennung der Beamten), Tagungsverbot für die Volksvertretung.

## **Mayflower**

1620 in Plymouth (Neu-England) gelandetes erstes Schiff mit Auswanderern, die England wegen religiöser Differenzen verlassen hatten. An Bord die \*Pilgerväter.

## **Monopol**

durch Ausschaltung der Konkurrenz geschaffene marktbeherrschende Stellung, in der Preise und Abgabebedingungen nicht mehr der Kraft des Marktes (Angebot und Nachfrage) unterliegen, sondern nach dem Profitstreben festgesetzt werden. Vorform s. \*Trust und \*Kartell.

## **Monroe-Doktrin**

Angesichts der von Frankreich geforderten europäischen Intervention zur Niederschlagung der südamerikanischen Freiheitsbewegungen im Dezember 1823 von US-Präsident Monroe formulierte Doktrin:

1. Europäische Kolonisation soll künftig auf dem gesamten amerikanischen Kontinent ausgeschlossen werden.
2. Das politische System Amerikas unterscheidet sich grundlegend von dem Europas.

3. Der Versuch einer europäischen Macht, auf dem amerikanischen Kontinent einzugreifen oder ihr System hierher zu übertragen, muß als Gefährdung von Frieden und Sicherheit der USA angesehen werden.

4. Die USA verzichten auf Intervention in bestehenden europäischen Kolonien in Amerika, mischen sich nicht in die inneren Angelegenheiten europäischer Mächte ein und nehmen nicht an europäischen Kriegen wegen fremder Interessen teil.

Die Monroe-Doktrin begegnet häufig in der Kurzform "Amerika den Amerikanern" und wurde in der \*Polk-Doktrin neu interpretiert.

### **New Deal**

Bezeichnung für die Wirtschaftspolitik Franklin D. Roosevelts (1933-1945) mit Arbeitsbeschaffungsprogrammen zur Stärkung des privaten Verbrauchs, Staatsinvestitionen als Initialzündung für weitere Investitionen der Wirtschaft, direkten Eingriffen in die Wirtschaft über Steuerungsmechanismen in den Bereichen der Investitionslenkung und der Preispolitik und schließlich der Abkehr von der sozialpolitischen Abstinenz des Staates und der Aufnahme einer aktiven Sozialpolitik, vor allem bei der Arbeitsbeschaffung und der Sozialversicherung.

### **Navigationsakte**

1651 erstmals erlassenes britisches Gesetz zur Regulierung des Handels im merkantilistischen Sinn: Transport von überseeischen Erzeugnissen nach England oder seinen Kolonien nur auf englischen oder kolonialen Schiffen; Personal dieser Schiffe überwiegend englisch oder kolonial; Transport europäischer Waren nach England nur auf englischen Schiffen oder denen des Erzeugerlandes. 1660/63 ergänzt durch Beschränkungen des Handels der Kolonien mit anderen Ländern (Handelsmonopol Englands), vor allem, um die starke spanische und niederländische Konkurrenz auszuschalten, 1673 durch Zollbestimmungen ergänzt.

### **Northwest-Ordinance**

1787 vom Kongreß der Konföderation noch vor Inkrafttreten der neuen Verfassung erlassen, setzte als Endziel die eigenstaatliche Organisation der Territorien. Verfassungsentwicklung und Aufnahme in die Union als gleichberechtigte Partner waren damit Sache der Bewohner des neuen Territoriums selbst.

### **People's Party**

1892 gegründete politische Organisation der genossenschaftlich organisierten Farmer (Granger). Ihre Forderungen zielten vor allem auf ein stärkeres Engagement des Staates in Verbindung mit einer durchgreifenden Demokratisierung.

### **Pilgerväter**

Die Pilgerväter gehörten dem puritanischen Protestantismus an, einer Glaubensrichtung, die die anglikanische Liturgie ablehnten und dadurch zunehmend in Gegensatz zur anglikanischen Staatskirche kam. Zeitgenössische Bezeichnung ist Separatisten, die Bezeichnung Pilger kam erst im 19. Jahrhundert auf.

### **Polk-Doktrin**

Interpretation der \*Monroe-Doktrin durch US-Präsident James K. Polk angesichts der Unionsverhandlungen mit Texas im Dezember 1845:

1. Den Bewohnern des Kontinents steht das ausschließliche Recht zu, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen.
2. Eine europäische Einmischung zur Verhinderung der Union eines unabhängigen Staates mit den USA muß abgelehnt werden.
3. Die Errichtung einer weiteren europäischen Kolonie oder eines Dominions in Nordamerika bedarf der Zustimmung der USA.

### **Presbyterianismus**

Reformatorsche Bewegung, die auf der Grundlage der calvinistischen Lehre nur das Priesteramt als kirchliches Amt vorsieht und übergeordnete Strukturen, wie das Bischofsamt, ablehnt.

### **Proclamation-Line**

1763 von der britischen Krone festgesetzte Grenze auf dem Hauptkamm der Appalachen, die das Gebiet der Siedler von dem der Indianer, das militärischer Kontrolle unterstand, trennt.

### **Progressivisten**

Vertreter einer politischen Richtung, die die Mißstände in Wirtschaft und Gesellschaft durch soziale Reformen einschränken wollten. 1912 in der Progressive Party zusammengeschlossen.

### **Puritaner**

Die Puritaner folgten als Calvinisten der Lehre von der Vorherbestimmtheit des menschlichen Schicksals; insbesondere glaubten sie, daß sich die Gnade Gottes schon im irdischen Erfolg des Menschen zeigte. In England gerieten sie in Gegensatz zur Staatsautorität und zur anglikanischen Staatskirche, weil die Calvinisten (seit etwa 1570) durch eine Rückbesinnung auf die Prinzipien der Reformation (Reinheit der Lehre = Puritaner) die anglikanische Kirche von allen "papistischen", d.h. aus der katholischen Zeit stammenden Rückständen befreien und reinigen

wollten. Die Mehrheit der Puritaner verbündete sich seit 1604 mit der Parlamentsopposition gegen den König, eine Minderheit drängte zur Auswanderung.

### **Quebec-Act**

Im Mai 1774 erlassenes britisches Verwaltungsgesetz für Kanada, das die kanadische Grenze nach Süden bis zum Ohio verschiebt und damit die Ansprüche Virginias, Connecticuts und Massachusetts auf die westlichen Gebiete beeinträchtigt; gehört zu den \*Intolerable Acts

### **Siebenjähriger Krieg**

Krieg einer Koalition Österreichs, Frankreichs und Rußlands gegen Preußen 1756-63. Gleichzeitig kämpft England in Nordamerika gegen Frankreich und entlastet somit Preußen. Verlust der französischen Kolonien in Nordamerika an England.

### **Square Deal**

Begriff aus dem Regierungsprogramm Theodore Roosevelts (1901-1909), mit dem dieser der Arbeiterschaft den gerechten Anteil am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt zukommen lassen wollte.

### **Stamp-Act**

britisches Gesetz, das Druckerzeugnisse aller Art in den nordamerikanischen Kolonien der Besteuerung unterwarf (1765); trug besonders zur Verschärfung des Klimas zwischen Mutterland und Kolonien bei.

### **Tea-Act**

Begründung eines Teehandels-Monopols ausschließlich für die nordamerikanischen Kolonien, das der unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten leidenden East-India-Company wieder auf die Beine helfen sollte (1773).

### **Territorium,**

staatlich nicht organisierter Bestandteil der USA, d.h. Besitz der USA ohne Vertretung im Kongreß; die Bewohner eines Territoriums haben aber das Recht, nach dem Aufbau einer den Prinzipien der USA folgenden staatlichen Ordnung die Aufnahme in die USA zu beantragen.

### **Trust**

Verflechtung formell selbständiger Unternehmen, meistens durch Kapitalbeteiligungen und dadurch gesicherten Einfluß in Aufsichtsratsgremien. Verflechtung kann horizontal sein, d.h. mehrere Branchen, oder vertikal, d.h. mehrere Produktionsstufen umfassen. Ist die Verflechtung rein finanziell, spricht man eher von Holding, d.h. von einer Organisationsform, die ausschließlich finanzielle Beteiligungen verwaltet.

## **Russland und die Sowjetunion**

### **Aprilthesen**

10 Forderungen Lenins (nach seiner Rückkehr aus dem Exil am 3.(16.) 4. 1917) zum Weitertreiben der Revolution: Ablehnung der Provisorischen Regierung als einer "Regierung der Kapitalisten" (3), Ablehnung der parlamentarischen Republik als "ein Schritt rückwärts" (5), Übernahme der Führung der Revolution und der "gesamten Staatsmacht" durch die Arbeiter- und Soldatenräte (1/2 u. 4, die Formulierung "Alle Macht den Räten!" stammt nicht aus den Aprilthesen), außerdem Beendigung des Krieges als "tatsächlichen und völligen Bruch mit den Interessen des Kapitals" unter "Verzicht auf alle Annexionen" (1) und Bodenreform (6). Schließlich Änderung von Programm und Name der Partei (9) und "Gründung einer revolutionären Internationale" (10).

### **Arbeiter- und Soldatenräte**

s. \*Räte

### **Autokephalie**

Selbständigkeit einer Kirchenorganisation der Ostkirche, Freiheit von der Gerichtsbarkeit eines anderen Patriarchen. In Rußland seit 1589 durch die Erhebung des Metropoliten von Moskau zum Patriarchen, vorher Unterordnung unter den Patriarchen von Konstantinopel.

### **Autokratie**

(griech., Selbstherrschaft) Regierungsform, in der der einzelne Herrscher über die uneingeschränkte Staatsgewalt verfügt. Der Titel Autokrator ist in Byzanz von der Mitte des 7. Jahrhunderts bis 1261 der Titel des Hauptkaisers im Unterschied zu den Mitkaisern und wird von da in die Staatsideologie in Moskau übernommen (Übernahme der byzantinischen Tradition). Nach 1906 definiert: "Dem Kaiser von Allrußland gehört die Oberste Selbstherrschende Gewalt. Seiner Gewalt nicht nur aus Furcht, sondern auch aus Gewissenspflicht zu gehorchen, befiehlt Gott selbst."

### **Barschtschina**

Form der Leibeigenschaft der russischen Bauern, vor allem im alten Großfürstentum Moskau und in Westsibirien, gekennzeichnet durch oft willkürliche Forderung von Frondiensten aller Art. Mildere Form s. \*Obrok.

### **Bauernbefreiung**

durch Gesetz von 1861 verfügte Aufhebung der Leibeigenschaft (s. \*Barschtschina und \*Obrok), verbunden mit Landzuteilungen an die Bauern. Die Entschädigung, die der Staat den Grundbesitzern für dieses an die Bauern abgetretene Land zahlte, mußten die Bauern an den Staat zurückzahlen. Bauernbefreiung und Landzuteilung wurden relativiert durch die Beibehaltung der Dorfordnung des \*Mir. Die Folge waren wirtschaftliche Schwierigkeiten sowohl der Bauern als auch der Grundbesitzer. Die Entstehung lebensfähiger Bauernwirtschaften machte erst die Agrarreform Stolypins nach 1906 möglich.

### **Blutsonntag**

blutig niedergeschlagene Bitt-Demonstration vor dem Winterpalais in Petersburg am 9.(22.). Januar 1905, unmittelbarer Anlaß für die russische Revolution 1905.

### **Bolschewiki**

(von ból'se = mehr), seit dem II. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR) 1903 in Brüssel und London radikale Abspaltung von der russischen Sozialdemokratie, folgt den Revolutionstheorien Lenins (Revolution ohne bourgeoises Zwischenstadium, s. \*Leninismus). Der Name kommt von einem (mehr zufälligen) Abstimmungsergebnis, das der Gruppe um Lenin die Mehrheit brachte.

### **Brest-Litowsk**

Stadt an der Grenze zwischen Kongreßpolen und Rußland, am Bug gelegen. Unterzeichnungsort des Friedens von B.-L. zwischen dem Deutschen Reich und Rußland vom 3.3.1918: Selbständigkeit Finnlands, der Baltischen Staaten und Polens, sollte die deutsche Herrschaft in der Ukraine und in Georgien begründen. Zahlungsverpflichtung über 6 Milliarden Goldmark. Im Waffenstillstand vom 11.11.1918 und von der Sowjetregierung am 13.11.1918 für ungültig erklärt.

### **Curzon-Linie**

zunächst in einem Waffenstillstandsvorschlag (11.7.), dann bei Friedensverhandlungen (17.8.1921) vorgeschlagene, nach dem britischen Außenminister, Lord Curzon, benannte polnisch-sowjetische Grenze. Durch die anschließenden polnischen Siege überholt (s. Friede von \*Riga).

### **Dekabristen**

(von russ. dekabr = Dezember), Aufstandsbewegung im Dezember 1825 gegen die zaristische Autokratie mit mehr oder weniger radikalen Programmen zur gesellschaftlichen und politischen Umgestaltung, getragen von Adligen, die seit 1822 in zwei Geheimbünden organisiert waren. Am selben Tag noch niedergeschlagen. 600 Verhaftungen, 121 Verurteilungen, davon 5 zum Tod, die übrigen zu Zwangsarbeit in Sibirien.

### **Demokratischer Zentralismus**

Verbindliches Organisations- und Leitungsprinzip kommunistischer Systeme, geht von der Grundannahme des Marxismus-Leninismus aus, daß die sozialistische Gesellschaft der planmäßigen und einheitlichen Führung und Leitung durch die Arbeiterklasse und ihrer Partei bedarf. Die geforderte Einheitlichkeit der Führung schließt politische Opposition und politischen Pluralismus aus. Hauptpunkt ist die beherrschende Stellung der Parteileitung und die Verbindlichkeit von Beschlüssen oberer Parteiorgane für die unteren. Die Wahl der leitenden Parteiorgane durch die jeweils unteren Gremien wird durch die Nominierung der Kandidaten von der jeweiligen Parteileitung zur bloßen Akklamation.

### **Doppelherrschaft**

Februar bis Oktober 1917, Zeit des Nebeneinanders der aus den Duma-Parteien hervorgegangenen Provisorischen Regierung und der basisdemokratisch organisierten Arbeit- und Soldatenräte. Für die Provisorische Regierung insofern schwierig, als die reale Macht (Kontrolle der Betriebe, Verfügung über die Verkehrsmittel und Kontrolle der Armee) bei den Räten lag.

### **Duma**

russ. Reichstag, durch das \*Oktobermanifest von 1905 angekündigt, im Mai 1906 gewählt, wegen oppositioneller Haltung von der Regierung im Juli aufgelöst. Zweite Duma vom Februar 1907 im Juli 1907 gleichfalls aufgelöst. In ihr waren auch beide Flügel der Sozialdemokratie vertreten. Im selben Jahr Wahlrechtsänderung und Wahl zur III. Duma (-1912), starker Einfluß des Besitzbürgertums (Kadetten, Sozialrevolutionäre).

## **Fünfjahrplan**

Instrument der sozialistischen Planwirtschaft mit exakten Planvorgaben für den Planungszeitraum. Erster Fünfjahrplan 1929 - 1933 mit starker Betonung von Investitionen in den Bereichen Maschinenbau und Energiewirtschaft, Hebung des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung durch Anstieg der Konsumgüterproduktion um 50%.

## **Gang ins Volk**

Bewegung aus dem aufklärerischen Teil der \*Narodniki, der 1874 den Umsturz durch Volksaufklärung und die Bildung einer revolutionären Elite anstrebte. Der andere Teil der Narodniki verfolgte eher anarchistisch-terroristische Ziele.

## **Hungerexport**

Getreideexport aus ausschließlich außenwirtschaftlichen Gesichtspunkten (Devisen), in Rußland besonders, um Kapital für die Industrialisierung zu gewinnen, auch wenn darunter die Versorgung im eigenen Land leidet. Kennzeichen der russischen Exportstrategie zur Zeit der Industrialisierung.

## **Internationalismus**

(eigentl. Proletarischer Internationalismus) vertritt als Bestandteil des Marxismus-Leninismus die Gegenposition zum bürgerlichen Nationalismus und beruht auf dem Gedanken, daß die gemeinsamen Interessen der Arbeiterklasse eine Beschränkung auf einen Einzelstaat verbieten, sondern nur auf internationaler Basis durchgesetzt werden können. Da die Sowjetunion die Manifestation der Interessen des Proletariats darstelle, liege ihre Verteidigung in deren Interesse. Ausdruck des Internationalismus sind die I. und II. Sozialistische Internationale (1864-76 bzw. ab 1889) und die III., die Kommunistische Internationale (\*Komintern, 1919), mit der die sozialistische Bewegung gespalten wurde. Derzeitiger Präsident der Sozialistischen Internationale ist Willy Brandt (SPD).

## **Kadetten,**

(von der Abkürzung KD für Konstitutionelle Demokraten), im Oktober 1905 gegründete Duma-Partei, die die Interessen von Bürgertum und Intelligenz radikal-liberaler Richtung vertrat, aber auch sozialreformerische Forderungen für die Bauern erhob. Auf dem II. Parteikongreß im Januar 1906 erkannte sie die monarchische Regierungsform an, verlangte eine Einschränkung der Landenteignungen und verurteilte revolutionäre Kampfmethoden. Nach 1918 als konterrevolutionär verfolgt.

### **Kalender, Julianischer,**

durch Julius Cäsar eingeführter Kalender mit Einführung des Schalttags alle vier Jahre. Durch Ungenauigkeit ergab sich im Lauf der Jahrhunderte eine Verschiebung gegenüber dem Sonnenjahr von 9 Tagen, die durch die Gregorianische Kalenderreform 1582 aufgehoben wurde (Datumswechsel vom 5. auf dem 15. Oktober). Einführung im katholischen Deutschland 1583/84, im evangelischen Deutschland 1700, in Rußland am 1. Februar 1918. Der Julianische Kalender geht gegenüber dem Gregorianischen im 19. Jahrhundert um 12 Tage, im 20. Jahrhundert um 13 Tage zurück. Er ersetzte 1700 die bis dahin übliche Zählung der Jahre nach der "Weltära der Griechen" seit der Erschaffung der Welt, nach dem die Oktoberrevolution im Jahre 7426 stattfand und dieses Buch im Jahre 7498 erscheint.

### **Kerenski-Offensive,**

am 18.6.(1.7.) 1917 begonnene Offensive an der Südwestfront, v.a. gegen Österreich-Ungarn, kommt nach wenigen Wochen zum Stehen. Die Offensive zeigt das Festhalten der Provisorischen Regierung am Krieg und ermöglicht den Bolschewiki eine starke Anti-Kriegs-Propaganda und damit den Einfluß auf die Massen.

### **Kommunistische Internationale,**

Komintern, als III. Internationale im März 1919 in Moskau gegründet. Vordergründig Koordinationszentrum für die nationalen kommunistischen Parteien, damit aber Instrument zur Unterordnung der Politik der verschiedenen kommunistischen Parteien unter die Ziele der Sowjetunion und damit Instrument der sowjetischen Außenpolitik; Ziel war die Unterstützung und Koordination der verschiedenen kommunistischen Bewegungen, schließlich ihre Zusammenfassung zu einer einzigen kommunistischen Weltpartei. S. \*Internationalismus.

### **Konstituierende Versammlung,**

von der Provisorischen Regierung bereits am 2.(15.) März 1917 in Aussicht gestellte Verfassungsgebende Versammlung, am 14.(27.) 6. für den 17.(30.) 9. vorgesehen, dann auf den 12.(25.) 11. verschoben; am 20.7. (2.8.) als aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgehend beschlossen. Der Wahltermin wird vom Rat der Volkskommissare bestätigt. Ergebnis der Wahlen: 62% der Stimmen für Sozialrevolutionäre und Menschewiki (entspr. zus. 385 Sitze), 25% für Bolschewiki (175 Sitze), Kadetten und andere Bürgerliche 13%. Nach dem Zusammentritt am 5.1.1918 und der mehrheitlichen Weigerung, die Übertragung der Staatsgewalt auf

die Sowjets zu billigen, durch Waffengewalt und Dekret am folgenden Tag aufgelöst.

### **Kosaken,**

Bevölkerung, die sich vor allem aus Bauern, die der Leibeigenschaft entflohen waren und in den Steppen am Don angesiedlet hatten, bildete und hier kolonialisatorische und militärische Aufgaben (Wehrbauern) übernahmen. Ihre Leistungen bestehen besonders in der Grenzverteidigung nach Südwesten (gegen Polen-Litauen und Osmanen), in der Eroberung und Erschließung Sibiriens; im 19. Jahrhundert wurden sie als Polizeitruppe zur Niederschlagung von Aufständen herangezogen. Die Kosaken verloren ihre weitgehende Privilegien 1918 durch die Sowjetregierung, was sie auf die Seite der weißen Konterrevolution trieb.

### **Kriegskommunismus,**

Unterordnung wirtschaftlicher Ziele unter die Sicherung der Revolution während der Zeit des Bürgerkriegs (1918-1921). Zielvorstellung ist ideologisch der Übergang in die kommunistische Ordnung; dadurch Übernahme aller wesentlichen Produktions- und Verteilungsfunktionen durch den Staat, Militarisierung der Industrie und später auch der Landwirtschaft, Zentralisierung des Verwaltungsapparates, Aufhebung der Selbstverwaltung der Betriebe durch die Berufung von Kommissaren, Einführung einer Naturalwirtschaft anstelle der Geldwirtschaft und rapider Verfall des Lebensstandards. Nach 1921 durch \*NEP abgelöst.

### **Krimkrieg,**

Krieg einer englisch-französisch-türkischen Koalition gegen Rußland um das Erbe des zerfallenden Osmanischen Reiches am Schwarzen Meer 1853-56. Der Krieg zeigt die inneren Schwächen des russischen Staates (Flotte und Heerführung) und ist Anlaß für Sozialreformen (Bauernbefreiung 1861).

### **Kulaken,**

selbständig wirtschaftende Groß- und Mittelbauern, die durch ihre Vorratshaltung bei Getreide eine Versorgungskrise hervorrufen. Von Stalin als "Klassenfeind" verfolgt und ausgerottet.

### **Leibeigenschaft,**

persönliche und rechtliche Abhängigkeit des Bauern vom Grundherrn (Adel, Staat, Kirche), sowohl für den Bauern als auch für den Grundherrn erblich. Leibeigenschaft bedeutet die uneingeschränkte Verfügungsgewalt über den Besitz des Bauern und

über seine Person, aber nicht das Recht, über sein Leben zu bestimmen. Leistungen an den Leihherren bestehen in Frondiensten, Geld- und Naturalabgaben.

### **Leninismus,**

Weiterentwicklung des Marxismus unter Übertragung auf speziell russische Verhältnisse. Hauptkennzeichen sind:

1. die Einschätzung der russischen Bourgeoisie, die vom Staat abhängig ist, daher das herrschende Regime stützt und es nicht beseitigt;
2. die Einschätzung des herrschenden Regimes als eigentlichen Gegner, gegen den der Kampf nur unter Bildung einer aristokratischen Revolutionselite (Kaderpartei) geführt werden kann;
3. Führung des Proletariats durch diese straff organisierte Revolutionselite, die unter den Bedingungen des zaristischen Systems "berufsmäßig geschult" ist und ausschließlich konspirativ arbeitet;
4. Einbeziehung des ländlichen Proletariats (befristetes "Klassenbündnis");
5. Durchführung der Revolution sofort, ohne das Zwischenstadium einer bourgeoisen Ordnung;
6. Ausübung der Diktatur des Proletariats über längere Zeit, um die Entwicklung, die anderswo die Bourgeoisie leistet, nachzuholen.
7. Erkenntnis des Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, da der Kapitalismus durch koloniale und halbkoloniale Expansion von seinen inneren Schwierigkeiten ablenkt.

### **Meerengen,**

Durchfahrt vom Schwarzen Meer durch Bosphorus und Dardanellen zum Mittelmeer (Ägäis); strategisch wichtiger Punkt zur Kontrolle des Schiffsverkehrs, 324 - 1452 durch Byzanz/Konstantinopel beherrscht, seit 1452 durch das Osmanische Reich (seit 1924 Türkei). Zielpunkt russischer Politik seit dem Eintritt Rußlands in den Kreis der Seemächte unter Peter d.Gr., da von den beiden Meerengen (Ostsee- und Schwarzmeer-Ausgang) dieser der politisch labilere war und Rußland bis heute keinen ganzjährig eisfreien Hafen mit Ausgang zu den Weltmeeren hat. Letztmalig angestrebt 1945 mit der Kündigung des Meerengen-Abkommens von Montreux (1925); der Bosphorus war zur Zeit des Kalten Krieges einer der wichtigsten strategischen Punkte der NATO.

### **Menschewiki,**

(von mén'se = weniger), nach der Abspaltung der \*Bolschewiki 1903 Bezeichnung für die gemäßigte Mehrheit in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR). Die Menschewiki sahen die Ausbildung des Kapitalismus in Rußland als notwendige Voraussetzung der Revolution an. Forderungen u.a.:

Enteignung der Gutsbesitzer, Übergabe des Landes an die \*Zemstvos und Verpachtung an die Bauern.

**Mir,**

Dorfgemeinschaft mit gemeinsamem Landbesitz und gemeinsamer Haftung für die auf dem Land ruhenden Lasten, aber ohne Einbindung der Mitglieder in kollektive Wirtschaft. Ursprünglich als Steuergemeinschaft vom Staat eingeführt, galt im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert als Idealform des bäuerlichen Sozialismus und Keimzelle der agrarkommunistischen Revolution.

**Narodniki,**

(von narod = Volk), stärkste der revolutionären Bewegungen des 19. Jahrhunderts, idealisiert die Bauern und die primitiven Lebensformen überhaupt. Die Narodniki sehen in der Bauernschaft das tragende Element der Revolution, der Bauernstand, als die ideale Verbindung der ursprünglichen Werte von Sozialismus und Russentum, soll den unmittelbaren Übergang in die ideale Gesellschaftsordnung vollziehen, ohne Umweg über das Stadium des Kapitalismus. Die Narodniki spalten sich in den 1870er Jahren in einen aufklärerischen Teil (\*"Gang ins Volk") und einen anarchistisch-terroristischen Teil.

**Neue Ökonomische Politik,**

(russ. Novaja ekonomiceskaja politika = NEP) Wiedezulassung des Privatkapitals in Industrie und Handel und des freien Handels für die Bauern und für Kleingewerbetreibende und Handwerker. Reduzierung der bäuerlichen Ablieferungspflicht auf einen Teil der Erträge, gestaffelt nach Betriebsgröße, als Naturalsteuer (später Geldsteuer) mit freier Verfügbarkeit über die Überschüsse. Vorbehalt des Außenhandelsmonopols für den Staat.

**Obrok,**

Form der Leibeigenschaft der russischen Bauern, vor allem in Weißrußland, der Ukraine, Woronesh und Kasan, gekennzeichnet durch die Erhebung eines Leibzinses. Schärfere Form s. \*Barschtschina.

**Obschtschina,**

Dorfordnung, weitgehend Synonym für \*Mir.

**Ökonomismus,**

Richtung der Arbeiterbewegung, die sich an den real erkennbaren subjektiven, im wesentlichen ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse orientiert. Gegensatz: \*Substitutionalismus.

### **Oktobermanifest,**

Manifest des Zaren Nikolaus II. vom 17./30. Oktober 1905 mit der Einführung einer Verfassung, der Gewährung von Gewissens-, Rede-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit und der Ankündigung freier, allgemeiner Wahlen zu einem Parlament (\*Duma).

### **Oktoberisten,**

"Verband des 17. Oktober", 1905 gebildete konservativ-liberale Gruppierung, die sich auf der Grundlage des Oktobermanifestes von 1905 für eine starke Monarchie und die Einheit und Unteilbarkeit des russischen Reiches ausspricht.

### **Polen, Königreich (ab 1815),**

auf dem Wiener Kongreß 1815 wiedererrichteter polnischer Staat, als Kompromiß zwischen dem russischen Bedürfnis nach Ausdehnung nach Westen und dem polnischen Bedürfnis nach einem eigenen Staatswesen als Königreich in Personalunion mit Rußland organisiert ("Kongreßpolen"). Nach 1830 und verstärkt nach 1864 Aufhebung der Verfassung und russische Unterdrückungspolitik

### **Politbüro,**

Abkürzung für Politisches Büro, oberstes Führungsorgan kommunistischer Parteien, auf Grund der Identität von Partei und Staat mit Zuständigkeit für alle wichtigen politischen, wirtschaftlichen und personellen Entscheidungen des Staates.

### **Polnische Teilungen,**

Aufteilung Polens unter die Nachbarmächte Preußen, Österreich und Rußland 1772, 1793 und 1795, um eine Kompensation für die nicht erfüllbaren Balkan-Interessen zu schaffen. 4. Polnische Teilung zwischen Hitler und Stalin 1939.

### **Port Arthur,**

(chin. Lüshun), bei der Stadt Dairen (Lü-da) gelegener Hafen im Gelben Meer, 1897 von Rußland besetzt, formell auf 25 Jahre von China gepachtet. Schauplatz des russisch-japanischen Krieges von 1904/05 mit dem japanischen Angriff auf die russische Flotte im Februar 1904 und der Kapitulation der Stellung im Januar 1905. Im

Friedensvertrag an Japan abgetreten, 1945 wieder besetzt, bis 1955 sowjetischer Flottenstützpunkt, dann an China zurückgegeben.

### **Räte,**

(russ. Sowjet) während der Revolution 1905 aus dem Zusammenschluß verschiedener Streikkomitees zunächst in Petersburg und Moskau entstandene Räte der Arbeiterdeputierten, Organ der Interessenvertretung der Arbeiter. Starker politischer Einfluß der Menschewiki und Bolschewiki. Als solche basisdemokratische Organisation (zusammen mit Soldatenräten auf der Ebene der Garnisonen und Truppenteile) im Verlauf der Februarrevolution 1917 wieder entstanden, wieder unter starkem politischem Einfluß der Menschewiki.

### **Riga, Friede von,**

Am 18. 3. 1921 geschlossener Friede zwischen Rußland und Polen, der auf Grund des Erfolges der polnischen Armee die rusch-polnische Grenze etwa 200-300 km östlich der Curzon-Linie, aber immer noch westlich der Grenze von 1772 festlegte.

### **Rote Armee,**

1918 als Arbeiter- und Bauernarmee in Rußland unter der Führung Trotzki's aufgestellt, steht unter enger Verbindung zur Parteideologie (verwirklicht durch die Zuordnung von Parteikommissaren). 1945 in Sowjet-Armee umbenannt.

### **Rurikiden,**

russische Herrscherfamilie vom 9.-16. Jahrhundert, auf den legendären warägischen Heerführer Rurik (+879) zurückgeführt. Herrschaftssitz Kiew, dann Aufsplitterung in Teilfürstentümer. Einigung des Staates ab 1328 von Moskau aus. Die Rurikiden werden nach ihrem Aussterben 1598 1613 durch die Dynastie der Romanow (-1917) abgelöst.

### **Rus**

(fem. sing.: die Rus), von Rotsi, dem ostseefinnischen Namen für die Schweden. Bezeichnung der ostslawischen Stämme für die aus Skandinavien kommenden Tributherren und das Reich, das diese errichteten (9. Jh.). Im Verlauf der Assimilation der dünnen Oberschicht mit der ostslawischen Bevölkerung ging der Name Rus auf die Ostslawen selbst über und bezeichnet dann 1. das Kiewer Gesamtreich, 2. die engere Region um Kiew, 3. im ethnischen Sinn die Ostslawen. Die ältere Bedeutung von "Rus" geht auf den Namen \*Waräger über.

### **Selbstherrschaft,**

s. \*Autokratie

### **Sozialrevolutionäre,**

1902 konstituierte Partei in der Nachfolge der \*Narodniki, die die Rolle der Bauern im revolutionären Prozeß betonen, aber den Marxismus als wissenschaftliche Analyse des gesellschaftlichen Prozesses anerkennen. Hatten die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich.

### **Sowjets,**

s. \*Räte

### **Stalinismus,**

Bezeichnung für die unter Stalin entwickelte Parteidiktatur. Ideologisch unterscheidet sich der Stalinismus vom Leninismus dadurch, daß die (aktive) Rolle des Proletariats vernachlässigt werden kann, denn das Wesen der proletarischen Revolution besteht in ihrer Zielsetzung. Absolute Priorität hat also die Partei, die mit Hilfe der Staatsmacht die sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufbaut (Revolution von oben). Die Führung hat der bürokratische Apparat (Nomenklatura), innerhalb des Apparates der Diktator selbst, eine Kontrolle oder gar Einflußnahme von unteren Ebenen ist nicht möglich. Instrumente dieser Diktatur sind neben dem Parteisekretariat und dem Einfluß auf die Sekretariate der unteren Ebenen die Partei-Kontrollkommission als Mittel zur Disziplinierung der Partei selbst und der Staatssicherheitsdienst als Terrorinstrument. Weitere Kennzeichen des S. sind ein ausgeprägter Personenkult und eine Betonung des nationalen Elements. Als Spätstalinismus durchgängiges Herrschaftssystem im Ostblock bis 1989.

### **Substitutionalismus,**

Begriff für die Führung des Proletariats im revolutionären Prozeß durch eine revolutionäre Avantgarde, von Lenin in die Diskussion um die Organisation der russischen Sozialdemokratie eingeführt. Gegensatz: Ökonomismus.

### **Taugoggen, Konvention von,**

zwischen dem preußischen General Yorck von Wartenburg und dem russischen General Diebitsch im Dezember 1812 geschlossenes Bündnis, in dem ersterer die Neutralität der (immer noch unter französischem Oberbefehl stehenden) preußischen Truppen

zusichert und damit der russischen Armee ermöglicht, im Kampf gegen Frankreich Ostpreußen zu betreten.

**Trudoviki,**

("Vertreter der Werktätigen") sozialistisch orientierte Gruppe der I. Duma (97 Abgeordnete), nicht als politische Partei im engeren Sinn organisiert, seit 1912 von Kerenski geführt. Das Agrarprogramm von 1906 fordert eine Bodenreform durch Enteignungen und die Bildung eines allgemeinen Landfonds.

**Tscheka,**

Umschrift der Abkürzung CK für die Geheimpolizei der Bolschewiki.

**Umsturzdekrete,**

Sammelbegriff für die unmittelbar nach dem bolschewistischen Umsturz verkündeten Dekrete, die das Programm der Bolschewiki verwirklichen und die Massen an sie binden sollten: das Dekret "über den Grund und Boden" 26.10. (8.11.) erklärte alles Land zum Staatseigentum, enteignete gutsherrliches Land und verbot grundsätzlich Verkauf oder anderweitige Veräußerung von Grundbesitz. Weiter Dekret über den Frieden v. 26.10. (8.11.), Dekret "über die Arbeiterkontrolle" vom 14. (27.) November, das die Produktionsbetriebe, d.h. "Produktion, Kauf und Verkauf von Erzeugnissen und Rohmaterialien, ...ihre Aufbewahrung sowie ... die finanzielle Seite des Unternehmens", der Kontrolle der Sowjets unterstellt. Errichtung eines Obersten Volkswirtschaftsrates, der diese Kontrolle in der Hand der bolschewistischen Partei zentralisierte.

**Verbannung,**

Form der Absonderung von Oppositionellen durch Einschränkung der Bewegungsfreiheit und der Kontakte zu Gleichgesinnten. Freie Bewegung nur am Ort der Verbannung selbst unter Aufsicht der lokalen Polizeibehörde. Keine Arbeitspflicht. Als Maßnahme auch im faschistischen Italien angewandt.

**Waräger,**

eigene Bezeichnung der in der \*Rus wirkenden schwedischen (normannischen) Oberschicht (9./10. Jh.), vermutlich mit der Bedeutung "Schwurbruderschaftsleute".

**Weißer,**

zur Unterscheidung von den "Roten" Bolschewiki gewählte Farbbezeichnung der antibolschewistischen Kräfte nach der Revolution 1917, zugleich Reinheit und Unschuld suggerierend. Politisches Spektrum von reaktionär-zaristisch bis linksliberal (sozialdemokratisch-menschewikisch und sozialrevolutionär). Mit dieser Bezeichnung nichts zu tun hat der Landesname "Weißrußland" (Belorusland). Er kommt aus dem Spätmittelalter und kennzeichnet den Teil der alten \*Rus, der nicht (wie das Großfürstentum Moskau) den Tataren tributpflichtig, d.h. "weiß", also frei, war.

### **Winterpalais,**

Residenz des Zaren in St. Petersburg, dann Sitz der Provisorischen Regierung und erstes Ziel des Umsturzes der Bolschewiki in der Oktoberrevolution.

### **Zemstvo,**

Selbstverwaltungskörperschaften auf Kreis- und Gouvernementsebene aus gewählten Vertretern des Adels, der Städte und der Bauern mit beschränkten Kompetenzen bei öffentlichen Aufgaben. Zemstvo-Reform am 1.1.1864 mit der Festschreibung des Übergewichtes der adligen Gutsbesitzer, 1890 verschärft.

### **Zwangskollektivierung,**

ab 1929 durch den Staat erzwungener Zusammenschluß der zersplitterten Kleinbetriebe zu landwirtschaftlichen Großbetrieben zur Erhöhung der Erträge und Senkung der Produktionskosten.

## **Die beiden Großmächte im Zweiten Weltkrieg**

### **Antikominternpakt,**

zwischen Deutschland und Japan am 25.11.1936 geschlossenes Abkommen zur Bekämpfung der Komintern und Koordinierung der Politik gegenüber der Sowjetunion. Kein definitives Bündnis, da sich die Partner eine eigenständige Politik gegenüber der SU vorbehalten. Beitritt Italiens 1937, Mandschukuo, Ungarns, Spaniens 1939. 1941 verlängert, 1945 hinfällig.

### **Atlantik-Charta,**

am 9. August 1941 von Roosevelt und Churchill verkündete grundsätzliche Kriegsziele zur Ergänzung der "Vier Freiheiten" : Verzicht auf Gebietsgewinn, Erklärung, künftig territorialen

Besitzstand nur im Einverständnis mit den Betroffenen verändern zu wollen. Zugeständnis des Selbstbestimmungsrechtes für alle Völker und der freien Beteiligung am Welthandel für alle Staaten, Sicherung der Friedensordnung durch internationale Zusammenarbeit und der Verzicht auf Gewaltanwendung, Ausschluß Deutschlands als Kriegsgegner aus diesen Freiheiten.

### **Cash-and-Carry-Klausel,**

1936 erlassene Ausnahmeregelung von den Neutralitätsgesetzen der USA, die anderen Staaten den Waffenkauf in den USA gegen Barzahlung und Transport auf eigenen Schiffen ermöglichte.

### **Dreimächtepakt,**

1940 zwischen Deutschland, Italien und Japan geschlossener Vertrag mit dem Ziel, die USA aus dem europäischen bzw. chinesisch-japanischen Krieg herauszuhalten; Vereinbarung der Hilfeleistung bei einem Angriff der USA auf einen der Bündnispartner. 1941 durch ein Abkommen zur gemeinsamen Kriegführung ergänzt.

### **Isolationismus,**

Politik der Nichteinmischung in außeramerikanische Konflikte; vorherrschendes Prinzip der amerikanischen Außenpolitik bis 1917, dann starke isolationistische Tendenzen bis 1941. Aufgegeben zugunsten der Verantwortung gegenüber der Welt angesichts der kommunistischen Expansion ("Weltpolizei", Truman-Doktrin).

### **Kuangtung-Armee,**

von Japan ab 1905 (?) in der südlichen Mandschurei, vor allem in Port Arthur und Dairen (Lüshun und Lü-da) stationierte Armee, die das japanische Einflußgebiet sichern sollte. Die Kuangtung-Armee entwickelte sich in den 20er Jahren zu einem eigenständigen, auf Aggression und Expansion zielenden Faktor der japanischen Politik. Auf ihr Konto gehen z.B. die Attentate auf den chinesischen Militärbefehlshaber in Nordchina und auf die Bahnanlagen in Mukden (8.9.1932).

### **Kuomintang,**

("Nationale Volkspartei"), führende Kraft Chinas in der ersten Revolution 1912/13, von Sun Yat-sen gegründet. In den 20er Jahren beherrschende Macht in Süd- und Zentralchina (Kanton), verbündete sich 1923-27 mit den chinesischen Kommunisten (Mao Tse-tung) zum Wiederaufbau des Landes. 1927 Bruch mit den Kommunisten und 2. revolutionärer Bürgerkrieg (1927-37) zur Wiederherstellung der nationalen Einheit unter General Tschiang Kai-schek. Neue

Einheitsfront im Krieg gegen Japan 1937-1945, danach 3. Bürgerkrieg mit der Vertreibung der Kuomintang nach Taiwan (Formosa, 1949). Dort Bildung einer nationalchinesischen Regierung unter Tschiang Kai-schek, die bis 1978 (diplomatische Anerkennung der Volksrepublik China durch die USA) im Westen als alleinige Vertretung Chinas galt.

### **Lend-Lease-Act,**

(Leih-Pacht-Gesetz), nach der "jedem Land, dessen Verteidigung" der Präsident "als lebenswichtig für den Schutz der USA" einschätzte, alle Hilfsgüter durch "Kauf, Übertragung, Tausch oder Pacht, als Leihgabe oder auf andere Weise" liefern konnte. Ziel: Abkehr vom Verschuldungsprinzip.

### **Mandschukuo,**

von Japan in der Mandschurei installierter Staat, der aber politisch, wirtschaftlich und militärisch völlig von Japan abhängig war. Kaiser wurde der 1912 (als Kind) abgesetzte chinesische Kaiser Pu-Yi, die tatsächliche Macht lag beim japanischen Militär.

### **Monroe-Doktrin,**

1823 von US-Präsident Monroe aufgestellte Forderung, Probleme und Konflikte auf dem amerikanischen Kontinent ohne Intervention europäischer Mächte zu lösen ("Amerika den Amerikanern"). Vor allem gegen europäische Intervention in Lateinamerika gerichtet. Im 20. Jahrhundert auf das Recht der USA zur Intervention umgemünzt.

### **Nationalchinesen,**

s. \*Kuomintang

### **Open Door,**

von den USA verfolgte Handelspolitik, die die Abgrenzung von Interessensphären, die andere Mächte ausschließen sollten, ablehnte zugunsten des freien Wettbewerbs in der betreffenden Region. Vor allem in China angewandt, wo die USA kein eigenes Interessengebiet geltend machen konnten.

### **Pearl Harbour,**

Marinestützpunkt auf Hawaii, Ort des Überfalls der japanischen Luftwaffe auf die US-Flotte am 7.12.1941. Trotz hoher Verluste keine völlige Ausschaltung der amerikanischen Pazifikflotte. Führte zum Umschwenken der öffentlichen Meinung in den USA von der Neutralitätspolitik zur (von Präsident Roosevelt geforderten) militärischen Intervention gegen Japan und Deutschland.

### **Postrevisionismus,**

s. \*Revisionismus

### **Quarantäne-Rede,**

Rede Roosevelts am 5. Oktober 1937 in Chicago: die aggressiven Mächte (zu der Zeit Japan und Italien) seien gewissermaßen in Quarantäne zu nehmen, also mit kollektiven Sanktionen zu belegen, da die Gemeinschaft sich vor der "Epidemie der Gesetzlosigkeit" schützen müsse. Der Krieg sei eine Seuche und könne Staaten und Völker verschlingen, die vom ursprünglichen Schauplatz der Feindseligkeiten weit entfernt seien. Zeigte kaum konkrete Auswirkungen in der Politik gegenüber Deutschland und Japan.

### **Revisionismus,**

allgem. das Streben nach Wiederherstellung eines früheren Zustandes (revidieren) oder nach Überprüfung eines Vorgangs oder eines Zustandes (Revision). In der politischen Sprache vor allem zur Kennzeichnung des Wunsches nach einseitiger Änderung von Vertragsbedingungen (Revisionspolitik der Weimarer Republik) oder nach Angleichung der marxistischen Lehre an die realen Gegebenheiten (Revisionismus E. Bernsteins) gebraucht; insofern der historische Fortschritt als notwendig angesehen wird (Marxismus), ist Revisionismus eine reaktionäre Haltung. - In der Beurteilung des Kalten Krieges kennzeichnet Revisionismus die Politik der USA zur Sicherung ihrer politisch-ökonomischen Vorherrschaft durch Eindämmung der sowjetischen Expansion, die damit die Verantwortung für den Kalten Krieg selbst trage. Dem steht die traditionelle Interpretation gegenüber, die das Expansionsstreben der Sowjetunion als imperialistische Politik und damit als hauptverantwortlich sieht. Beide Richtungen suchen die "Postrevisionisten" zu versöhnen, indem sie die Verantwortung beiden Mächten gleichermaßen zuschreiben. Durch die Beurteilung der britischen Politik z.T. überholt.

### **Territorium,**

staatlich nicht organisierter Bestandteil der USA, d.h. Besitz der USA ohne Vertretung im Kongreß; die Bewohner eines Territoriums haben aber das Recht, nach dem Aufbau einer den Prinzipien der USA folgenden staatlichen Ordnung die Aufnahme in die USA zu beantragen.

### **Unerklärter Krieg,**

(undeclared war), Phase der amerikanischen Politik gegenüber Deutschland und Japan zwischen der Beachtung der Neutralität (vor

allem von Seiten des Kongresses) und dem aktiven Kriegseintritt. Materielle Unterstützung der Kriegsgegner Deutschlands und Japans, vor allem Großbritanniens und Chinas. Durch den japanischen Überfall auf Pearl Harbour und die darauf folgenden Kriegserklärungen beendet.

### **Vier Freiheiten,**

von Roosevelt im Januar 1941 als oberster Grundsatz einer friedlichen Weltordnung verkündet: Freiheit der Rede, der Meinung und des Glaubens und Freiheit von Not und Furcht.

### **Winterkrieg,**

Überfall der Sowjetunion auf Finnland am 30.11.1939 unter dem Vorwand, die von den finnischen Stellungen auf Leningrad gerichtete Bedrohung auszuschalten. Im März 1940 mit einem Friedensschluß beendet: Abtretung der karelischen Landenge mit Wiborg/Viipuri (als Vorfeld von Leningrad), der Nordbucht des Ladogasees und des Hafens Petsamo an der Barentssee. Der Krieg offenbarte wesentliche Schwächen der Roten Armee, die auf die vorangegangenen "Säuberungen" zurückzuführen sind, und war wahrscheinlich mitverantwortlich für die Fehleinschätzung der sowjetischen Stärke durch Hitler.

### **Zwei-Ozean-Flotte,**

1938 verkündetes Flottenbauprogramm in Höhe von über einer Milliarde Dollar, das sich zwar auch gegen Deutschland und Italien, hauptsächlich aber gegen Japan richtete.

## **Nachkriegszeit, Bundesrepublik und DDR**

### **Alleinvertretungsanspruch,**

Anspruch der Bundesregierung, als einzige frei gewählte deutsche Regierung auch für die Bewohner der DDR zu sprechen und als einzige diplomatische Vertretung Deutschlands anerkannt zu werden. Führt zur Hallstein-Doktrin, nach der die diplomatische Anerkennung der DDR ein "unfreundlicher Akt" sei, der den Abbruch der diplomatischen Beziehungen nach sich ziehe (Jugoslawien 1957, Kuba 19..)

### **Assoziierung,**

in den EG-Verträgen vorgesehene Möglichkeit enger wirtschaftlicher Bindungen mit Ländern, die keine Mitglieder der

Gemeinschaft sind. Beispiel: AKP-Staaten (Abkommen von Lomé), Türkei, demnächst auch Staaten Ostmitteleuropas.

### **Bank deutscher Länder,**

1948 gegründete Zentralbank für die vereinigten drei Westzonen, bis 1957 für die Bundesrepublik. Bildet ein "Dach" über die rechtlich selbständigen Landeszentralbanken.

### **Berliner Erklärung,**

am 5. Juni 1945 abgegebene Erklärung der vier Alliierten, mit der sie gemäß ihren Vereinbarungen die "oberste Regierungsgewalt" im besetzten Deutschland übernahmen. Übergang der Souveränität des Staates im exekutiven, legislativen und jurisdiktionellen Bereich auf die Siegermächte. Bewirkte keine Annexion Deutschlands.

### **Besatzungsstatut,**

1949 von den drei Westalliierten einseitig getroffene Regelung des Verhältnisses zur Bundesrepublik Deutschland. Volle Übertragung von Exekutive, Legislative und Justiz an die Bundesorgane, jedoch Vorbehalt von Rechten hinsichtlich Entwaffnung, Industrie- und Wirtschaftskontrolle und Reparationen, im politischen Bereich vor allem hinsichtlich der Außen- und der Außenwirtschaftspolitik; Vorbehalt von Notstandsmaßnahmen bei Gefährdung der Sicherheit. In Kraft seit Amtsantritt der Bundesregierung im September 1949, Abbau der Vorbehaltsrechte 1951 und 1955 (Deutschlandvertrag), die Notstandsrechte aufgehoben 1968.

### **Blockfreie Länder,**

politischer Zusammenschluß von mehr als 90 Ländern und Befreiungsbewegungen als Gegengewicht zu den beiden Machtblöcken um USA und UdSSR. Voraussetzung für die Mitgliedschaft ist es, keinem der militärischen Bündnisse anzugehören. Erste Konferenz der "Blockfreien" 1955 in Bandung, die jüngste 1989 in Belgrad.

### **Blockparteien,**

Instrument kommunistischer Regierungssysteme, um in einer Vielfalt des Parteienspektrums Pluralismus und Parteiendemokratie vorzuspiegeln. Verwirklicht in Polen, Ungarn und der DDR. Kennzeichen ist die formal selbständige Existenz von bürgerlichen oder bäuerlichen Parteien, die aber durch ein "Blockbündnis" auf die Linie der kommunistischen Statspartei festgelegt sind. Meist durch festen Verteilungsschlüssel im Parlament vertreten.

### **Breschnew-Doktrin,**

Am 26.9.1969 erstmals in der "Prawda" publizierte, anschließend in der UNO-Vollversammlung verfochtene Doktrin von der begrenzten Souveränität der sozialistischen Länder bei der Ausformung des sozialistischen Systems: "Wenn in einem sozialistischen Land Gefahr für die Sicherheit der ganzen sozialistischen Gemeinschaft entsteht, ... dann wird dieses zu einem Gegenstand der Sorge aller sozialistischen Länder" (Breschnew am 12.11.1968 auf dem Parteitag der Poln. Arbeiterpartei in Warschau).

### **Brüsseler Vertrag,**

am 17.3.1948 "für den Fall der Erneuerung einer deutschen Aggressionspolitik" geschlossenes Defensivbündnis zwischen Frankreich, Großbritannien und den Benelux-Staaten. 1954/55 durch den Beitritt Italiens und der Bundesrepublik zur Westeuropäischen Union (WEU) erweitert.

### **Deutsche Wirtschaftskommission,**

von der SMAD als Antwort auf die Bildung des "Frankfurter Wirtschaftsraums" am 14.7.47 in der Sowjetzone errichtete Verwaltungsorganisation mit 5 Zentralinstanzen, als Vorform einer deutschen Zentralregierung unter sowjetischem Einfluß angelegt.

Deutschlandvertrag, am 26.5.1952 zwischen den Westmächten und der Bundesrepublik geschlossener Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen. Folgende Einzelpunkte:

- Beendigung der Besatzung
- Volle Souveränität der Bundesrepublik in der Innen- und Außenpolitik
- Beendigung aller Einschränkungen bei der Gesetzgebungshoheit
- Beendigung aller Produktions- und Forschungsbeschränkungen
- Berlin ?
- Verpflichtung der Westmächte auf die deutsche Wiedervereinigung als politisches Ziel.

### **Dominion,**

Zwischenstadium einer britischen Kolonie auf dem Weg in die volle Selbständigkeit unter Zugeständnis gewisser Selbstregierungsrechte. Nach dem 2. Weltkrieg durch die Mitgliedschaft im britischen Commonwealth ersetzt. Einzig verbliebenes Kennzeichen des Dominion-Status ist die Stellung der britischen Königin als Staatsoberhaupt von Kanada, Australien und Neuseeland und deren verfassungsmäßige Ordnung als parlamentarische Monarchie.

Düнкirchner Abkommen, im März 1947 zwischen Großbritannien und Frankreich geschlossenes Defensivbündnis zum Schutz vor einer neuen deutschen Aggression. 1948 zum \*Brüsseler Vertrag erweitert.

**DVP,**

Abkürzung sowohl für die rechtsliberale Deutsche Volkspartei der Weimarer Republik als auch für die linksliberale württembergische Demokratische Volkspartei, die geistige und traditionelle Wurzel der baden-württembergischen FDP.

**ECU,**

(European Currency Unit, Europäische Währungseinheit) Rechengröße des Europäischen Währungssystems zur Fixierung der gegenseitigen Wechselkurse. Derzeitige Parität zur DM bei 2,05 DM = 1 Ecu. Verschiedene Gewichtung der nationalen Währungen (DM zu 34,7%, FFr zu 18,5%, HfI zu 11,0%, luxemburg. Fr. zu 0,3%).

**EGKS,**

(Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) s. Montanunion

**Entnazifizierung,**

eines der vier von den Alliierten für ihre Besatzungspolitik formulierten Ziele zur Wiederherstellung demokratischer und friedlicher Verhältnisse in Deutschland. Hauptpunkt ist die Verurteilung von NSDAP und ihr zugeordneten Verbänden als verbrecherische Organisationen im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß; daran schlossen sich Spruchkammerverfahren unter Beteiligung deutscher Richter zur individuellen Verfolgung an.

**Entstalinisierung,**

Versuch, in den kommunistisch gelenkten Staaten nach 1953 die schlimmsten Auswüchse von Personenkult und zentraler Planwirtschaft zu beseitigen. Im außenpolitischen Bereich teilweise Aufgabe des von Stalin geprägten Feindbildes und Hinwendung zu "Entspannungspolitik" und "Friedlicher Koexistenz". Keine prinzipielle Abkehr von traditionellen Herrschaftsmechanismen (Breschnew, Spätstalinismus).

**Euratom,**

(Europäische Atomgemeinschaft), parallel zur EWG gegründete Gemeinschaft mit dem Ziel, die Voraussetzungen für die schnelle Bildung und Entwicklung von Kernindustrien zu schaffen. Zu diesem Zweck Förderung der Forschung, der Ausbreitung technischer Kenntnisse und der Investitionen, Sicherung des Gesundheitsschutzes, Sicherstellung der Versorgung mit Kernbrennstoffen, Errichtung eines gemeinsamen Marktes für die in der Kerntechnik verwendeten Stoffe und Ausrüstungen,

Investitionen und Fachkräfte. U.a. ein Forschungszentrum in Karlsruhe. Sitz der Euratom ist Brüssel.

### **Eurokommunismus,**

Distanzierung des westeuropäischen Kommunistischen Parteien (vor allem in Frankreich, Italien und Spanien) von der Dominanz und der ideologischen Vorherrschaft der KPdSU, dabei auch von der Forderung nach Weltrevolution und Diktatur des Proletariats. Annäherung an sozialistische bzw. sozialdemokratische Positionen durch Schutz der bürgerlichen Freiheiten, Anerkennung demokratischer Regeln (Regierungswechsel durch demokratische Wahlen und Koalitionsbildungen etc.), Anerkennung bestehender Bündnisverpflichtungen. Die reformkommunistische Haltung ist in Italien Grundlage für den angestrebten "historischen Kompromiß" mit der Democrazia Christiana.

### **Europäische Gemeinschaften (EG),**

Fortentwicklung der europäischen Einigung zur Wirtschafts- und Währungsunion mit der Perspektive einer politischen Union durch Verschmelzung der EGKS, der EWG und der Euratom; seit 1967 gemeinsamer Ministerrat und eine gemeinsame Kommission. Sitz: Brüssel.

### **Europäischer Gerichtshof,**

gemeinsames Organ der drei europäischen Gemeinschaften EWG, Euratom, Montanunion; entscheidet über Auslegung der Verträge sowie darüber, ob die Handlungen der Gemeinschaftsorgane den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Sitz: Luxemburg

### **Europäisches Parlament (EP),**

parlamentarische Vertretung der zwölf in der EG zusammengeschlossenen Mitgliedsstaaten, ursprünglich von den nationalen Parlamenten entsandt, seit 1979 direkt gewählt. Abgeordnetenzahl (518) nach nationalen Verteilungsschlüsseln festgelegt (81 Deutsche), aber übernationaler Zusammenschluß zu Fraktionen. 5jährige Legislaturperiode. Ausschusssitzungen in Brüssel, Plenarsitzungen in Straßburg. Aufgaben und Kompetenzen des EP: Verabschiedung des Haushalts der EG, Stellungnahme zu den Gesetzesvorlagen des Ministerrates, Kontrolle von Kommission und Ministerrat durch Anfragen und Debatten, Abstimmung über Beitritts- und Assoziierungsverträge der EG.

### **Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG),**

auf Vorschlag des französischen Ministerpräsidenten René Pleven im Oktober 1950 vorgelegter Plan der militärischen Zusammenarbeit in Europa auf der Basis der Montanunion. Vorgesehene Organe: multinationaler Generalstab und multinationale Streitkräfte; europäischer Verteidigungsminister mit Verantwortlichkeit gegenüber einem europäischen Parlament und Zuordnung zu einem europäischen Ministerrat. Von Adenauer als Weg zur Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit favorisiert, von der französischen Nationalversammlung 1954 wegen der Abtretung von Souveränitätsrechten abgelehnt.

### **Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG),**

1957 gegründete Organisation des sechs Staaten der Montanunion zur Verschmelzung der nationalen Volkswirtschaften zu einem einheitlichen Binnenmarkt. Fortentwicklung zur Wirtschafts- und Währungsunion.

### **Europarat,**

zwischenstaatliche Organisation zur Erörterung und Abklärung gemeinsamer Probleme. Derzeit 22 Staaten, Aufnahme Ungarns und Polens beantragt. Verabschiedung der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheit. Weitere Konventionen auf sozialem, kulturellem und rechtlichem Gebiet. Organe des Europarats sind die Beratende Versammlung (aus Parlamentariern der Mitgliedsländer) und der Ministerausschuß.

### **European Advisory Commission**

(EAC, Europäische Beratende Kommission), auf der Moskauer Außenministerkonferenz im Oktober 1943 vereinbartes Gremium auf Botschafterebene mit Sitz in London zur Regelung "europäischer Fragen, die mit der Fortführung des Krieges auftauchen", d.h. insbesondere zur Vorbereitung der Kapitulationsbedingungen und zur Organisation der alliierten Regierungsgewalt in Deutschland. Die EAC tagte bis 1945 und arbeitete u.a. das "Protokoll betreffend die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin" (12.9.1944) und das "Abkommen über das Kontrollsystem in Deutschland" (14.11.1944) aus.

### **European Recovery Program (ERP),**

s. Marshallplan

### **Flexible Response**

(flexible Antwort), Verteidigungsstrategie der NATO seit 1968, die die USA vom sofortigen Einsatz der atomaren Waffen entbindet

(\*Massive Retaliation) und eine militärische Reaktion auf einen Angriff nach Verhältnismäßigkeit und Notwendigkeit staffelt.

### **Frankfurter Dokumente,**

auf der Grundlage der am 7.6.1948 veröffentlichten Londoner Empfehlungen der Sechsmächtekonferenz (Febr./März, April/Juni 1948) am 1.7.1948 den Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder gegebene Ermächtigung zur Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung; enthalten auch den Auftrag, die Neuordnung der 1945/46 geschaffenen Länder vorzubereiten sowie zu einem Besatzungsstatut der Militärgouverneure Stellung zu nehmen.

### **Freihandelszone,**

Abkommen unter Staaten zur gegenseitigen Befreiung des Handels von mengenmäßigen Beschränkungen und Zöllen. Eigenständigkeit des Außenhandels gegenüber Drittländern.

### **Friedliche Koexistenz,**

Prinzip des Verhältnisses zwischen Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, nach dem XXII. Parteikongreß der KPdSU 1961 die "Grundlage des friedlichen Wettbewerbs zwischen Sozialismus und Kapitalismus im internationalen Maßstab", dennoch eine "spezifische Form des Klassenkampfes".

### **GATT**

(General Agreement of Tariffs and Trade, Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen), 1947 als Sonderorganisation der UN in Genf gegründet. Seine Aufgabe ist der Abbau von Hemmnissen im internationalen Handel (z.B. Zölle, Zollkontingente, Dumping). Das GATT umfaßt 86 Mitglieder, davon 58 Entwicklungsländer.

### **Gruppe Ulbricht,**

Ende April 1945 nach Deutschland gekommene Gruppe von Exil-Kommunisten, mit dem Ziel, in Zusammenarbeit mit der Roten Armee und den sowjetischen Besatzungsbehörden die kommunistische Ordnung in Deutschland aufzubauen.

### **Hallstein-Doktrin,**

als Folgerung aus dem demokratisch legitimierten \*Alleinvertretungsanspruch 1955 verkündetes Prinzip der bundesdeutschen Außenpolitik, daß die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zur DDR seitens anderer Staaten als "unfreundlicher Akt" betrachtet und den sofortigen Abbruch der

diplomatischen Beziehungen nach sich ziehen würde. Angewendet 1957 gegenüber Jugoslawien und 1962 gegenüber Kuba. Mit dem Antritt der Großen Koalition 1966 und der Öffnung in der Ostpolitik aufgeweicht und nicht mehr praktiziert, endgültig mit den Ostverträgen 1970ff aufgegeben.

### **Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa,**

s.u. KSZE

### **Kontrollrat, Alliiertes,**

alliiertes Gremium zur Koordinierung der Besatzungspolitik und zur Kontrolle einer (geplanten) deutschen Zentralverwaltung. Bestand aus Militärgouverneuren, die von ihren Regierungen ernannt und mit Weisungen versehen wurden und die gleichzeitig die Arbeit in ihren eigenen Besatzungszonen leiteten. Einstimmigkeit notwendig in "Angelegenheiten, die Deutschland als ein Ganzes betreffen". Aufnahme der Arbeit am 30.8.1945, faktische Beendigung durch Auszug des sowjetischen Vertreters am 20.3.1948.

### **KSZE**

(Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), auch (nach dem Tagungsort) Helsinki-Konferenz genannt, 1975 einberufene Konferenz von 35 Außenministern europäischer Staaten sowie der USA und Kanadas über Fragen der Sicherheit, Vertrauensbildung und Abrüstung (Korb 1), der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit (Korb 2) und der Menschenrechte, der Information und des Austausches in den Bereichen Kultur und Bildung (Korb 3). Abschlußerklärung auf dem Gipfeltreffen in Helsinki 31.7.-1.8.1975, aber kein völkerrechtlich verbindliches Abkommen. Folgekonferenzen 1977/78 in Belgrad, 1980/82 in Madrid und 1988/89 in Wien. Im Zusammenhang damit steht auch die Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) seit 1984 in Stockholm.

### **Identitätstheorie,**

staatsrechtliche Lehre, daß die Bundesrepublik im Geltungsbereich des Grundgesetzes mit dem Deutschen Reich (in den Grenzen von 1937) identisch ist (Teilidentität). Die I. schließt aus, daß die Bundesrepublik eine Neugründung auf dem Territorium des alten Deutschen Reiches sei (Nachfolgetheorie).

### **Industrieplan,**

1946 durch den alliierten Kontrollrat beschlossene Begrenzung der deutschen Industrieproduktion. Generell galt eine Begrenzung der

industriellen Kapazität auf 70% des Standes von 1936, im einzelnen waren folgende Quoten, jeweils auf den Stand von 1938 bezogen, vorgesehen:

Stahlindustrie 25%

Maschinenbau, Elektroind., feinmechanische Ind., Schuhind. 50%

Chemikalien 32%

Schwermaschinenbau 31%

Automobilbau 20%

Werkzeugmaschinenproduktion 11%

Überschüssige Kapazitäten waren zu zerstören oder zu demontieren.

### **Marshallplan,**

European Recovery Program (ERP), auf den US-Außenminister Marshall zurückgehendes und vom amerikanischen Kongreß am 3.4.1948 verabschiedetes Wiederaufbauprogramm für die vom Krieg betroffenen europäischen Länder, wegen der Weigerung der Sowjetunion, den Staaten ihres Machtbereiches die Teilnahme freizustellen, auf die politischen Partner der USA beschränkt. Verteilung der Mittel durch die Konferenz der \*OEEC in Paris.

Insgesamt wurden zwischen dem 1.4.1948 und dem 1.2.1950 8223 Millionen \$ gezahlt, im einzelnen:

Großbritannien 2272 Mill. \$

Frankreich 1734 Mill. \$

Italien 960 Mill. \$

Westdeutschland 828 Mill. \$

Niederlande 775 Mill. \$

Belgien 432 Mill. \$

Österreich 384 Mill. \$

übrige 838 Mill. \$

Massive Retaliation (massive Vergeltung), atomarer Vernichtungsschlag, offizielle strategische Doktrin der USA seit 1954, der Nato seit 1957. Beruht auf dem atomaren Patt der Supermächte und der konventionellen Unterlegenheit des Westens, besteht im Einsatz von Atomwaffen sowohl zur Unterstützung der eigenen Streitkräfte als auch zur Entscheidung des Kriegsverlaufs. 1968 durch die Taktik der \*"Flexible Response" abgelöst.

### **Mittelfristige Finanzplanung,**

s.u. Stabilitätsgesetz

### **Montanunion,**

1952 gegründete Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS); Mitgliedsländer Frankreich, die Bundesrepublik, Italien und die Beneluxländer. Ziel ist die Aufhebung der Zölle und mengenmäßigen Beschränkungen im Handel mit Kohle und Stahl

und die Schaffung eines gemeinsamen Marktes mit überstaatlichen Souveränitätsrechten.

### **Morgenthau-Plan,**

nach dem amerikanischen Finanzminister Henry Morgenthau benannter Plan (1944) zur Zerschlagung des deutschen industriellen Potentials durch politische Zersplitterung (Internationalisierung von Gebieten, Bildung von zwei Staaten), Entmilitarisierung und Demontage von Industrieanlagen. Von Roosevelt zunächst gebilligt, dann aber verworfen.

### **Nettokapitaltransfer,**

Zufluß von Neukrediten abzüglich erbrachter Tilgungsleistungen für Altkredite, Bemessungsgrundlage für den Kapitalexport in die Entwicklungsländer. S. auch \*Schuldendienstquote.

### **Notstandsgesetze,**

1968 verabschiedete Gesetze zur Kontrolle des Post- und Fernmeldeverkehrs im Spannungsfall durch bundesdeutsche Stellen sowie ein Übergang der Gesetzgebung auf einen Gemeinsamen Ausschuß von Bundesrat und Bundestag ("Notparlament") für den Fall der Beschlußunfähigkeit des Bundestages. Die Notstandsgesetze lösten die alliierten Vorbehaltsrechte aus dem Deutschlandsvertrag von 1952 ab und brachten scharfe innenpolitische Kontroversen mit sich.

### **Nürnberger Prozesse,**

mehrere Verfahren vor dem mit Abkommen vom 8. August 1945 gebildeten Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, vor allem gegen 22 "Hauptkriegsverbrecher". Anklagepunkte: "Verbrechen gegen den Frieden" (Führung eines Angriffskrieges), "Kriegsverbrechen" und "Verbrechen gegen die Menschlichkeit", vor allem an der Zivilbevölkerung. Anklageerhebung am 18. Oktober 1945; der Hauptprozeß endete mit 12 Todesurteilen am 1. Oktober 1946.

### **OECD**

(Organization for Economic Cooperation and Development, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), am 1.10.1961 gegründete Nachfolgeorganisation der \*OEEC zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten (Regelung konjunktur- und strukturpolitischer Fragen sowie von Problemen der Handels- und Entwicklungspolitik). Erweiterung des

Kreises der OEEC-Mitglieder um die USA, Kanada, Finnland und Japan.

### **OEEC**

(Organization for European Economic Cooperation, Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit), am 16.4.1948 gegründete Wirtschaftsorganisation zur Koordination der Wiederaufbaupläne im Rahmen der \*Marshallplan-Hilfe und zum Abbau von Handelshemmnissen. 1961 Erweiterung zur \*OECD.

### **OMGUS**

("Office of Military Government of the United States for Germany"), amerikanische Militärregierung mit Sitz in Frankfurt, gebildet im Juni 1945 und hervorgegangen aus der im Spätherbst 1944 gebildeten Kontrollkommission. Leitung durch den stellvertretenden Militärgouverneur General Lucius D. Clay.

### **Ostverträge,**

Sammelbezeichnung für die von der sozialliberalen Bundesregierung nach 1970 abgeschlossenen Verträge über Gewaltverzicht und Normalisierung der Beziehungen: Vertrag mit der UdSSR vom 12.8.1970, mit Polen vom 7.12.1970 und mit der Tschechoslowakei vom Dezember 1973.

### **Pariser Verträge,**

Sammelbezeichnung für die im Oktober 1954 in Paris auf einer Konferenz der drei Westalliierten, der Beneluxländer, Italiens, Kanadas und der Bundesrepublik vereinbarten Verträge über die künftige Stellung der Bundesrepublik: Deutsch-französische Verträge zur Beilegung von Streitfragen und zur Vereinbarung des Saarstatuts, Beitritt der Bundesrepublik zum Brüsseler Vertrag (damit zur WEU) und zur NATO, Neufassung des \*Deutschlandvertrages zur Beendigung der Besatzung und Herstellung der vollen Souveränität der Bundesrepublik, damit Aufhebung des Besatzungsstatuts von 1949.

### **Parlamentarischer Rat,**

am 1. September 1948 (auf der Grundlage der \*Frankfurter Dokumente) in Bonn zur Ausarbeitung der Verfassung für die künftige Bundesrepublik zusammengetretene Versammlung mit 65 von den 11 westdeutschen Landtagen delegierten Mitgliedern (CDU/CSU und SPD je 27, FDP 5, DP, KPD und Zentrum je 2, 5 Vertreter Berlins ohne volles Stimmrecht). Präsident Konrad Adenauer (CDU). Verabschiedete am 8.5.1949 das Grundgesetz.

### **Petersberger Abkommen,**

Beitritt der Bundesregierung zum \*Ruhrstatut am 22.11.1949, vorgesehene Revision innerhalb ein oder zwei Jahren.

### **Ruhrstatut,**

am 28.12.1948 unterzeichnetes Abkommen zwischen den drei Westalliierten und den Benelux-Staaten zur Kontrolle der Ruhr-Industrie. Wesentlicher Inhalt ist der ungehinderte Zugang der europäischen Staaten zu Bodenschätzen und Industrieproduktion und die Verhinderung einer übermäßigen Konzentration wirtschaftlichen Potentials, Errichtung einer "Internationale Ruhrbehörde" in Form eines Rates der Sechs Mächte. Bindung der Kontrollrechte an die Geltung des Besatzungsstatuts. Beitritt der Bundesrepublik durch das \*Petersberger Abkommen vom 22.11.1949. Durch die Bildung der \*Montanunion (EGKS) aufgehoben.

### **Schuldendienstquote,**

Verhältnis des Schuldendienstes (Zinszahlung und Tilgungsleistung) zu den Exporterlösen, damit Gradmesser für die Verschuldung eines Landes.

### **SMAD,**

Sowjetische Militäradministration für Deutschland, gebildet am 9. Juni 1945, zunächst unter Marschall G.K. Schukow, ab April 1946 unter General V.D. Sokolowski. Sitz in Berlin-Karlshorst.

### **Soziale Marktwirtschaft,**

nach den "Düsseldorfer Leitsätzen" der CDU von 1949 eine "sozialgebundene Verfassung der gewerblichen Wirtschaft" mit einem "Höchstmaß von wirtschaftlichem Nutzen und sozialer Gerechtigkeit für alle". Die S.M. betont das Leistungsprinzip, indem "bei gleichen Chancen und fairen Wettbewerbsbedingungen in freier Konkurrenz die bessere Leistung belohnt wird" und steht "in schärfstem Gegensatz zum System der Planwirtschaft".

### **Stabilitätsgesetz**

("Gesetz zur Förderung von Stabilität und Wachstum der Wirtschaft"), im Juni 1967 verabschiedetes Gesetz zur Herstellung eines "gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts". Dieses Gleichgewicht besteht aus vier Faktoren:

- Preisstabilität
- hoher Beschäftigungsstand
- außenwirtschaftliches Gleichgewicht

- stetiges Wirtschaftswachstum.

Das Stabilitätsgesetz ergänzt die Soziale Marktwirtschaft insofern, als es Mechanismen bereitstellt, die der Markt von sich heraus nicht bilden kann. Planungsinstrument des Staates ist die "Mittelfristige Finanzplanung", eine auf fünf Jahre im voraus angelegte Grundstruktur der öffentlichen Haushalte, die als Basis für die einjährigen Haushalte gilt.

## **UNCTAD**

(United Nations Conference on Trade and Development, Welthandels- und Entwicklungskonferenz), 1964 gegründetes Organ der UN-Generalversammlung mit dem Ziel der Weiterentwicklung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen in Richtung auf eine volle Integration der Entwicklungsländer. Umfaßt derzeit 166 Mitglieder, davon 127 Entwicklungsländer. UNCTAD I (1967), II (1968) und V (1979) regelten Zoll- und Handelsfragen im Handel zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, UNCTAD III (1972) verbesserte die Stellung der Entwicklungsländer im Internationalen Währungsfonds, UNCTAD IV (1976) verabschiedete ein "Integriertes Rohstoffabkommen" zur Preisstabilisierung auf den Rohstoffmärkten. Derzeit letzte Konferenz (UNCTAD VII) 1987 in Genf.

## **Vietminh,**

1941 gegründete, marxistisch orientierte Befreiungsbewegung in Vietnam (französisch Indochina), kämpft sowohl gegen die französische Kolonialmacht als auch gegen die japanische Besatzung. Ausrufung der Demokratischen Republik Vietnam 1945 nach der Kapitulation der Japaner. Zu unterscheiden von den

## **Vietcong,**

der 1960 gegründeten gleichfalls marxistisch orientierten Befreiungsbewegung in Südvietnam zur Zeit des Vietnamkrieges (1963-1975).

## **Volkspartei,**

auf Breitenwirkung ausgehende Parteirichtung, im Unterschied zu Interessenpartei. Auch als "Sammlungspartei" bezeichnet.

## **Warschauer Pakt,**

Zusammenfassung der seit 1948 bestehenden zweiseitigen Freundschafts- und Beistandsverträge der Ostblock-Staaten durch die im Mai 1956 gegründete "Warschauer Vertragsorganisation" (Warschauer Pakt) mit der Schaffung eines gemeinsamen Kommandos der verbündeten Streitkräfte. Verlängerung im April

1985 um 20 Jahre, neues und revidiertes Programm durch den 27. Parteitag der KPdSU 1986.

### **Westeuropäische Union,**

Erweiterung des im März 1948 geschlossenen "Brüsseler Vertrags" zwischen Frankreich, Großbritannien und den Benelux-Staaten (Defensivbündnis gegen Deutschland) um Italien und die Bundesrepublik (Pariser Verträge 1954, in Kraft seit 6.5.1955). Kernstück ist eine automatische Beistandspflicht im Fall eines Angriffs, bündnispolitisch ist die WEU ein "europäischer Pfeiler" der NATO. Die Vertragsartikel über Rüstungsbeschränkung wurden gegenüber der Bundesrepublik bis 1984 in mehreren Schritten aufgehoben. Davon ausgenommen ist der im WEU-Vertrag enthaltene Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von ABC-Waffen.

### **Wirtschaftsrat,**

mit Verwaltungsrat als Exekutive und Wirtschaftsrat als Legislative im Mai 1947 gebildete Organisation für die Verwaltung des "Vereinigten Wirtschaftsgebietes", der zur "Bi-Zone" zusammengelegten britischen und amerikanischen Zone. Wirtschaftsrat ursprünglich 52 Mitglieder, Anfang 1948 auf 104 Mitglieder erweitert, Verwaltungsrat durch Länderrat ersetzt. Länderrat hat bereits die Struktur des späteren Bundesrates, ein neugebildeter Verwaltungsrat übernimmt Regierungsaufgaben.

### **Zentralverwaltungen,**

von der SMAD im September 1945 eingerichtete deutsche Zivilverwaltungsstellen, allerdings mit geringen Kompetenzen.

### **Zentrum,**

Partei des politischen Katholizismus, besonders in der Weimarer Republik unter Hinzutritt sozialreformerischer und gewerkschaftlich orientierter Gruppen. Bereits 1920 Diskussion um Auflösung der Bindung an den Katholizismus zugunsten einer interkonfessionellen Öffnung (Adam Stegerwald, Heinrich Brüning), damit Vorwegnahme des späteren Prinzips der CDU. Wiedergründung am 14.10.1945, aber durch Option der Katholischen Bischofskonferenz gegen Zentrum und für CDU ohne ausreichende Basis.

### **Zonenbeirat,**

am 6.3.1946 gebildetes Organ zur Beratung der britischen Militärregierung.

**Zonenzentralämter,**

von der britischen Besatzungsbehörde geschaffene Hilfsorgane zur fachlichen Beratung der britischen Hauptabteilungen; ursprünglich geringe eigene Kompetenz und ohne deutsche Kontrolle, später selbständiger und für die gesamte britische Zone zuständig.

**Zwei-Lager-Theorie,**

auf Shdanow zurückgehende Theorie, nach der die Welt in das kapitalistische und das sozialistische Lager zerfällt und von deren unversöhnlichem Gegensatz beherrscht wird.

**Zwei-Staaten-Theorie,**

von der Bundesrepublik Deutschland bis 1969 abgelehnte Auffassung von der Existenz zweier souveräner deutscher Staaten auf dem Gebiet des alten Deutschen Reiches. Nach 1969 dahingehend revidiert, daß zwar zwei Staaten bestehen, diese aber zu einer gemeinsamen deutschen Nation gehören und es daher nur eine gemeinsame deutsche Staatsbürgerschaft (nach dem Staatsbürgerschaftsgesetz von 1913) gibt. Vgl. \*Identitätstheorie.